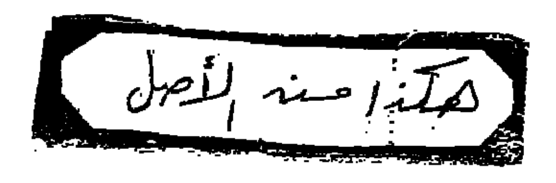
Dienstag, 13. September 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



Nr. 213 - 37.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1200 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Kritik an SPD-Beschluß: Als einen „Schritt aus dem Bündnis hinaus" bezeichnet Regierungssprecher Boenisch den Beschluß der baden-württembergischen SPD, unabhängig vom Ergebnis der Genfer Verhandlungen sich der Stationierung von Mittelstreckenraketen zu widersetzen. Der SPD-Parteivorstand werde erst im November mit einem Leitantrag zum „Raketen-Parteitag" eine Linie vorgeben, erklärt Brandt in Bonn.

SPD fordert Wende: Zur Umkehr in der Wirtschaftspolitik hat der SPD-Vorstand die Bundesregierung aufgefordert. Die Regierung habe „Nichtstun" zum Leitmotiv ihrer Wirtschaftspolitik gemacht. („Tunix-Regierung").

Amnesty-Kritik an „DDR": Die Menschenrechtsorganisation „Amnesty International" fordert die „DDR" auf, Gesetze zu ändern, die die freie Meinungsäußerung unter Strafe stellen. Brief an SED-Chef Honecker. (S. 1)

Reagan zu Treffen bereit: Der amerikanische Präsident ist trotz des Luftzwischenfalls in Ostasien nach wie vor grundsätzlich zu einem Treffen mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Andropow bereit. (S. 8)

Bischöfe sprechen von Mord: Als „Mord" hat der Vorsitzende der amerikanischen Bischofskonferenz, Erzbischof Roach, den Abschuß des koreanischen Linienflugzeugs durch die Sowjets bezeichnet.

Eklat in der EG: Schwere Auseinandersetzung bei der Konferenz der EG-Außenminister in Athen. Griechenland, zur Zeit Ratsvorsitzender, widersetzte sich gemeinsamer Erklärung zum Abschuß des koreanischen Passagierflugzeugs durch die Sowjets.

Libanon: Mit Intervention seiner Luftwaffe hat Israel für den Fall gedroht, daß die moslemischen Drusenmilizen den eingekesselten Ort Deir el Quamar im Schuf-Gebirge stürmen sollten. Dort haben sich Zehntausende von Christen versammelt, die vor den Drusen geflüchtet sind. (S. 1)

Atomkrieg-Vorbereitung: Soldaten der „DDR" werden mit zunehmender Intensität auf einen Krieg mit Atom- und anderen modernen Massenvernichtungswaffen vorbereitet. Das geht laut Informationsbüro West aus der Militärpresse der „DDR" hervor.

Antwort auf Kredit: Das deutliche Signal des Vertrauens, das die Bundesregierung mit dem Milliarden-Kredit an die „DDR" gegeben habe, harre einer Antwort aus Ost-Berlin, erklärt der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rühe. (S. 8)

Heute: Zentralamerikanische Staaten und Industrienationen beraten bei der EG in Brüssel über Wirtschafts- und Finanzhilfe. – UN-Flüchtlingskommissar Hartling kommt nach Bonn. – Jesuiten wählen neuen General in Rom. – Finale des America's Cup.

ZITAT DES TAGES

» Die Künstler und Wissenschaftler haben die schöne, gefährdete Erde zu hüten und schöpferische Werte zu liefern, die den Menschen auf neue Weise Augen, Ohren und Herzen auftun. (S. 3) «

Papst Johannes Paul vor 1200 Vertretern von Kunst, Wissenschaft und Publizistik in der Wiener Hofburg. FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Zinsentwicklung: Gerüchte über weitere Leitzinsanhebungen nach der Erhöhung des Lombardsatzes durch die Bundesbank um ein halbes Prozent sind nach Informationen der WELT völlig unbegründet. (S. 9)

IKB sieht bessere Erträge: Die Ertragskraft der mittelständischen Unternehmen hat sich nach Analyse der Industriekreditbank AG (IKB) in Düsseldorf seit Beginn des Jahres verbessert; ausgewertet wurden die Bilanzkennzahlen von 726 Firmen des „gehobenen Mittelstandes". (S. 11)

Werften: SPD-Bundestagsfraktion will in den Etat-Ausschußberatungen zusätzliche Auftrags- und Zinshilfen für den Schiffbau beantragen. In Hamburg demonstrierten 1500 Arbeiter von HDW.

EG zum Schiffbau: Die weltweite Schiffbaukrise steht laut Sonderbericht der EG-Kommission erst vor ihrem Höhepunkt.

Conti: Die Continental Gummi-Werke AG, die 1983 einen Konzern-Umsatz von 3,4 Milliarden Mark (1982: 3,25 Milliarden) erwartet, arbeitet im Bereich Technische Produkte erstmals seit 1978 wieder mit Gewinn. (S. 11)

Börse: Zum Wochenbeginn zeigte sich der Aktienmarkt bei lebhaftem Geschäft erholt. Auch der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 137,6 (137,0). Dollarmittelkurs 2,6565 (2,6665) Mark. Goldpreis pro Feinunze 415,75 (414,75) Dollar.

KULTUR

Fidelio für Politiker: Mit einer Festaufführung von „Fidelio" will die Stadt Bonn der Polit-Prominenz ihren Dank für die großzügige Unterstützung bei den besonderen Belastungen Bonns als Regierungssitz abstatten. An der Aufführung am Mittwoch nimmt auch Bundespräsident Carstens teil.

LEP-Baubeginn: In Genf beginnen, beiderseits der schweizerisch-französischen Grenze, die Bauarbeiten für den größten Elementarteilchenbeschleuniger der Welt (LEP). Von dem Elektron-Positron-Kollisionsring mit einem Umfang von 27 Kilometern erhofft man sich neue Erkenntnisse über den Aufbau des Universums.

SPORT

Tennis: Der Amerikaner Jimmy Connors gewann das Finale der offenen amerikanischen Meisterschaften von Flushing Meadow gegen den Tschechoslowaken Ivan Lendl (6:3, 6:7, 7:5, 6:0).

Leichtathletik: Wegen der Mißerfolge bei den Weltmeisterschaften in Helsinki wurden in der Sowjetunion fünf Staatstrainer fristlos entlassen und sieben Athleten auf Lebenszeit gesperrt.

AUS ALLER WELT

Seveso-Entschädigung: Die Gemeinde Seveso und der Hoffmann-La Roche-Konzern haben sich auf eine Entschädigung von 13 Millionen Schweizer Franken geeinigt. (S. 18)

Wetter: Wechselnd, meist stark bewölkt. Von Westen her Nachlassen der Niederschlagsneigung; 13 bis 17 Grad. Schneefallgrenze in den Alpen auf 1500 Meter sinkend.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Brandt will SPD-Haltung zu den Raketen offenlassen

Fraktionsvize Emmerlich: Offenburger Beschluß gibt Grundströmung wider

PETER PHILIPPS, Bonn

Die SPD-Führung will offensichtlich die Diskussion an der Parteibasis über den NATO-Doppelbeschluß und eine mögliche Nachrüstung des Westens ohne klärendes Wort „von oben" in den kommenden Wochen weiterlaufen lassen und sich alle Optionen offenhalten. Erst vor dem Hintergrund eines Ergebnisses bei den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen (INF) im November soll sich der Parteivorstand mit einem Leitantrag für den geplanten Sonderparteitag in der Sache festlegen.

In diese Richtung zielten gestern auch die Erklärungen Willy Brandts vor dem Parteivorstand in Bonn. Unmittelbar nach dem Beschluß der baden-württembergischen SPD, eine Nachrüstung ohne Wenn und Aber abzulehnen sowie sich der Aufstellung von US-Raketen zu „widersetzen", erklärte Brandt: Die Partei befinde sich gegenwärtig in der Phase, in der ihre regionalen Gliederungen „ihre Meinung zum gegenwärtigen Stand der Genfer Verhandlungen" äußerten. Aufgabe des Parteivorstandes werde es sein, sagte Brandt, mit einem Leitantrag zum außerordentlichen Parteitag im November möglichst den letzten Stand der Genfer Verhandlungen zu erfassen und „auf dieser Grundlage" eine Meinungsbildung zu ermöglichen.

Wie bereits in der vergangenen Woche vor der SPD-Bundestagsfraktion verwies Brandt auch gestern vor dem Parteivorstand darauf, daß der geplante Parteitag nicht, wie einst vorgesehen, am 1./2. November stattfinden soll, sondern so nahe wie möglich der Debatte im Bundestag über das Verhandlungsergebnis von Genf, voraussichtlich also am 18./19. November.

SEITE 2:
Verlust der Mitte

Brandt verwies noch einmal auf die Vorschläge des SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel, in denen unter anderem eine Zusammenlegung der Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen (INF) mit den Gesprächen über strategische Waffen (START) angeregt wurden, und sprach von dem „politischen Willen", der letztlich über Erfolg oder Mißerfolg in Genf entscheide. Wenn es dem Stopp des atomaren Rüstungswettlaufs diene, müsse es auch möglich sein, einige Wochen oder Monate länger zu verhandeln.

Ohne den Namen des saarländischen SPD-Vorsitzenden Lafontaine zu nennen, unterstrich Brandt, daß es falsch wäre, die notwendige Diskussion im Bündnis mit einer Diskussion über das Bündnis zu verbinden. Genauso wenig dürfe das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Bundeswehr in Frage gestellt werden. Der SPD-Vorsitzende kündigte an, daß er voraussichtlich Ende September in die USA reisen werde, um dort die sicherheitspolitische Diskussion innerhalb der SPD zu erläutern.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Alfred Emmerlich, begrüßte gestern in der „Neue Osnabrücker Zeitung" den Offenburger Beschluß, der die „Grundströmung" in der SPD widerspiegele. Er vertrat darüber hinaus die Auffassung, daß der NATO-Doppelbeschluß nur die Entwicklung atomarer Mittelstreckenwaffen decke und die Vorbereitung zur Stationierung. Über die Aufstellung selbst müsse ein neuer Beschluß der Allianz herbeigeführt werden.

Chance für Waffenstillstand in Libanon

Emissär Riads verhandelt mit Drusen, Syrern und Abgesandten Präsident Gemayels

DW. Beirut/Jerusalem

Während sich die Situation in der seit Tagen von drusischen Milizen beschossenen Hauptstadt Beirut weiter verschlechterte, gab es gestern erste Anzeichen für das Zustandekommen eines Waffenstillstandes im libanesischen Bürgerkrieg.

Die linksorientierte Beiruter Zeitung „As Safir" berichtete, Drusenführer Walid Dschumblatt habe gemeinsam mit Saudi-Arabien und Vertretern der syrischen Regierung ein entsprechendes Abkommen vereinbart. Der saudiarabische Sonderbeauftragte Prinz Bandar Ibn Sultan verhandelte zur gleichen Zeit in Zypern mit dem Sicherheitsberater von Präsident Gemayel, Wadie Haddad, über die Modalitäten des Abkommens. Später beriet Gemayel mit dem amerikanischen Sonderbotschafter McFarlane in Beirut über das Angebot. Die Übereinkunft umfaßt nach Darstellung von „As Safir" folgende Punkte:

– Ein für ganz Libanon geltender Waffenstillstand;
– die Rückkehr aller christlichen und moslemischen Flüchtlinge, die in den vergangenen acht Jahren geflohen sind;
– ein Hilfeprogramm für die Opfer der Kriegshandlungen;
– die Überwachung des Waffenstillstands in den Bergen durch die Vereinten Nationen oder die multinationale Friedenstruppe;
– die libanesische Armee soll sich aus den inneren Streitigkeiten heraushalten und deren Lösung der Polizei überlassen;
– die Einberufung einer Konferenz zur nationalen Versöhnung unter Teilnahme von Staatspräsident Amin Gemayel und sämtlicher Oppositionsgruppen;
– die Teilnahme Saudi-Arabiens und Syriens an weiteren Gesprächen über eine Lösung des Libanon-Konflikts.

Gestern ist ein Lastwagenkonvoi des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) mit Medikamenten und Nahrungsmitteln in dem seit Tagen von drusischen Milizen und der syrischen Armee belagerten christlichen Dorf Deir el Quamar im Schuf-Gebirge eingetroffen. Dort sind mehr als 60 000 Flüchtlinge und 12 000 Einwohner von der Außenwelt abgeschnitten. Nach Mitteilung des IKRK sind ihre Lebensbedingungen dramatisch. Zwei Kinder seien bereits an Erschöpfung gestorben. Bisher wurden 40 schwerverletzte Flüchtlinge gemeldet.

Israel hat nach Angaben eines Armeesprechers die drusischen Milizen vor Massakern auf christlichen Zivilisten gewarnt. Im israelischen Rundfunk hieß es, israelische Maschinen würden die drusischen Milizen angreifen, wenn diese versuchen sollten, die Ortschaft einzunehmen.

Unterdessen warten in Beirut Tausende christliche und drusische Flüchtlinge auf ein Ende des Bürgerkrieges. Täglich treffen Bewohner aus dem Schuf-Gebirge und dem Raum von Aley ein. Ihre Zahl hat sich inzwischen auf fast 50 000 erhöht.

Bonn fordert Entschuldigung Moskaus

Flugboykott für zwei Wochen verfügt / Aeroflot und Lufthansa betroffen

ms./kie./DW. Bonn

Die Bundesregierung hat jetzt angeordnet, daß die sowjetische Fluggesellschaft Aeroflot vom 15. September an für zwei Wochen keinen Flughafen der Bundesrepublik Deutschland anfliegen darf. Für den gleichen Zeitraum wird auch die Deutsche Lufthansa ihre Flüge nach Moskau einstellen. Bonn reagiert damit auf den Abschuß eines koreanischen Zivilflugzeuges durch die Sowjetunion.

Aeroflot fliegt die Bundesrepublik Deutschland zur Zeit mit zehn Linienflügen pro Woche an. Sieben Charterflüge sind von der Suspendierung der Verkehrsrechte ebenfalls betroffen. Die Lufthansa fliegt pro Woche neunmal Moskau und Leningrad an. Auf ihrem Plan steht außerdem ein Flug über Moskau nach Tokio.

Wie Regierungssprecher Boenisch erklärte, sei die Entscheidung der Regierung nach Abstimmung mit ihren Bündnispartnern gefällt worden. Die rechtliche Basis für die Verfügung sei im Luftverkehrsgesetz begründet. Der Regierungssprecher kündigte darüber hinaus Forderungen nach einer Verbesserung des internationalen Schutzes der zivilen Luftfahrt an. Den Abschuß der Maschine bezeichnete er als einen „Akt der Brutalität". Im Namen der Bundesregierung forderte Boenisch von Moskau eine „lückenlose, objektive und öffentliche" Aufklärung über die Vorgänge, eine Entschuldigung, die Bestrafung der Verantwortlichen und die Leistung von Schadenersatz.

Zuvor hatte der sowjetische Botschafter in Bonn, Wladimir Semjonow, gegen die verkündeten Maßnahmen protestiert. Semjonow war vorab im Auswärtigen Amt in einem 30minütigen Gespräch über den geplanten Flugstopp informiert worden. Dabei kündigte der Sowjetbotschafter an, sein Land behalte sich „Maßnahmen" vor.

Mit zahlreichen Beschlüssen und Konferenzen wurden die weltweiten Bemühungen um eine Verurteilung des Flugzeugabschusses gestern fortgesetzt. Das japanische Parlament forderte von der Sowjetunion eine formelle Entschuldigung für den Abschuß. Eine ähnliche Reaktion wurde vom US-Kongreß erwartet, der gestern seine Sommerpause beendete. Auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) nahm seine Beratungen über eine Resolution zu dem Zwischenfall wieder auf. Südkorea hat inzwischen der sowjetischen Regierung einen formellen Antrag auf volle Entschädigung zukommen lassen.

Die Sowjetunion hat die Korrektur der ersten Version der Funksprüche zwischen den sowjetischen Abfangjägern und der Bodenstation durch das amerikanische Außenministerium als Beweis dafür gewertet, daß die USA „von Anfang an gelogen" hätten. Wie die amtliche Nachrichtenagentur Tass gestern meldete, sei die Fälschung der Tonbandaufzeichnungen nun offensichtlich geworden.

Amerikanische Experten hatten zuvor am Wochenende mit Hilfe elektronischer Verstärkungstechniken eine bislang undeutliche Stelle in den Funkgesprächen der sowjetischen Jägerpiloten mit ihren Bodenstationen entziffern können. Der neu entschlüsselte Satz eines der Piloten

● Fortsetzung Seite 8

Athen blockiert EG-Protest an Moskau

Außenminister der Zehn stritten über Boeing-Abschuß, Polen und Euroraketen

SAD/dpa, Athen

In eisiger Atmosphäre haben neun EG-Außenminister gestern in Athen erbittert um eine griechische Zustimmung zu einer gemeinsamen EG-Erklärung gerungen, die auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner die Betroffenheit der Europäer über den Abschuß des südkoreanischen Passagierflugzeugs durch einen sowjetischen Abfangjäger zum Ausdruck bringen sollte. Griechenlands Außenminister Joannis Charalambopoulos weigerte sich strikt, dieses Thema auch nur anzusprechen.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher vertrat die Ansicht, daß die Weltöffentlichkeit kein Verständnis dafür aufbringen würde, wenn die EG-Außenminister ihr erstes offizielles Treffen seit dem Abschuß des Flugzeugs ohne ein Wort des Bedauerns beenden würden. Nach Genschers Vorschlag sollten die Zehn in einer Erklärung ihre Übereinstimmung in drei Punkten erklären: Angriffe auf Verkehrsflugzeuge in Friedenszeiten sollten verurteilt, die Forderungen Südkoreas nach Schadenersatz unterstützt und eine gemeinsame Position der EG auf der bevorstehenden Sitzung der Internationalen Luftfahrtbehörde in Aussicht genommen werden.

Charalambopoulos wies Genschers Vorschlag ab und wollte nicht einmal ein Wort des Bedauerns über die Haltung der Sowjets erwähnt haben. Griechenland lehnte auch die Einsetzung einer von den Briten angeregten Arbeitsgruppe ab. Konferenzteilnehmer sprachen vom „unfreundlichsten Treffen der Außenminister seit langer Zeit".

Da Entscheidungen innerhalb der europäischen politischen Zusammenarbeit einstimmig gefaßt werden müssen, macht das griechische Veto die Veröffentlichung einer gemeinsamen Erklärung unmöglich. Allerdings wollen die Außenminister der anderen neun Länder jeder für sich eigene Erklärungen abgeben. Delegationskreise bedauerten, daß die Griechen alle Brücken zu einem Kompromiß nicht betreten wollten und damit in die Isolierung gerieten.

Zum Thema Polen forderte der griechische Vorsitzende, daß die EG eine neue Position festlegen müsse, was seine neun Ressortkollegen ablehnten. Schließlich mußte Griechenland seinen Vorschlag fallenlassen, die Genfer Mittelstreckenraketenverhandlungen um sechs Monate zu verlängern und die Dislozierung der US-Raketen in Europa um sechs Monate zu verschieben.

DER KOMMENTAR

Ausflüchte

HEINZ BARTH

Nun wissen wir es also: Den exakt datierten, von einem sozialdemokratischen Bundeskanzler durchgepaukten Nachrüstungsbeschluß der NATO hat es nie gegeben. Wir verdanken diese Aufklärung dem Genossen Alfred Emmerlich, seines Zeichens stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestags-Fraktion. Er fand heraus, daß der NATO-Beschluß sich nur auf die „Entwicklung" von Mittelstrecken-Raketen und die „Vorbereitung" ihrer Aufstellung bezog. Daher müsse die Allianz, sobald man sich in Genf auf ein Verhandlungsergebnis geeinigt habe, über die Aufstellung neue Beschlüsse fassen.

Da fragt sich der perplexe Bundesbürger, warum bisher in Genf monatelang verhandelt, worüber die Verbündeten fortlaufend konsultiert und wogegen von den Friedensmarschierern in Bonn und anderswo so aufgeregt protestiert worden ist. Anscheinend doch nur gegen das Phantom von Beschlüssen, die noch gar nicht beschlußreif sind.

Es ist ein ziemlich klägliches Bild, das die SPD bei ihren hilflosen Versuchen bietet, sich aus ihrer offenkundigen Mitverantwortung für den Nachrüstungsbeschluß durch Ausflüchte fortzustehlen. Mit der totalen Ablehnung des Beschlusses, so wird uns angekündigt, werden Epplers südwestliche Sozialdemokraten nicht allein bleiben, wenn demnächst andere Landesverbände der Partei tagen.

Der SPD-Vorstand wirft der Bundesregierung vor, eine „Tunix-Regierung" zu sein, die über kein Konzept verfüge. Es ist immer gefährlich für eine Opposition, von Konzeptlosigkeit zu sprechen, wenn sie selbst im Begriff steht, ihr bisheriges Konzept der nationalen Sicherheit umzustoßen. Das hinterläßt den Eindruck der Richtungslosigkeit, der nicht überzeugend auf die Wähler wirken dürfte, die übernächsten Sonntag in Hessen zu den Urnen gehen. Die SPD spekuliert auf die Vergeßlichkeit des Wahlvolkes, wenn sie meint, sie könne sich ein knappes Jahr, nachdem sie sich aus der Regierung katapultierte, als Protestpartei darstellen.

So jung und so wenig vorbelastet sind die Genossen nicht mehr. Da sind die Grünen schon besser dran, die als erprobte Protestler auf diesem Gebiet das längere Vortraining haben. Was soll man noch von den proamerikanischen Formal-Bekenntnissen Hans-Jochen Vogels halten, wenn Horst Ehmke, ein anderer seiner Stellvertreter im Fraktionsvorsitz, die USA wirtschaftspolitisch fast noch rüder attackiert als der Genosse Emmerlich in der Sicherheitspolitik? Fast könnte man meinen, die SPD-Führung mache Überstunden, um sich ein antiamerikanisches Image zuzulegen.

Amnesty klagt die „DDR" an

C. GEISSMAR, London

Die mit dem Friedensnobelpreis 1977 ausgezeichnete Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International (ai) hat in einem Appell die „DDR" angegriffen. Sie wirft der Regierung in Ost-Berlin vor, in den eigenen Gesetzen Menschenrechtsverletzungen zuzulassen, obwohl die „DDR" 1973 den internationalen Vertrag über Freiheit und Menschenrechte ratifiziert hat.

Die Londoner Organisation kritisiert die „DDR" nicht zum erstenmal. Auf eine frühere Kritik von ai hatte der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker geantwortet, in der „DDR" seien alle Bürger vor dem Gesetz gleich. Die Organisation nahm diese Reaktion von Honecker zum Anlaß, sich daher diesmal direkt mit einem Brief an den Staatsratsvorsitzenden zu wenden. Honecker wird nun darauf hingewiesen, eine Gleichheit vor dem Gesetz sei wertlos, wenn die Gesetze selbst Menschenrechtsverletzungen zulassen.

Anlaß des Schreibens an Honecker sind die Verurteilungen eines Klempners aus Dresden und eines Ingenieurs und Ehepaares aus Ost-Berlin. Der Klempner, der einen Ausreiseantrag gestellt hatte, gab Berichte weiter, die in ausländischen Zeitschriften über ihn erschienen waren. Er wurde daraufhin wegen der Weitergabe landesverräterischer Informationen verurteilt. Gegen den Ingenieur und das Ehepaar ergingen ähnliche Urteile. Ai stellt nun fest, daß diese Verurteilungen zwar nach dem Wortlaut der „DDR"-Gesetze möglich sind, daß die Gesetze damit aber selbst gegen die internationalen Menschenrechtsabkommen verstoßen, die die „DDR" unterzeichnet hat.

Blockierung von Ministerien angekündigt

DW./AP, Düsseldorf

Während der bundesweiten Aktionswoche gegen die mögliche NATO-Nachrüstung (vom 15. bis zum 22. Oktober) wollen Mitglieder der „Friedensbewegung" am 21. Oktober die Bundesministerien für Verteidigung und für wirtschaftliche Zusammenarbeit blockieren. Dies kündigten gestern vor Journalisten in Düsseldorf Vertreter des Koordinationsausschusses für die Herbstaktionen an. Für die zentrale Kundgebung am 22. Oktober in Bonn erwarte der Ausschuß rund 300 000 Teilnehmer. Bei den zeitgleichen Demonstrationen in Hamburg, Stuttgart, Ulm und Berlin werde mit ähnlichen Teilnehmerzahlen gerechnet. Während der Aktionswoche sei auch eine „Friedensstafette" von Bielefeld nach Bonn mit etwa 3000 Teilnehmern geplant. An die Teilnehmer des „Fastens für den Frieden" appellierte der Ausschuß, ihr Leben nicht zu opfern.

Im Hinblick auf den zweiten bundesweiten „Friedenskongreß der Pädagogen" am Wochenende in Köln forderte der Mitarbeiter der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Andreas Zumal, alle Lehrer und Schüler des Landes auf, sich am 22. Oktober in Bonn zu beteiligen.

In Nordrhein-Westfalen sind nach diesen Angaben zahlreiche Arbeitsniederlegungen in Betrieben und Fabriken geplant. Dies sei bei einem Treffen betrieblicher und gewerkschaftlicher Friedensgruppen am Wochenende in Dortmund beschlossen worden.

Seite 2: Kölner Wahn
Seite 4: Keine fünfte Kolonne

Säuberungswelle erfaßt Rumäniens Massenmedien

Nationalistischer Wind fegt durch die Redaktionen

AFP, Bukarest

Eine Säuberungswelle im rumänischen Informations- und Propagandaapparat hat mit einer Reihe von Entlassungen beim staatlichen Rundfunk und Fernsehen eingesetzt. Opfer wurden Journalisten und höhere Angestellte, die Familienangehörige im Ausland haben und damit als politisch „unsicher" gelten.

Seit Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu im August den Medien und Intellektuellen ungenügende Darstellung der „rumänischen Realität" vorwarf, fegt, so rumänische Journalisten, ein „nationalistischer Wind durch die Redaktionen".

Parallel zu den Entlassungen gab es eine Reihe von Umbesetzungen in Spitzenfunktionen: Der Chefredakteur des Parteiorgans „Scinteia", Constantin Mitea, wurde Chef der Presseabteilung des Zentralkomitees, seinen Posten bei „Scinteia" übernahm Ion Campanasu, der als bisheriger Generaldirektor der rumänischen Presseagentur Agerpres dort immer noch keinen Nachfolger hat. Der Chefredakteur der zweitgrößten Zeitung des Landes, „Romania Libera", wurde ebenfalls versetzt.

In Bukarest wird allgemein damit gerechnet, daß die Säuberungen auch auf andere Bereiche des kulturellen Lebens übergreifen werden. Funk und Fernsehen, Kino und Theater dürften künftig auf rumänische Werke festgelegt werden.

Die neue Nationalismuswelle, die von vielen als Manöver zur Ablenkung von den Wirtschaftsproblemen Rumäniens verstanden wird, hat eine Fülle von Spekulationen über anstehende Säuberungen in der politischen Hierarchie ausgelöst. Nach einem hartnäckigen Gerücht, das von unterrichteter Seite allerdings dementiert wurde, steht Außenminister Stefan Andrei auf der Abschußliste. Fragen gibt in diesem Zusammenhang Ceausescus ehrgeiziger Sohn Nicu auf. Er hat durch seine Funktion als Präsident des Weltjugendjahres der Vereinten Nationen an außenpolitischer Statur gewonnen. Kürzlich tauchte bei Berichten über offizielle Festlichkeiten sein Name neben denen von Politbüromitgliedern auf.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Volk ohne Gedächtnis

Von Carl Gustaf Ströhm

Der polnische Papst hat in Wien, wenn man von der religiösen und pastoralen Botschaft absieht, zwei Meilensteine gesetzt. Er hat einmal an die Entscheidungsschlacht von 1683 erinnert, als Polen und Deutsche im Verein mit anderen Europäern die Stadt Wien vor dem Türkensturm retteten und damit die Herrschaft des militanten Islam über Mitteleuropa verhinderten.

Der Papst hat zum anderen eine Art Renaissance Mitteleuropas proklamiert – Österreich mit Wien nicht als Randgebiet, sondern als Herz des Kontinents. Daraus ergibt sich folgerichtig eine weitere Formulierung, die der polnische Papst gebrauchte und die ein wenig an De Gaulle erinnert: Europa vom Atlantik bis zum Ural.

Es ist einerseits erstaunlich, aber wohl auch folgerichtig, daß ein „Pole und Römer“ kommen mußte, ein Mann, dessen Wiege am Fuße der Beskiden stand, um uns die einfachen und doch so verworrenen Tatsachen europäischer Geschichte und Geographie in Erinnerung zu rufen: daß nämlich jener Teil unseres Kontinents, den wir verkürzt und politisch angepaßt „Osteuropa“ nennen in Wirklichkeit „Mitteleuropa“ ist – und daß Europa weder an der Elbe, noch an der Weichsel, ja nicht einmal am Dnjepr oder am Don zu Ende ist.

Ebenso ist bezeichnend, daß der Papst Karol Wojtyla uns an das schicksalhafte Datum von 1683 erinnern muß. Wie Europa heute aussähe, wenn die Türken damals die Oberhand behalten hätten, kann man sich deutlich vorstellen. Warum, so fragt man sich, haben die Deutschen das Gedenken an jene Zeit ungenutzt vorübergehen lassen? Es waren doch deutsche Fürsten – badische Markgrafen, Bayern, Sachsen, Waldecker – die damals mit den Polen gemeinsam Europa retteten. Warum gab es keine badischen oder bayerischen Abordnungen?

Die Deutschen haben vergessen und verdrängt, die Polen nicht – und auch nicht der Pole im Vatikan. Das ist ein Unterschied, der nachdenklich stimmen sollte.

Kölner Wahn

Von Peter Philipps

Am 19. November 1970 schrieb der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, damals Bundeskanzler, einen Brief an Helmut Kohl, damals Vorsitzender der Ministerpräsidenten-Konferenz. Er bat ihn darum, darauf hinzuwirken, „daß die Notwendigkeiten und Probleme der Landesverteidigung in den Schulen mehr Beachtung finden“. Im Unterricht müsse bei den „jungen Menschen Verständnis geweckt werden für die Notwendigkeit einer ausreichenden Verteidigung als Voraussetzung jeder Entspannungspolitik“.

Am vergangenen Wochenende wies der Hamburger Schulsenator Joist Grolle, ebenfalls SPD, auf einem „Pädagogen-Friedenskongreß“ in Köln die Lehrer daraufhin, daß es an der Zeit sei, „daß wir uns dem tödlichen Sicherheitswahn unserer Politiker verweigern“.

Hier wird einmal mehr deutlich, wie Teile der SPD versuchen, im Bereich der lebenswichtigen Verteidigungspolitik am linken Rand des Spektrums einzusammeln. Befreit von der Last der Regierungsverantwortung in Bonn sieht man keine Notwendigkeit der Rücksichtsnahme mehr.

Doch dies ist ein Trugschluß, und man muß da nicht einmal auf die verfassungsmäßigen Pflichten der Opposition hinweisen. Wie ist es möglich, daß in der Gegenwart zweier amtierender Kultusminister (Grolle und Girgensohn) von Lehrern ohne Hinweis auf die Folgen ein Beschluß gefaßt werden kann, der lautet: „Wir werden im Unterricht den Zusammenhang von Rüstung und Krieg erklären und diese Rüstungspolitik ablehnen und Möglichkeiten der Gegenwehr mit unseren Schülern erörtern“?

Denn angedroht wird von Lehrern, denen wir täglich unsere Kinder anvertrauen, unter der Fahne des Friedens die Erziehung zur „Gegenwehr“ – was nach allgemeinem Sprachempfinden die Anwendung von Gewalt sehr wohl einschließt, jedenfalls dann, wenn keine einschränkenden Wendungen zu vernehmen sind. Immerhin geht es im Falle der Nachrüstung um den Kampf gegen eine demokratisch sanktionierte Entscheidung. Wenn der Kölner Beschluß tatsächlich von Lehrern in die Tat umgesetzt werden sollte, sind deshalb disziplinarrechtliche Untersuchungen unausweichlich.

Haltet den Dieb!

Von Jürgen Liminski

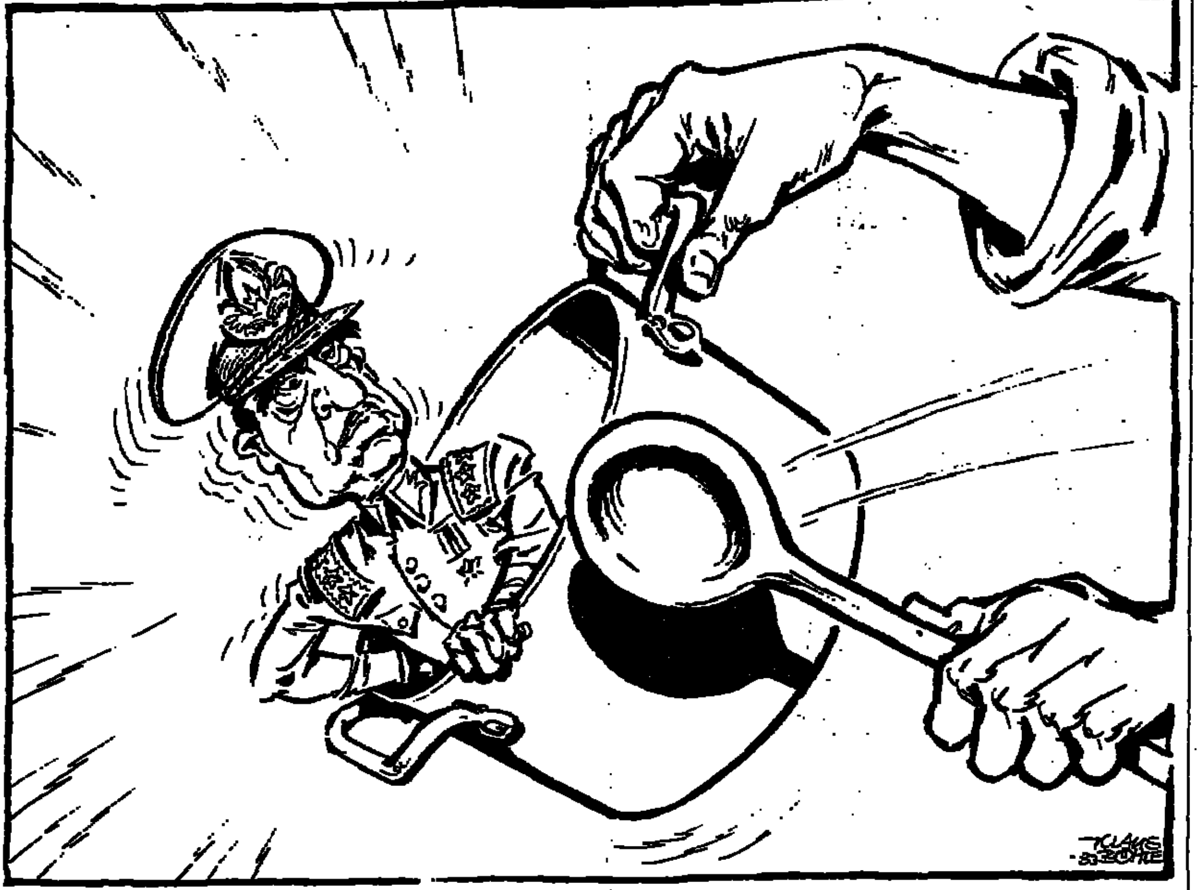
Tiefblaue Hemden mit aufgekrempelten Ärmeln oder gar braune mit Armbinden waren nicht zu sehen, als die rund 11 000 braven Bürger der französischen Kleinstadt Dreux zur Wahlurne gingen. Kommunistenchef Marchais aber rief schrill – mit deutlichem Anklang an Text und Duktus der Marseillaise: „Hitler ist in Dreux! Auf, Bürger, zu den Waffen!“ Sieht Marchais den Franzosen ins Herz?

Alte Reflexe und Ressentiments bestimmten seit gut einer Woche die Haltung der französischen Linken, ließ sie alles tun, um Angst und Haß zu schüren. Die bösen Geister von Dreux, das sollte die Schlußfolgerung der Franzosen sein, dürften sich nicht im Lande ausbreiten. Die Linke fühlt sich durch den Ausgang der Wahl bedroht. Doch ihre überzogene Reaktion ist peinlich, sie macht Frankreich geradezu lächerlich.

Wenig amüsant ist die Affäre freilich für Staatspräsident Mitterrand. Er muß die deutliche Warnung, die in der Wahlschlappe von Dreux steckt, ernst nehmen. Nicht wegen des Stimmenzuwachses für die „Nationale Front“, sondern weil sich erneut gezeigt hat, daß es trotz massiver Mobilisierung des linken Wählerpotentials nicht mehr recht reicht. Seine Basis im Volk schwindet. Mit ihr die Konsenswilligkeit der Franzosen. Mitterrands Festhalten an den extrem moskautreuen Kommunisten zahlt sich offenkundig für ihn nicht aus.

Die Bürger von Dreux hatten außerdem gute Gründe für ihre Wahlentscheidung. Ihre Gastarbeiterprobleme könnten in manche deutsche Landschaft passen. Überfremdung und Integrationsunwilligkeit erzeugen Gegenreaktionen, die nicht gleichzusetzen sind mit Faschismus und Totalitarismus. Die Nachwahl in der kleinen Industriestadt war notwendig geworden, weil die bis März dort regierende Linke versucht hatte, die Wähler von Dreux zu betrügen.

Woher in Frankreich aber die totalitäre Gefahr droht, hat gerade die Linke in Dreux bewiesen. Das Haltet-den-Dieb-Geschrei paßt gut zu den Schlägereien, die die Linkswähler am Wahlabend provozierten, weil sie die demokratische Regel des Wechsels nicht akzeptieren wollten. Vielleicht hatten sie dabei auch die Ärmel hochgekrempelt.



Countdown für Pinochet

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Verlust der Mitte

Von Georg Schröder

Die SPD marschiert weiter nach links. Daran kann kein Zweifel mehr sein. Damit marschiert sie auch stracks auf einen Abgrund zu, vor dem das Warnschild steht: „Achtung! Regierungsunfähigkeit!“

Gewiß gibt es in der Sozialdemokratischen Partei noch mehr als einen Mann, gibt es eine Strömung, eine Gruppe, die das mit Furcht und Grauen sieht. So lange ist es schließlich noch nicht her, daß die aus so vielen Bundestagswahlen der fünfziger und sechziger Jahre so bitter enttäuscht herausgestolperte SPD zu der Erkenntnis kam, sie müsse sich zunächst und vor allem regierungsfähig und das hieß koalitionsfähig machen. Voraussetzung dafür war, auf den Boden der NATO-Politik, der westlichen Allianz und zugleich auch den der sozialen Marktwirtschaft zu treten. Das führte zum Godesberger Programm, und das brachte die SPD an die Regierung.

Was war daran nur Taktik, nur Opportunismus? Für die Väter des Godesberger Programms war es mehr, das mit Sicherheit. Aber manchen Sozialdemokraten, der damals schwieg, bestimmte die pure Taktik. Helmut Schmidt hat das später zu spüren bekommen, als das Klima weltweit und nicht zuletzt in der Bundesrepublik Deutschland kühler wurde und vor allem auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik Bonbons nicht mehr verteilt werden konnten; als auch durch unpopuläre Maßnahmen zu beweisen war, wie man denn nun zur sozialen Marktwirtschaft stehe.

Die Strömungen in der SPD, an denen der Bundeskanzler Schmidt letztlich gescheitert ist, sind natürlich nicht abgeebbt, seitdem die Sozialdemokraten sich auf den Oppositionsbänken wiedergefunden haben. Ganz im Gegenteil: Sie sind unüberhörbar dabei, jetzt innerparteilich den Sieg davonzutragen. Die Haushaltsdebatte der vergangenen Woche hat viele Beobachter zu der Feststellung veranlaßt, die Opposition habe noch nicht Tritt gefaßt. Aber wen kann das verwundern?

Noch stolpern sozialdemokratische Redner allzu leicht über Taten und Absichten der vergangenen sozialdemokratischen Regierung. Noch ist innerhalb der SPD das Gespenst im Hintergrund sichtbar, die Partei könne sich in Richtungskämpfen zerfleddern. Und noch ist bei der mehr oder minder kleinen oder großen Wertschätzung Hans-Jochen Vogels kein neuer Mann an die Spitze der SPD getreten, der mit Worten, Plänen und Taten seine Partei nach vorne mit sich risse.

Das klingt gut, aber was bedeutet es in Wirklichkeit: Vogel sei die Integrationsfigur, er halte den Laden zusammen. Vogel ist weder ein Schmidt noch ein Brandt und schon gar nicht ein Wehner. Ob er in seinem Bemühen, offene Feldschlachten in der Bundestagsfraktion der SPD zu verhindern, sich selbst zerschleißt, das ist eine Frage, die man erst übermorgen beantworten kann. Heute sieht man aber schon ganz deutlich, daß aus dem Bestreben, Risse in der Partei wie die öffentlichen Auseinandersetzungen zu verhindern, Einigungen immer ausschließlich auf der Basis der linken Positionen erfolgen.

Ton und Inhalt werden radikaler. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis diese überall in den Parteiorganisationen der SPD zu beobachtende Entwicklung auch auf ihre Bundestagsfraktion durchschlagen wird. Die Stichworte Raketen, NATO, Antiamerikanismus, wirtschaftlicher Dirigismus, Konjunkturprogramm durch verstärktes Schuldenmachen – diese Stichworte zu erwähnen genügt, um zu zeigen, daß es wie einst in den fünfziger Jahren wieder um die Kernfragen der Innen- und Außenpolitik geht.



An den Rand des Abgrunds integriert: SPD-Führer Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel FOTO: DPA

Man kann getrost vermuten, daß die Frage der Regierungsfähigkeit Männern wie Lafontaine oder Eppler keine Kopfschmerzen bereitet. Aus den Beschlüssen von Bezirksparteitagen der SPD kann man auch ablesen, daß sie dabei nicht alleine stehen. Ganz im Gegenteil: Die Verwandlung der SPD immer mehr hin zu einer Partei der Lehrer, des öffentlichen Dienstes überhaupt, läßt jene triumphieren, die sich als programmatische Avantgarde verstehen.

Wer steuert dagegen? Ganz gewiß nicht der Fraktionsvorsitzende Vogel, der sich nun in der Nachfolge von Brandt auch bei den Fragen Raketen und Friedensbewegung als der Mann des Sowohl-Als-auch durchschlängelt. Und Hans Apel und seine Freunde im „Seeheimer Kreis“? Bei ihrer letzten Diskussion waren sie sich einig, daß die SPD sich schärfer von den Grünen abgrenzen müsse. Aber sie scheinen – nicht anders als der bewußt sich ausschweigende Helmut Schmidt – schon zu resignieren vor der Tatsache, daß der kommende SPD-Parteitag ein hartes Nein zur Raketenaufstellung beschließen wird. Was dann, wenn die SPD danach als nächstes offen zur Anti-NATO-Politik und das heißt zugleich zur Anti-Amerika-Emotion übergeht?

Das Seltsame an der Entwicklung der SPD ist, daß Willy Brandts Traum aus den Tagen, in denen die SPD zur Opposition wurde, der Traum von einer neuen Mehrheit mit den Grünen, mit der Friedensbewegung, mit den Anti-Atom-Fanatikern schon wie eine Seifenblase zerplatzt ist.

Auch im Erich-Ollenhauer-Haus ist man nicht an der Tatsache vorbeigekommen, daß die Grünen als Koalitionspartner unbrauchbar sind, daß man Arbeiterstimmen zurückgewinnen muß, genauso wie jene aus den Mittelschichten.

Im SPD-Vorstand sind in Erinnerung an vergangene Niederlagen jene nicht verstummt, die vor der Überbetonung der Raketenfrage warnen. Beschlossen wurde daher, eine wirtschafts- und sozialpolitische Kampagne gegen die Bundesregierung zu starten. Hier liegt das Schlachtfeld von morgen, hier ist Helmut Kohl gefordert.

IM GESPRÄCH Jean-Luc Godard

Perfektion ohne Glätte

Von M. von Schwarzkopf

Nach der Aufführung von Jean-Luc Godards neuem Film „Vorname: Carmen“ bei den 40. Filmfestspielen von Venedig ahnten die Kritiker, daß sie damit den Gewinner dieses Festivals bereits gesehen hatten. Und in der Tat. Die Jury, der elf Regisseure und der Schriftsteller Peter Handke angehörten, sprach diesem Werk den „Goldenen Löwen“ zu. Nicht unbedingt, weil Godards Film das bedeutendste Oeuvre ist, das dieser französische Regisseur je geschaffen hat. Eher wollten die Jury-Mitglieder damit einen Filmemacher ehren, den fast alle als ihr Vorbild und als ihren Meister bezeichnen. Wen immer man von ihnen auch befragt – den Italiener Bertolucci oder auch den Inder Mrinal Sen –, sie alle fühlen sich als Lehrlinge von Jean-Luc Godard.

Auch der Amerikaner Jim McBride, dessen Neuverfilmung von Godards erstem großen Spielfilm „Außer Atem“ in Venedig ihre europäische Premiere erlebte, sagt, sein Film sei als eine Verneigung vor jenem Mann gedacht, der einst das französische Kino revolutioniert habe. Es sind 23 Jahre her, da schuf Godard seinen Thriller „Außer Atem“, mit dem er an die Tradition der amerikanischen „Schwarzen Serie“ der vierziger Jahre anknüpfte. Gleichzeitig aber brachte der Regisseur, der 1930 in Paris geboren wurde, damit eine bahnbrechende Neuerung in das erstarrte französische Kino ein. Vor Ort, in Bars und auf den Straßen von Paris gedreht, gehörte der Film zu den ersten wichtigen Werken der Nouvelle vague. Im Grunde ist dieser Begriff eine Erfindung von Journalisten. Denn jeder der Regisseure der Nouvelle vague ging seinen eigenen Weg. Gemeinsam ist ihnen nur eine betont versöhnliche Note und ein absichtlich unperfektionierter Stil.

Gemeinsam mit Alain Resnais, François Truffaut und Claude Chabrol, mit denen Godard allerdings



Gewinner des Goldenen Löwen: Jean-Luc Godard FOTO: SOLOCH / STUDIO X

heute nichts mehr zu tun haben möchte, machte sich Godard daran, die Gedanken über neue Wege des Kinos in die Tat umzusetzen. Nach „Außer Atem“ mit Jean-Paul Belmondo und Jean Seberg in den Hauptrollen drehte der Regisseur unter anderem Filme wie „Eine Frau ist eine Frau“ (1961), „Eine verheiratete Frau“ (1964) und „Weekend“ (1965). Nach einem schweren Autounfall zog Godard sich Mitte der siebziger Jahre in die Schweiz zurück und widmete sich längere Zeit der Entwicklung neuer Filmtechniken. Er experimentierte unter anderem mit Videokameras und drehte mehrere Fernsehfilme. 1981 versuchte er sein Comeback als Kino-Regisseur. Obwohl das Echo auf seinen Film „Sauve qui peut“, in Cannes gezeigt, alles andere als ermutigend für den sensiblen Regisseur war, machte Godard weiter. Mit „Vorname: Carmen“ aber scheint er den Anschluß an seine große alte Zeit wiedergefunden zu haben. Er selbst jedoch meint mit typisch Godardschem Selbstbewußtsein: „Meine große Zeit kommt erst noch, wenn die Leute endlich verstehen, daß das Leben Kino und das Kino Leben bedeutet.“

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Hier heißt es über den Meinungswandel in der SPD über die Nachrüstung:

Der kategorische Beschluß von Offenburg beflügelt alle Nachrüstungsgegner in der SPD. Ein Landesparteitag nach dem anderen, so ist zu erwarten, wird sich nun dagegen wenden, daß das atlantische Bündnis in Europa das von der Sowjetunion mit ihrer Raketenaufrüstung zerbrochene Gleichgewicht halbwegs wiederherstellt. Auf diese Weise wird das Votum, das die SPD Ende des Jahres auf einem Sonderparteitag zur Nachrüstung abgeben will, allmählich vorherbestimmt. Selbst wenn die Parteiführung dann noch etwas offenhalten wollte – es würde ihr nicht mehr gelingen. Was der sozialdemokratische Oppositionsführer in Bonn von alledem hält, weiß niemand. Er schweigt hier und redet dort mehrdeutig. Hans-Jochen Vogel hat viel dazu beigetragen, daß die SPD Machtverlust und Wahlniederlage ohne Risse überstand. Ihm vor allem ist es zuzuschreiben, daß die Partei das Ausscheiden von Wehner, den Rückzug Schmidts und die schrittweise Verminderung der politischen Präsenz von Brandt ohne Schaden überstanden hat. Doch Vogel führt nicht. Gewiß, führen kann nicht heißen, der Partei seinen Willen aufzuzwingen, Führung in einer demokratischen Partei setzt voraus ein Hin- und Herströmen von Ansichten und Willensimpulsen zwischen unten und oben. Aber was strömt vom Oppositionsführer in die Partei? Vogel bleibt der SPD, deren erster Mann er heute praktisch ist, viel schuldig. So kommt es, daß die Partei im Streit um die Nachrüstung dem Nein entgegentreibt.

MIDI LIBRE

Die Zuspitzung des Bürgerkrieges in Libanon stellt die Frage nach einem Eingreifen der internationalen Friedensstreitmacht: Speziell die französische Presse ruft nachdrücklich nach einer Intervention:

Vor einem Jahr verübten christliche Falangisten in den Palästinenserlagern Sabra und Schatila in Beirut ein grausames Massaker, unter den unbewegten Auge der Israelis, denen die Weltöffentlichkeit zu Recht vorwarf, Gewehr bei Fuß gestanden zu haben. Heute sind es die Drusen, die Christen ermorden, nachdem sie selbst von ihnen massakriert worden sind, Männer, Frauen, alte Leute und Kinder, wahllos. Die Zahl der Opfer ist anscheinend schon doppelt so hoch wie in Sabra und Schatila. Den in Beirut anwesenden französischen, amerikanischen, italienischen und britischen Soldaten entgeht nichts. Sie auch stehen dennoch Gewehr bei Fuß und formulieren die besten Argumente der Welt, um eine beklagenswerte und unentschuldbare Haltung zu rechtfertigen. Heißt das nicht schlicht und einfach, einem von der Ausrottung bedrohten Volk keine Hilfe zu leisten? **(Montpellier)**

LIBERATION

Die Friedensstreitmacht greift nicht mehr ein. Vorwand: Man will nicht die Partei eines Lagers gegen ein anderes ergreifen. Schön und gut, aber in der Zwischenzeit werden Zivilisten massakriert, deren einziges Lager ihre Religion ist. Wie die Palästinenser in Sabra und Schatila ermordet wurden (...) Kann die Friedenstruppe tatenlos bleiben, ohne sich dieselben Vorwürfe machen lassen zu müssen wie die Israelis zum Zeitpunkt von Sabra und Schatila? Handelt es sich nicht um unterlassene Hilfeleistung? **(Paris)**

Allende und Pinochet oder Wie sich die Bilder gleichen

Nach zehn Jahren Junta-Herrschaft ist in Chile ein Wechsel fällig / Von Günther Bading

Chile 1973 – das hieß politische Spannungen, blutige Straßenunruhen, Protest gegen eine verfehlte Wirtschaftspolitik, „Marsch der leeren Kochtöpfe“ chilenischer Hausfrauen. Chile 1983 – das heißt wieder Spannungen, Tote bei den „nationalen Protesttagen“, Gefahr eines regelrechten Bürgerkriegs, wie Christdemokratenführer Valdes jetzt warnte. Und auch das Trommeln der Hausfrauen auf leeren Kochtöpfen als Zeichen des Protestes gegen Versorgungsschwierigkeiten, Not in vielen Familien, Massenarbeitslosigkeit und Wohnungsmangel ist in der Hauptstadt Santiago wieder zu hören.

Die Gedenkveranstaltungen zum zehnten Jahrestag des Militärputsches gegen den marxistischen Präsidenten Salvador Allende haben meist denselben Tenor. Die Demokratie in Chile – einst Musterland republikanischer Tugend und verfassungstreuer Militärs in Südamerika – sei damals zerschlagen worden, hört man. Richtig ist, daß Allende legal an die Macht kam. Aber, welche Demokratie hatte er vor Augen? Wiederholt definierte er sie als „Demokratie mit revolutionärer Inspiration“. Allende war, daran ließ er in seinen Reden wie in seiner Regierungserklärung nach der Wahl 1970 keinen Zweifel, entschlossen, aus Chile eine „Volksdemokratie“ nach dem Muster Kubas zu machen.

Die bürgerlichen Parteien hatten damals in Chile versagt. Sie konnten oder mochten nicht glauben, daß der so gutbürgerlich aussehende und auftretende Allende es mit seinem marxistischen Vokabular ernst meinte. Und so ermöglichten die Christdemokraten ihm 1970, Präsident zu werden, obwohl er in den September-Wahlen nur 36,5 Prozent der Stimmen erhalten hatte. Zwar verlangten sie eine Art Verfassungsgarantie, aber sie wehrten sich in den Folgejahren nicht, als Allende Chile Schritt für Schritt in Richtung einer „Volksdemokratie“ umzuwandeln begann – mit Gleichschaltung der Schulen, De-facto-Parteiherrschaft und der Schaffung bewaffneter Parteikader von der terroristischen MIR (Linksrevolutionäre Bewegung) bis zur Leibgarde GAP (Gruppe persönlicher Freunde).

Die neue Militärregierung gab nach dem Staatsstreich – ein Novum in der Geschichte Südamerikas – ein Weißbuch zur Rechtfertigung des eigenen Vorgehens heraus. Darin werden vor allem zwei Gründe aufgeführt. Zum einen die katastrophale wirtschaftliche Lage, zum anderen die Gefahr eines Bürgerkriegs in Chile durch einen „autogolpe“ – eine Außerkraftsetzung der gewählten Institutionen mit anschließender Machtergreifung durch Allendes Volksfront „Unidad Popular“.

Die Bilder gleichen sich. Auch heute ist die wirtschaftliche Lage im Lande katastrophal. Pinochets großtönende Versprechen, neue Arbeitsplätze und neue Wohnungen zu schaffen, lassen sich nicht erfüllen. Und wieder spricht man von einer realen Bürgerkriegsgefahr. Die Bilanz der bisher fünf Protesttage spricht für sich: Mindestens 41 Menschen sind dabei ums Leben gekommen. Weitere Parallelen sind erkennbar. Allende holte angesichts der Proteste des Volkes – nicht der Parteien – Militärs ins Kabinett. Pinochet, in Bedrängnis geraten, berief Zivilisten, unter ihnen den neuen Innenminister Onofre Jarpa, der als Garant für eine „Politik der Öffnung“ gilt. Er sucht nun den Dialog mit den Parteien, läßt Chilenen aus dem Exil in ihre Heimat zurück, lockert die Pressezensur, hebt den Ausnahmezustand auf – um ihn allerdings unter dem Druck der Unruhen wieder neu zu verhängen, wenn auch in einer abgemilderten Form.

Wirtschaftskrise und Unruhen als Auslöser für eine sogenannte Politik der Öffnung gelten in Südamerika als sichere Vorboten für Putsch oder Regierungsänderung. Um zu erahnen, was Pinochets Generalskollegen tun werden, muß man das Selbstverständnis südamerikanischer Offiziere begreifen. Sie sehen sich in Erinnerung an die Staatsgründung und die Befreiung vom Kolonialjoch durch die Streitkräfte im vergangenen Jahrhundert als eine Art höchste Wächterinstanz über dem politischen Gerangel der Parteiendemokratie. Wird die Struktur dieser autonomen Selbstverwaltung des Gemeinwesens durch die Politiker gefährdet – wie durch die „Volksdemokratie“-Ideale Allendes –, droht gar der Kommunismus, dann fühlt man sich zum Eingreifen verpflichtet.

Pinochet ist mit seiner selbstherrlichen Machtausübung, mit der Unterdrückung der politischen Freiheit zur Last für Chile und auch für die Streitkräfte geworden.

Pinochet hat die Wahl. Er muß bald Wahlen ausrufen, nicht erst 1989, wie er es eigentlich plant, um das Land zu befrieden. Oder er wird die Gefolgschaft aller oder eines Teils seiner Generalskollegen verlieren. Das hieße „golpe“ (Putsch), Neuwahlen und Rückkehr in die Kasernen. Die Parallelen zum September 1973 mit Wirtschaftskrise und Bürgerkriegsgefahr sind zu deutlich, als daß sie nicht auch Pinochet erkennen müßte.



Die Signale des Papstes gehen von Wien in den Osten

Papst Johannes Paul II. in Wien, das ist mehr als nur ein Besuch in Österreich. Er strahlt vor allem auch in die Länder, mit denen das Land einst staatlich verbunden war und die heute im Ostblock liegen.

Von C. GUSTAF STRÖHM

Ich habe schon viele Staatsbesuche erlebt – auch solche mit weltberühmten Persönlichkeiten, aber dieser Papst-Besuch ist mit alldem nicht zu vergleichen." Mit diesen Worten faßte ein höherer Wiener Polizeibeamter seine Erfahrungen dieser Tage zusammen. Papst Johannes Paul II. hat in Wien nicht nur Massen bewegt – 120 000 bei seinem ersten Auftreten auf dem Heldenplatz, 80 000 im Praterstadion bei der Begegnung mit der Jugend, 300 000 bei strömendem Regen während des Gottesdienstes unter freiem Himmel im Donaupark. Er hat auch fast wie mit Zauberhand die Wiener und ihre Gäste zu Disziplin und gegenseitiger Rücksichtnahme gebracht: Fast nirgends gab es Verkehrsstauungen, bei den Massenkundgebungen kam es zu keinen Zwischenfällen, alle verhielten sich vorbildlich und rücksichtsvoll.

Der Wiener Schwarzenbergplatz wird Zeuge einer Begegnung besonderer Art: Da steht das pompöse sowjetische Siegesdenkmal mit einem schwerbewaffneten Rotarmisten auf dem Sockel – und darunter der vergoldete Name Josef Stalins. Dieser Stalin hatte einst die ironische Frage gestellt: „Wieviel Divisionen hat der Papst?" Stalins Divisionen sind aus Österreich verschwunden, aber der Papst ist hier, um die seinen zu besichtigen.

Die Stimmung ist in der österreichischen Hauptstadt von beinahe polnischer Intensität – der Papst aus dem Osten hat dem österreichischen Katholizismus, aber darüber hinaus auch den Nicht-Katholiken eine geistige Injektion der Vitalität, des Lebenswillens und der Zuversicht gegeben. Neben dem Papst sieht man immer wieder den Gastgeber: den Wiener Erzbischof Kardinal König, auf dessen sonst eher ernstem Gesicht in diesen Tagen oft ein feines Lächeln liegt: Der Besuch des polnischen Papstes in Wien hat seine besondere Bedeutung weit über Österreich hinaus. Er erfaßt jene Länder, die mit Wien einst staatlich verbunden waren und deren Menschen heute noch auf die Donau-Metropole blicken: Tschechen und Slowaken, Ungarn, Slowenen und Kroaten – und natürlich Polen.

Geistiger Kampf für ein Überleben im Frieden

Es war ein Augenblick von geschichtlicher Intensität, als am Samstag über dem Heldenplatz vor der Wiener Hofburg, während die weißgelbe vatikanische Fahne über dem großen kaiserlichen Doppeladler flatterte – die sonore, slawisch gefärbte Stimme des Karol Wojtyla über den Platz erscholl, um den Österreichern in Erinnerung an die Befreiung von der Türkenbelagerung zuzurufen: „Wie einst der selige Papst Innozenz XI. die bedrohten Völker zur Heiligen Allianz zusammenrief, so ruft euch heute sein Nachfolger auf dem Stuhle Petri ins Gewissen: Der geistige Kampf für ein Überleben in Frieden und Freiheit verlangt den gleichen Einsatz und Heldenmut, die gleiche Opferbereitschaft und Widerstandskraft, durch die unsere Väter damals (1683) Wien und Europa gerettet haben."

Es waren die Slawen, die in dieser Stunde den Ton angaben. Sprach der deutsche Kardinal Meisner aus Ost-Berlin von gespaltenen Städten, gespaltenen Völkern und gespaltenen Religionen – und klang das, was er sagte, wie eine bittere Klage, so rief der polnische Landsmann des Papstes, der Krakauer Erzbischof und Kardinal Macharski, der Mensch müsse gerettet werden, damit Europa gerettet werden könne – und fügte kämpferisch hinzu: „Möge der Mensch sich verteidigen können vor der Versuchung, Leben, Liebe, Gerechtigkeit, Wahrheit und Selbstbestimmung auszuverkaufen."

Und Franjo Kuharic, der kroatische Kardinal aus Zagreb – dem man die gleiche slawisch-bäuerliche Erdverwurzelung anmerkt wie dem Papst – forderte: „Der Mensch kann ohne Wahrheit kein würdiges Leben verbringen. Beziehungen der Gerechtigkeit, des Friedens und der Liebe in der Familie, im Volk und zwischen den Völkern können nur aufgrund der Wahrheit bestehen! Der Wahrheit über Gott und der Wahrheit über den Menschen!"

Der Pole auf dem Stuhl Petri meisterte auch die vielleicht schwierigste Klippe dieses Besuchs: die Begegnung mit der Jugend. Ähnlich wie in der Bundesrepublik, wenn auch etwas gedämpfter, ist die katholische Jugend Österreichs von linkskatholischen, manchmal sogar marxistisch anmutenden Ideen erfaßt. Vom Pazifismus bis zu einer Faszination für ferne „Befreiungsbewegungen" und „revolutionäre Kirchen" in der Dritten Welt, von Forderungen nach einer neuen Rolle der Frau in der Kirche bis zu widersprüchlichen Thesen, die einmal die Beschränkung der Industrialisierung im Interesse der Umwelt, dann aber wieder Arbeitsplätze von der soeben verdammten Industrie fordern.

Der äußere Rahmen, den die katholische Jugend für ihr Treffen mit dem Papst aufgeboten hatte, glich stellenweise mehr einer Sektenkundgebung als einer katholischen Veranstaltung. Da gab es psychedelische Lichteffekte, eine nervenstrapazierende Geräusch- und Musikkulisse, eine rothaarige Popsängerin im Nightclub-Look und tanzende Mädchen, die in ihren wallenden Gewändern so aussahen, als sollten hier Baptisten zur Taufe schreiten. Das also war die glitzernde, mit technischen Effekten spielende westliche Welt. Dem Chronisten kam unwillkürlich ein anderes Treffen des Papstes mit jungen Menschen in den Sinn: Auf dem Domplatz im polnischen Gnesen. Die jungen Polen hatten damals keine Lichteffekte, keine Verkleidungen, keine Popmusik aufgeboten – nur die Stimme des Papstes Karol Wojtyla klang über den Platz. Dennoch schien alles damals unvergleichlich intensiver und lebensnäher zu sein.

Der Papst schien jetzt im Wiener Prater-Stadion mit seinem verschmitzten, gütigen, wissenden Augen auf die manchmal altklug formulierenden Fragesteller zu schauen – als wollte er sagen: So einfach ist das alles nicht. Er applaudierte nicht, als ein katholischer Jugendlicher formulierte: „Das Leben wird ein Fest sein, wenn wir erst die Uniformen an den Nagel hängen, wenn kein Arbeitsplatz mehr durch Panzerproduktion gesichert werden muß." Denn der Papst aus Polen weiß: Das irdische Leben wird niemals ein Fest sein, weder mit noch ohne Uniformen.



Vier Tage lang besucht Papst Johannes Paul II. Österreich
FOTO: SCHMITT/DPA

Aus der Klage zur Eigenverantwortung

Die wahre Selbstverwirklichung, so antwortete er den jungen Leuten, dürfte nicht nur „ich" sagen, sondern „du" und „ihr". Auch wenn man eine bessere künftige Gesellschaft anstrebe, so wäre es ungerecht, nicht jenen zu danken, die „zu ihrer Zeit im voraus vieles für euch getan haben". Wörtlich formulierte er: „Es wäre ungerecht, rückblickend und besserwissend alles Gewesene gering zu schätzen."

Dann folgte sein Appell an die Jungen: „Fürchtet euch nicht. Laßt euch nicht lähmen durch Unheilspropheten. Verschreibt euch nicht dem Motto ‚alles oder nichts', sondern habt Mut und Geduld zu kleinen Schritten. Denkt selbst nach und laßt euch nicht durch fremde Parolen leiten ... Schiebt nicht eure Verantwortung auf andere, auf die Gesellschaft, auf den Staat, auf die Kirche. Kehrt um aus der Klage und Anklage zur Eigenverantwortung."

Dieser Papst nimmt die Menschen gefangen, weil das, was er sagt, nicht taktisch verklausuliert ist, nicht intellektuell überdreht, nicht von des „Gedankens Blässe" angekränkelt, keine Entschuldigung für die eigene Position enthält – sondern weil er schlicht und einfach schlichte und einfache Wahrheiten verkündet, weil er nicht wie viele Intellektuelle und Meinungsmacher Zweifel und Verzweiflung, sondern Vertrauen und Zuversicht verbreitet. Die Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre, die ihm zuhören, müssen vor Neid erblassen: Wer vermag so wie er Menschen im guten Sinne zu begeistern. Darin ist das Phänomen Wojtyla, wenn man so sagen darf, innerhalb der katholischen Kirche ebenso unerreicht wie in der profanen Welt.

Am Sonntag, bei schüttenden Regengüssen, predigte er im Donaupark, selbst vollkommen durchnäßt, über das Gleichnis vom verlorenen Sohn: Über das „Drama der schlecht genutzten Freiheit": „Die Freiheit hat aber ihren Preis. Alle, die frei sind, sollten sich fragen: Haben wir in der Freiheit unsere Würde bewahrt? Freiheit bedeutet nicht Willkür. Der Mensch darf nicht alles tun, was er kann oder was ihm beliebt. Es gibt keine Freiheit ohne Bindung. Der Mensch ist verantwortlich für sich selbst. Er ist verantwortlich vor Gott."

Den Diplomaten redet er auf einem Empfang ins Gewissen, daß wirkliche Diplomatie ein Ethos in sich tragen müsse und nicht darin bestehen dürfe, den Partner übers Ohr zu hauen. Den Alten und Kranken sagt er, daß sie gebraucht werden und daß sie ebenso wie alle anderen Menschen Ebenbilder Gottes sind.

Auf einer österreichisch-polnischen Feier zur Erinnerung an den Entsatz von Wien – unter Teilnahme von polnischen Abordnungen in malerischen historischen Kostümen – greift der österreichische Bundespräsident Rudolf Kirchschläger die Gedanken des Papstes über Freiheit und Geschichte auf diesem historischen Boden auf. Der österreichische Bundespräsident spricht vom „unglaublichen Opfermut und Heldenmut" der Verteidiger Wiens im Jahre 1683 und fordert dann die anwesenden österreichischen und polnischen Zuhörer auf, sich bewußt zu sein, „daß große Ziele auch Opfer verlangen". Man müsse, so fügt das österreichische Staatsoberhaupt hinzu, alle Kräfte einsetzen, damit es nicht die gleichen Opfer sein müßten, wie sie die Verteidiger und die Entsatzheere Wiens vor 300 Jahren hätten bringen müssen.

Karl May entfloh dem ideologischen Marterpfahl

Ost-Berlin hat den Sachsen Karl May rehabilitiert: Aus dem Autor mit „starken chauvinistischen Zügen" wurde ein Kämpfer für die „Gleichberechtigung der Völker".

Von HANS-H. KARUTZ

Im Marx-Jahr schlägt der volkstümlichere Karl alle Rekorde: „Winnetou I" aus der Feder des Romanciers May erschien zu Jahresanfang als erste Rothaut-Saga im Ostberliner FDJ-Verlag „Neues Leben". 90 000 Exemplare, in grüner Pappe gebunden und zum hohen Preis von 19,50 Mark, verschwanden binnen Stunden aus den Regalen. Band 2 der Häuptlings-Story läßt nun auch nicht mehr lange auf sich warten. Die „DDR" läßt den lange verfemten großen Sachsen mit dem weiten Herzen wieder gewähren. Wenn schon Westen – dann muß es, notabene, der „Wilde" sein.

Es darf, wohldosiert, der Leserblutdruck ein bissel steigen. Die Kulturfunktionäre lassen Pfeile schwirren, Bisons schnauben und das Wunderpferd Rih über die Prärie fliegen. Die „DDR" hat, endlich, wieder eine atemberaubende neue Nachtlektüre. Schon zählt auch Band 2 über den edelmütigen Apachen zur sogenannten „Bück-Ware" – was drüben alles meint, was im Staatshandel nur durch einen Griff unter die Ladentheke ans Licht des Angebots befördert wird.

Die Vorbestellzahlen für die jetzt abermals aufgelegten 90 000 Stück sollen in die Hunderttausende gehen. Etliche tausend Exemplare zweigt gleich die Volksarmee für ihre Truppenbücherei ab: Karl May und seine Anschleich-Tips als Schule für den sozialistischen Kämpfer?

Die „DDR" entdeckt ihren verlorenen Sohn aus dem deutschen Armenhaus im Erzgebirge wieder. Ost-Berlins Literaturpapst Hermann Kant, Chef des Schriftstellerverbandes, huldigte den Meister der Fabulierkunst und Kolportage schon vor Jahren mit dem Hymnus: „Dank dir, du genialer Spinner aus Hohenstein-Ernsttahl, Dank dir für tausendundeine Nacht voller Pulverdampf und Hufdonnern. Heißen Dank für Äquatorsonne und Präriewind und Wüstensand und Steppengras, für Shatterhand und Hadschi, für Winnetou und Geierschnabel ...".

Vor Tische las man's anders, aber das reicht schon fast zwanzig Jahre zurück: „Wegen starker chauvinistischer Züge stellen Karl-May-Bücher eine Gefährdung der humanistischen und sozialistischen Erziehung dar", tönte es 1964 aus dem Ostberliner Kulturministerium. Die „DDR"-Lektoren duckten sich ins Büffelgras.

Auch der Börsenverein des „DDR"-Buchhandels in Leipzig fesselte den Büchsenspanner des Abenteuers an den ideologischen Marterpfahl: „Karl May ist ein Propagandist des kapitalistisch-imperialistischen Strebens der Jahrhundertwende nach Befriedigung des kolonialen Expansionstriebes."

Der Trieb der sogenannten „Erbe-Pflege" erwies sich als mächtiger. Mag sein, daß sich auch Erich Honecker seiner Jugendlektüre unter der Klassenbank in der Wiebelskirchener Schule erinnerte oder der Frühling für Karl May auf andere Weise ausbrach.

FDJ-Blauhemdträger Rudi Kowanez, der neue „DDR"-Verleger der alten Schmetterfaust, begründete die Herausgabe der Geschichten von Ruhm, Reue und Rauhbeinigkeit mit „spannender Unterhaltung", die Meister May biete. Außerdem zeigten die Indianergeschichten des Mannes mit der 70-Millionen-Auflage „eine deutlich erkennbare Haltung zur Gleichberechtigung der Völker, zur Völkerverständigung, zum Frieden und zur Freundschaft".

Karl Friedrich May – „Lieblingskind der Not, der Sorge und des Kummers" (May über May) aus proletarischem Milieu – war in der „DDR" ohnehin niemals in die ewigen Jagdgründen des Vergessens eingegangen. Ohne Aufhebens tauschten Väter für ihre Söhne, Großmütter für ihre Enkel die dunkelgrünen Bestseller nach dem Krieg auf dem schwarzen Markt oder später per Zeitungsannonce ein: „Suche K. May Bd. 9, 17, 43 biete 21, 22 od. Meißn. Porz." durfte beispielsweise das „Sächsische Tageblatt" in Dresden in seine Spalten rücken.

Erich Loest, Schriftsteller aus Leipzig und heute in der Bundesrepublik zu Hause, berichtet darüber: „Für einen einigermaßen erhaltenen Radebeuler Band wurden hundert Mark geblecht. Einmal sah ich bei Freunden fünf nagelneue Bände ... Dafür hätte er glatt fünf Trabant-Reifen bekommen – wenn ich mich nicht irre."

Das Tempo der Umorientierung bei diesem Thema erreichte in den vergangenen Monaten die Feuergeschwindigkeit des Henrystutzens. Denn noch im März 1982 verbot der Vorstand der noch heute privatrechtlichen „Karl-May-Stiftung" in Radebeul einem Journalisten des Frankfurter Buchhandel-Börsenblattes, seinen Interview-Fragen an den Leiter des Indianermuseums Bemerkungen über den Schriftsteller Karl May beizumischen ...

„Hölderlinstraße 15" in Dresdens gutbürgerlicher und elbnaher Vorstadt Radebeul zieht heute die Deutschen in der „DDR" mit derselben Magie an wie einst der Schatz im Silbersee die Waldläufer und Trapper. In der Straße des Hyperion-Dichters walten Manitou und die Lese-Gottheit deutscher Kindheit. „Villa Shatterhand" steht in einstmals vergoldeten Buchstaben am Dachfirst der zweistöckigen Villa. Nach Jugendstil-Sitte schließt ein Punkt hinter dem Namen die stockfleckige Inschrift ab.

Brüchiger Putz und lockere Glasfenster-Fassungen der Veranda erinnern in nichts mehr an die gloriosen Zeiten dieses 87 Jahre alten Baus, den sich Karl May von den Honoraren seiner formidablen Tagträumereien leisten konnte. Rund 70 Kinder eines Horts üben dort heute in Räumlichkeiten, in denen der Hausherr oft bis tief in die Nacht seinem nimmermüden Pegasus die Sporen gab, den Sozialismus ein.

Nur der Name der Tagesunterkunft der sächsischen Junioren beflügelt noch – „German Titow", ein Sowjet-Kosmonaut. Sein russischer Landsmann, der Radebeuler Kulturoffizier von 1945, mußte vom armen Weberssohn May gehört haben. Denn er wachte damals über die Unversehrtheit von rund 3000 Reliquien und Requisiten aus dem May-Fundus.

Täglich, außer montags und im Januar, trippelt und trappelt von 9 bis 17 Uhr der unablässige Zug von Familien, Klassen und Gruppen auf dem schmalen Pfad durch den Villengarten zum urigen Blockhaus „Bärenfett".

Noch immer zu Preisen wie zur Museums-Premiere 1928 – eine halbe Mark für die Großen, 25 Pfennig für die Kleinen. 80 Prozent der Freunde von Hobble-Frank oder Hadschi Halef Omar reisen aus allen nord- und mitteldeutschen Winkeln herbei. Die Restquote teilen sich die Bundesrepublik und die CSSR.



250 000 Gäste besuchen jährlich das Karl-May-Museum, das „Blockhaus Bärenfett" in Dresden.
FOTO: JÜRGENS

Oschatz: Lehrer dürfen nicht die fünfte Kolonne der „Friedensbewegung" spielen

Der niedersächsische Kultusminister übt heftige Kritik an seinem Hamburger Kollegen Joist Grolle

PETER PHILIPPS, Bonn

Der niedersächsische Kultusminister Georg-Bernd Oschatz hat in einem Gespräch mit der WELT davor gewarnt, die Schule in den Auseinandersetzungen um eine mögliche Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen zum „Kampfplatz" und Teile der Lehrerschaft zu einer „fünften Kolonne der Friedensbewegung" zu machen. Oschatz reagierte damit auf eine Veranstaltung mit rund 3000 Lehrern am Wochenende in Köln, auf der der amtierende Präsident der Kultusminister-Konferenz, Hamburgs Schulsenator Joist Grolle, dazu aufgefordert hatte, „daß wir uns dem zum tödlichen Widersinn erstarrten Sicherheitswahn unserer Politiker verweigern".

Auf dem Kongreß, der unter anderem von den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen und Hamburg der Lehrergewerkschaft GEW veranstaltet wurde, war beschlossen worden, daß die gewerkschaftlich organisierten Lehrer in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit Fragen der Nachrüstung „im Unterricht Möglichkeiten der Gegenwehr mit unseren Schülern erörtern" wollen. Insbesondere sollen die Erklärungen und Begründungen „zur angeblichen Nachrüstung" zum Gegenstand des Unterrichts gemacht werden. Grolle forderte in diesem Zusammenhang die Lehrer auf, die Schüler nicht „für wie auch immer definierte Verteidigungsinteressen zu erziehen". Er sprach dabei von einer „Verbiegung von jungen Menschen".

Oschatz erklärte gegenüber der WELT, daß der Auftritt Grolles einmal mehr deutlich mache, daß der linke Flügel der SPD „um Brandt, Bahr, Lafontaine immer mehr auch in Konflikt mit grundsätzlichen Verfassungsprinzipien" gerate. Es werde deutlich, daß die SPD hier „nicht mehr konsensfähig" sei.

Auch für Oschatz sind die Äußerungen von Grolle und anderen am Wochenende in Köln nur im Zusammenhang mit dem Streit in der Kultusministerkonferenz um die Verabschiedung einer gemeinsamen Empfehlung über die Behandlung von Fragen des Friedens und der Bundeswehr im Unterricht zu sehen. Die SPD- und unionsregierten Länder hatten sich nach langem Ringen nicht auf einen Kompromiß einigen können, weil sie auf unterschiedlichen Schwerpunkten bestanden. Die Minister der Union betonten, daß zur Friedenssicherung die Bundeswehr und eine ausreichende Verteidigungsbereitschaft gehören und daß es keine freie Wahl zwischen Wehrpflicht und Ersatzdienst gibt. Sie orientierten sich in ihrem Papier an den Aussagen des Grundgesetzes. Die SPD-Minister hatten hingegen in ihren Leitsätzen mehr auf die Behandlung der allgemeinen Friedensfrage abgehoben und dabei versucht, die Frage der Bundeswehr weitgehend zu umschiffen. Die Grenzen für den Lehrer bei der Übermittlung der eigenen Position zu diesen Fragen im Unterricht waren dabei weit gezogen.

Der niedersächsische Kultusminister verwies demgegenüber gestern noch einmal darauf, daß der Lehrer bei politischen Fragen zurückhaltend zu sein habe. Da die Schule in der deutschen Tradition praktisch eine Staatsschule sei, könne sie nur funktionieren, wenn sie sich aus dem parteipolitischen Streit heraushalte. Wenn die Kölner Ankündigung, mit Schülern „Möglichkeiten der Gegenwehr zu erörtern", bedeute, aktiv zu werden gegen eine von der „legitimierten Regierung vertretenen Linie der Verteidigungspolitik, was in den westlichen Demokratien ja immer nur Friedens- und Sicherheitspolitik bedeuten kann", dann bedeute dies einen eindeutigen Mißbrauch der Schulen. Wenn Lehrer dies in dieser Weise unternähmen, würde zumindest in Niedersachsen disziplinarrechtlich geprüft werden, ob die Lehrer dann ihrer Pflicht noch gerecht werden.

In den Äußerungen, die Grolle und andere in Köln gemacht hätten, sei einmal mehr ein „Absolutheitsanspruch" deutlich geworden, der die Gefahr in sich berge, auch die „Verpflichtung als Minister im Rahmen des gesamten Staatszieles zu vergessen". In diesem Zusammenhang sprach Oschatz von der „großen Gefährdung", die auf die Bundesrepublik Deutschland zukomme: Quer durch alle Reihen, von den religiösen Gruppierungen bis zu den politischen Parteien, träten wieder verstärkt „Leute mit Absolutheitsanspruch" auf. Mit Bekenntnissen würden alle anderen verurteilt, die ihre Glaubenssätze nicht mitvollziehen wollten. Diese „Intoleranz" sei eine „besondere Gefahr für unseren inneren Frieden".

In Köln war der nordrhein-westfälische Kultusminister Jürgen Girgensohn von Lehrern und Schülern erneut scharf kritisiert worden, weil er für die Herbstaktionen der Friedensbewegung nicht schulfrei geben will. Die Landesschülervertretung verwies auf den Paragraphen 10 der Allgemeinen Schulordnung des Landes, nach dem der Schüler bis zu zwei Tagen innerhalb eines Schuljahres vom Lehrer auf Antrag beurlaubt werden kann.

Wie Ost-Berlin über die Pazifisten denkt

AFP/DW. Berlin

Für eine Auseinandersetzung mit den „Ideen des Pazifismus" hat sich der Vorsitzende des „DDR"-„Komitees für wissenschaftiche Fragen der Sicherung des Friedens und der Abrüstung", Professor Hermann Klare, ausgesprochen.

Wie das Informationsbüro West (IWE) gestern berichtete, sagte Klare in einem Interview der Ostberliner Zeitschrift „Spectrum", man müsse den Anhängern des Pazifismus verständlich machen, „daß die sozialistischen Länder gerüstet sein müssen, solange sie von der westlichen Welt verteufelt und bedroht werden". Besonders die deutsche Geschichte zwischen 1933 und 1945 zeige, daß gerade der Wehrlose, der ehrliche Pazifist, „dessen Überzeugung durchaus Achtung erheischt", am stärksten gefährdet sei. Er, der sich nicht wehren könne, sei am gefahrlosesten für den Angreifer umzubringen.

Diese „erbarmungslose Logik" sei „so alt wie die Geschichte der Menschheit", meinte Klare. Das bedeute nicht, daß es keinen Ausweg aus dem Teufelskreis gebe, aber man müsse „das allen begreiflich machen". Ein nukleares Inferno könne verhindert werden, wenn es gelinge, die Friedensbewegung in der Welt zu stärken und die Menschen unabhängig von ihrer Weltanschauung aufzurütteln und zu mobilisieren.

Deutsche Experten zu Gesprächen in der Türkei

Es geht um Zusammenarbeit auf polizeilichem Gebiet

MANFRED SCHELL, Bonn

Eine hochrangige Expertengruppe für Fragen der inneren Sicherheit des Bundesinnenministeriums ist in die Türkei gereist. Zur Delegation gehören der Kommandeur der Grenzschutzgruppe 9, Uwe Dee, der Inspekteur des Bundesgrenzschutzes, Karl-Heinz Ampft, Ministerialdirigent Beyer vom Bundesinnenministerium und ein Beamter des Bundeskriminalamtes (BKA) in Wiesbaden. Das Bundesinnenministerium ist sich angesichts der Debatten der letzten Tage über die Brisanz dieses Besuchs in der Türkei bewußt. Vor allem die Grünen und die SPD hatten in der politischen Auseinandersetzung über den Selbstmord des türkischen Asylbewerbers Altun den Vorwurf erhoben, das Verfahren gegen ihn mit dem Ziel der Auslieferung sei vor allem deshalb betrieben worden, weil ansonsten die gute Zusammenarbeit auf polizeilicher Ebene zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei Schaden gelitten hätte.

Dem Bundesinnenministerium sind diese Vorwürfe bekannt. Es hat einkalkuliert, daß sie jetzt erneuert werden, und es hat sich darauf vorbereitet. Im Mittelpunkt dieser Reise in die Türkei steht nach offiziellen Angaben die Rauschgiftbekämpfung, aber es sind auch Gespräche über die Bekämpfung des Armenier-Terrorismus vorgesehen, der zuletzt mit einem blutigen Anschlag auf das französische Generalkonsulat in Berlin am 25. August in Erscheinung getreten ist. Damals waren ein Todesopfer und 24 Verletzte zu beklagen. Angesichts der politischen Diskussion über das Zusammenwirken mit der Türkei auf polizeilicher Ebene verweist das Bundesinnenministerium darauf, daß der frühere Bundesinnenminister Baum (FDP) einen solchen Besuch, wie er jetzt realisiert werde, im September 1982 zugesagt habe. Außerdem sei schon 1981 ein Vertrag mit Ankara über die „Ausbildung und Ausrüstung" des türkischen Zolls und der Polizei zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität abgeschlossen worden. Bonn hat dafür einen Betrag über 15 Millionen Mark zugesagt. Diese Übereinkunft gehörte zu dem Bemühen des früheren Bundesinnenministers Baum, die Rauschgiftproduktion und den Schmuggel der Drogen möglichst schon an der „Quelle" zu bekämpfen. Vor diesem Hintergrund wurden die türkischen Behörden, also Zoll und Polizei, auch mit hochwertigen Suchgeräten ausgestattet. Die Mittel dafür kommen aus einem Fonds, der beim Auswärtigen Amt geführt wird.

In den vergangenen Jahren, so vermeldet das Bundesinnenministerium, sind vor allem beim Kampf gegen das Heroin Erfolge erzielt worden. Die Türkei ist sowohl Hersteller- als auch Transitland, wie sich gezeigt hat. Zum Beispiel wurden in Jugoslawien insgesamt 450 Kilogramm Heroin abgefangen, die entweder in der Türkei produziert oder durch das Land geschleust worden sind. Die Hinweise dafür kamen unter anderem von türkischen Behörden. Andererseits aber spielen Türken, die in der Bundesrepublik Deutschland leben, eine besondere Rolle im Rauschgiftschmuggel. Die statistische Erhebung der Sicherheitsbehörden für das vergangene Jahr ergibt, daß von den gefaßten Tatbeteiligten auf diesem Sektor immerhin 27 Prozent Türken waren. Sie stellen somit die größte ausländische Gruppe dar.

Bei dem gestern begonnenen Besuch der deutschen Sicherheitsexperten, die auch mit der Generaldirektion für Sicherheit der Türkei sprechen werden, geht es außerdem um die Frage der Terrorismusbekämpfung und der Luftsicherheit. Bonn liegt offensichtlich daran, den Schutz für Maschinen der Lufthansa, die in der Türkei starten, zu verstärken. Dies geht nur durch besondere Vorsichtsmaßnahmen der türkischen Sicherheitsbehörden. Dieses Bemühen muß in engem Zusammenhang gesehen werden mit der Terroristenorganisation „Geheimarmee zur Befreiung Armeniens" (ASLA). Sie versucht, durch Terrorakte die Weltöffentlichkeit auf Diskriminierungen ihrer Minderheit in der Türkei aufmerksam zu machen. Diese „Geheimarmee" hat sich zu dem Anschlag in Berlin bekannt. Seit Mitte der siebziger Jahre sind von ihr über 50 Menschen, vor allem türkische Diplomaten im Ausland, getötet worden. Die Türkei unterstellt enge Verbindungen zur PLO.

Der sambische Präsident Kenneth Kaunda im Gespräch mit seinem deutschen Kollegen Karl Carstens. Am Freitag besucht Kaunda Berlin FOTO: DPA

Der Präsident, der die Führung der SED schockte

DW./hrk, Bonn/Berlin

Der sambische Präsident Kenneth Kaunda ist gestern zu einem fünftägigen Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland eingetroffen. Der 59 Jahre alte Politiker, der seit fast 20 Jahren Präsident seines Landes ist, wurde von Bundespräsident Karl Carstens vor dessen Amtssitz mit militärischen Ehren begrüßt. Anschließend führten beide Präsidenten einen ersten Meinungsaustausch, wobei sich Carstens besorgt über die Entwicklung in verschiedenen Teilen Afrikas äußerte.

Auf dem Programm stehen heute unter anderem ein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. Dabei soll es nach Informationen aus Regierungskreisen vor allem um die Unabhängigkeit Namibias von südafrikanischer Verwaltung gehen. Kenneth Kaunda gehört zu den Politikern, die für eine friedliche Entwicklung im südlichen Afrika eintreten.

Am Freitag wird Kenneth Kaunda, einer der angesehensten afrikanischen Politiker, zum Abschluß seines vierten Staatsbesuches Berlin besuchen und mit seiner Frau Betty Gast des Senats sein. Im August 1980 hatte der sambische Präsident bei einer Visite in Ost-Berlin die versammelte SED-Führung geschockt, als er bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Humboldt-Universität wörtlich sagte: „Ihre kleine Mauer ist das perfekte Symbol der gefährlichen Spaltung Europas."

Im Gegensatz zu sonst üblichen Gepflogenheiten der „DDR" unterließ es daraufhin das „Neue Deutschland", die Dankesrede des Staatsmannes aus dem ehemaligen britischen Nord-Rhodesien im Wortlaut zu veröffentlichen. Anderntags fand sich im SED-Organ weder ein Hinweis auf Kaundas Mauer-Bemerkung noch seine folgende Erklärung: Der Friede in der Welt könnte nur gesichert werden, wenn die politische Teilung Europas überwunden werde. „Wenn es eine Welt mit mehr Sicherheit geben soll, muß die Frage, wo steht Europa, beantwortet werden. Solange es in Europa keine innere Koexistenz gibt, wird das europäische Dilemma andauern und ebenso die Gefahr, daß neue militärische Schrecken von Europa ausgehen könnten."

Der Gast fand sich in der offiziellen Parteizeitung nur indirekt mit der nichtssagenden Floskel wiedergegeben, er habe „ausführlich die politische Situation in Europa und deren Auswirkungen auf Afrika behandelt".

Kaunda hielt sich bereits im Mai 1970 im Rahmen seines damaligen Deutschland-Besuchs für knapp zwei Tage in West-Berlin auf und blickte während einer Stadtrundfahrt am Brandenburger Tor über die Mauer nach Ost-Berlin. Während eines Senatsempfangs, den der damalige Regierende Bürgermeister Klaus Schütz gab, würdigte Kaunda den „Mut und die Standhaftigkeit der Berliner, die auch in meinem Land viele Bewunderer gefunden haben". Die Stadt sei eine Lektion „für alle, denen es um Frieden, Freiheit und ein besseres Leben für die Menschen geht".

Der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker ehrt Kaunda und seine Frau Betty am 16. September durch einen Senatsempfang im ehemaligen Hohenzollern-Schloß Charlottenburg.

Resigniert und verbittert gehen Franzosen wieder an die Arbeit

Neue Steuern und Abgaben zu Beginn der „Rentrée" / Die Regierung gibt sich optimistisch

A. GRAF KAGENECK, Paris

Für den Wiederbeginn des politischen Lebens nach der langen Sommerpause haben die Franzosen den sinnbildlichen Begriff „rentrée" geschaffen, der ebenso Rückkehr wie Wiedereintritt bedeuten kann. Eine Weltraumrakete, die in die Erdatmosphäre zurückkehrt, macht eine „rentrée". Dieses Bild mag am besten auf die Stimmung passen, die Politiker, Gewerkschaftler, Journalisten, Parteistrategen und schließlich den Mann auf der Straße erfaßt, wenn er nun nach langer Erdumrundung im luftleeren Raum wieder in das harte, zermürbende Tagesgeschäft der Politik zurückkehren muß.

Die Frage, die sich jedes Jahr mit der Leidenschaft eines Gesellschaftsspiels stellt, ist, wie die „rentrée" vonstatten gehen wird. Halten die Keramikplättchen der Rakete der Reibungshitze stand, oder gibt es ein heißes Eintauchen in die Realitäten, verbrennt der künstliche Himmelskörper womöglich? Im Frühjahr dieses Jahres, zu Beginn des Jahres III des französischen Sozialismus, schworen alle, die dem Regime abhold sind (und sie sind bei weitem die Mehrheit), daß es einen „heißen Herbst" geben und dieser die Götterdämmerung des Experiments Mitterrand einläuten werde.

Im März hatte es die dritte Franc-Abwertung gegeben. Verbunden damit setzte die Regierung Mauroy ein zweites Sanierungsprogramm in Gang, das den viermonatigen Lohnstopp des Herbstes 1982, Folge der beiden vorhergehenden Abwertungen, wie eine Lappalie erscheinen ließ. Nun wurden alle ohne Unterschied herangezogen, die etwas Reicheren außerdem zu einer fünfprozentigen Sonderabgabe, Zwangsanleihe genannt, und bestimmt dazu, die desolate Lage der Sozialversicherung aufzurichten.

Zweck der Kaufkraftabschöpfung war vor allem, das immer höher werdende Außenhandelsbilanz-Defizit abzubauen und den ständigen Druck auf die Preise zu verhindern, beides Dinge, die die nationale Valuta, wenn es im alten Trott weiterginge, unweigerlich einer vierten Abwertung zutreiben würden. Diesem Zweck diente schließlich auch die scharfe Deviseneinschränkung für französische Touristen, im nachhinein eine Maßnahme, die, ohne irgendwelchen Effekt auf die monetäre Misere auszuüben, psychologisch vielleicht der bisher schwerste Mißgriff war. Man hatte die Franzosen an den Stränden und Promenaden zu den Parias Europas erniedrigt.

Wie haben Monsieur und Madame Dupont dies alles verdaut, während sie in den von Gewittern heimgesuchten Campingplätzen melancholisch das Brot der frühen Jahre verzehrten? Es scheint, als habe sich ihrer eine Art Resignation bemächtigt. Man nimmt den Sozialismus wie eine Fatalität hin, die nun einmal über Frankreich hereingebrochen ist und die schon irgendwie vorübergehen wird. Natürlich kommt alles noch viel schlimmer. Wer in diesem Jahr mehr als 13 000 Franc (4200 Mark) im Monat verdiente, muß 1984 fünf Prozent Einkommensteuer mehr entrichten, erzählte Pierre Mauroy, der scheinbar unersetzbare Premierminister, den Franzosen im Fernsehen. Wer in diesem Jahr mehr als 30 000 Franc (10 000 Mark) Einkommensteuer zahlte, wird 1984 zwischen acht und zehn Prozent Zusatzabgaben machen dürfen. Frankreich rückt damit in die Spitzenriege der europäischen Hochsteuerländer auf, mit einer bereits jetzt erreichten Abschöpfung von 62 Prozent für die höchsten Einkommen.

Zu allem Überfluß muß sich der Besserverdienende von den Machthabern auch noch als „reich" beschimpfen lassen, ein Qualitativ, das besonders von den Kommunisten immer dann hämisch benutzt wird, wenn sie die angeblich schleppenden Fortschritte des „Wandels" gegenüber den „Mächten des Geldes" kritisieren. „Reich" aber ist in diesem Sinne heute ein gut bezahlter Facharbeiter oder ein junger Ingenieur. Beide haben im Mai 1981 Mitterrand gewählt, weil sie glaubten, die Linke würde doch manches besser machen und sei nun einfach mal am Zuge. Heute haben sie eingesehen, daß sie einem Irrtum unterlagen.

Die Sozialisten spüren sehr deutlich, daß die Stimmung umgeschlagen ist und ihnen der Wind heute schärfer ins Gesicht bläst als je in den langen Jahren der Opposition. Sie suchen von dem Zustand der Betäubung zu profitieren, der das Land erfaßt hat, und scharen sich um den Präsidenten. In Vorbereitung ihres Parteikongresses Ende Oktober im Jura-Städtchen Bourg-en-Gresse haben sich die beiden Hauptströme der Partei, die Mitterrandisten und Mauroyisten (Strom a und b) zusammengeschlossen, um mit genügender Mehrheit die vom Staatspräsidenten festgelegte Außensicherheits- und Wirtschaftspolitik gegen die beiden Randgruppen hinter Michel Rocard und Jean-Pierre Chevènement verteidigen zu können. Beide sind hochprofilierte Politiker mit einem nicht zu verachtenden Anhang.

Beide verlangen angesichts der keineswegs gesicherten wirtschaftlichen Sanierung noch mehr Rigorosität in Planung und Verwaltung, Michel Rocard, der „Sozialdemokrat", im Sinne größerer Budget-Einsparungen, Jean-Pierre Chevènement, der „Krypto-Kommunist", im Sinne noch schärferer Heranziehung des privaten Kapitals. Mitterrand und Mauroy aber wissen, daß sie den Bogen nicht noch mehr überspannen können, wenn die Straße ruhig bleiben soll. Alle Gewerkschaftsführer haben es ihnen eindringlich geraten. Staatschef und Regierungschef müssen „auf Sicht" fahren, und überall wird äußerstes Fingerspitzengefühl verlangt. In Tschad und in Libanon genauso wie an der sozialen Front zu Hause.

Die berühmte Fehlansage des jovialen Premierministers, alle Ampeln der französischen Wirtschaft stünden wieder auf Grün – sie datiert vom Februar 1983, kurz vor der dritten Franc-Abwertung –, ist beim Volk nicht vergessen. Auch wer von Wirtschaft so wenig versteht wie der Regierungschef, weiß, daß Frankreich nicht annähernd über den Berg ist.

Schwester des Staatschefs entführt

AFP, Guatemala-Stadt

Die Schwester des guatemaltekischen Staatschefs General Oscar Mejia Victores ist am Wochenende in Guatemala-Stadt von „Unbekannten" entführt worden. Dies wurde offiziell in Guatemala-Stadt bekannt.

Es besteht kaum Zweifel daran, daß es sich bei den Entführern um Angehörige der Freischärler handelt, die Ende Juni bereits die Schwester des damaligen Staatschefs General Efrain Rios Montt entführt hatten. Damals verlangten sie für deren Freilassung die Veröffentlichung eines politischen Manifests. Ebenso wie sein gestürzter Vorgänger versicherte auch Mejia, daß er mit den Entführern „unter keinen Umständen verhandeln" werde. Die Schwester von Rios Montt wurde bislang noch nicht wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Entführung als Druckmittel, um die Veröffentlichung von Kommuniqués in der Presse durchzusetzen, ist in Guatemala nichts Außergewöhnliches mehr. Seitdem die Armee versucht, durch einen totalen Informationsboykott ihre Behauptung glaubhaft zu machen, die Freischärler seien geschlagen worden, wurden außer den beiden Präsidentenschwestern schon die in Guatemala lebende Schwester des honduranischen Präsidenten Roberto Suazo Cordova, ein Sohn von Ex-Minister Obert Ricardo Mendez und ein Neffe von Rios Montt entführt. In einigen Fällen hatten die Guerrilleros erreicht, daß die Medien, wie gefordert, ein Manifest veröffentlichten.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Auf dem Brocken horchen Sowjets Telefone aus dem Westen ab

Moskau und Ost-Berlin haben ihre Abhördienste entlang der Zonengrenze verstärkt

WERNER KAHL, Bonn

Die Sowjets und die „DDR" haben ihre geheimen Abhördienste entlang der Grenze zum Westen in letzter Zeit erheblich verstärkt und sind zu gezielten Lauschangriffen auf ausgewählte Telefonanschlüsse in der Bundesrepublik übergegangen. Das haben westliche Nachrichtendienste nach Informationen der WELT festgestellt.

Auf dem 1142 Meter hohen Brokken, der höchsten Erhebung auf der Ostseite des Harzes, hat der militärische Geheimdienst GRU des Generalstabes der Roten Armee seinen leistungsstärksten Funkabhördienst errichtet. Die Radarstation zur Kontrolle des Luftraumes, der militärischen Bewegungen im Westen wie auch zum Abhören der Telefon-Richtfunkstrecke zwischen West-Berlin und dem Bundesgebiet wird durch einen den „DDR"-Grenzsperranlagen ähnlichen Sicherungsgürtel rund um das Brocken-Plateau geschützt. Innerhalb des Sondersperrgebietes, das dem sowjetischen Oberkommando unterstellt ist, befindet sich als zentraler Punkt das bekannte Brocken-Hotel. In seiner „Harzreise" hatte Heinrich Heine 1824 die Aussicht von der Bergspitze weit nach Westen gepriesen. Der nach Goethe benannte Wanderweg vom Westharz zum Gipfel ist heute jedoch durch Mauer und Minengürtel der „DDR"-Sperranlagen blockiert.

Der Stützpunkt auf dem Brocken hat als vorgeschobenster westlichster Horchposten für die Russen doppelte Bedeutung: Militärische Bewegungen auf der Westseite können in der norddeutschen Tiefebene bis ins Rheinland überwacht werden, hinzu kommt die Kontrolle des Luftraumes.

Der Funkabhördienst befindet sich direkt unter der Richtfunkstrecke zwischen West-Berlin und der ersten Station Torfhaus auf dem Gebiet der Bundesrepublik. In der Luftlinie beträgt die Entfernung zwischen Torfhaus (Oberharz) und Brocken5,5 Kilometer. Über die Richtfunkstrecke vermittelt die Post Telefongespräche im Fernverkehr. Die Gespräche werden zu Tausenden zugleich zu einem Funkstrahl gebündelt und mit Hilfe von Parabolspiegeln von Station zu Station über das Gebiet der „DDR" gesendet. Was die Fernsprechteilnehmer nicht wissen und Posttechniker verschweigen, sind die „Einstiegswege" für heimliche Lauscher. Mit empfindlichen Geräten und speziellen Empfangsgeräten ist es selbst Amateurtechnikern möglich, in den Richtfunk-Strahl einzudringen und mitzuhören.

Die gebündelten Gespräche können mit sogenannten Scannern abgetastet und das gesuchte Gespräch kann herausgezogen werden. Mit Hilfe von Computern ist es nun auch möglich, bestimmte Frequenzen aus dem Äther herauszufiltern und auf Tonband festzuhalten. Dies alles erfordert jedoch einen enormen technologischen und finanziellen Aufwand. Ferner können Abhörer nicht davon ausgehen, daß Gespräche immer über Richtfunk geleitet werden, denn bei sehr hoher Auslastung der Kanäle werden die anfallenden Gespräche automatisch über Erdkabel geführt. Die unterirdischen Verbindungen sind weitaus schwerer anzuzapfen, weil schon der geringste Spannungsabfall bei der Post Alarm auslösen würde.

Die östlichen Geheimdienste werten für die Äther-Lauschaktionen, so Erkenntnisse in Bonn, alle erreichbaren Telefonbücher aus. Sicherheitsbehörden weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die „DDR" ihrerseits zur Abwehr westlicher Lauschangriffe strikt darauf achtet, die Telefonbücher so knapp wie möglich zu halten. Militärische Fernsprechanschlüsse unterliegen ausnahmslos der Geheimhaltung. Bei politischen Institutionen werden nur die notwendigsten Verwaltungsstellen im Fernsprechbuch angegeben. Das gilt auch für Wirtschafts- und Industrieunternehmen.

Die Frage, ob es der „DDR" gelungen ist, in den Richtfunkverkehr einzudringen, stellte sich für westliche Sicherheitsbehörden erstmals 1981, als unter anderem ein Telefongespräch zwischen dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt und SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz abgehört worden war. Glotz hatte am Mittag aus einem Senatsbüro in Berlin den Kanzler in der Bundeshauptstadt zur Konsultation über potentielle Nachfolger des gerade gestürzten Berliner Regierenden Bürgermeisters Dietrich Stobbe (SPD) angerufen. Am Abend dieses Tages wurde ein Tonband mit dem zweifellos außerhalb des Büros abgehörten Gesprächs einer Berliner Zeitung zugespielt. Sprachentschlüsselungsgeräte, die Lauschoperationen vereiteln können, waren von beiden Politikern nicht benutzt worden. Untersuchungen ergaben, daß zielgerichtet ein ausgesuchter Anschluß abgehört worden war. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Karl Miltner forderte damals die Post auf, Fernsprechapparate anzubieten, die die Gefahr des Abgehörtwerdens drastisch vermindern.

Owen will den Sozialdemokraten zu mehr Eigenständigkeit verhelfen

Rede auf dem Parteitag / Kein Wort über die Zusammenarbeit mit den Liberalen

FRITZ WIRTH, London

„Nach acht Jahren konservativer Regierung wird sich Großbritannien nach einer sozialdemokratisch-liberalen Regierung sehnen." Mit diesem prophetischen Ausblick auf das Jahr 1987 versuchte der neue sozialdemokratische Parteichef David Owen gestern in seiner ersten programmatischen Parteitagsrede die nach der letzten Unterhauswahl leicht angeschlagene Moral seiner Partei zu heben. „Die Bürger dieses Landes sehen uns als Hoffnung für eine neue politische Zukunft", beschwor Owen die Delegierten. „Diese Bürger wollen eine patriotische Partei, die nicht vom Neid regiert wird wie die Labour Party", sagte er und rief seine Delegierten auf, „sich als eine Partei zu profilieren, die die ideologischen Scheuklappen aus der britischen Parteienlandschaft entfernt und dieses Land zu einer offenen, klassenlosen Gesellschaft transformiert".

Es war nicht die glanzvollste Parteitagsrede, die in den letzten Jahren in diesem Kreis zu hören war. Sie war präzise im sozialpolitischen Bereich, wo Owen, der einst in der Labour Party Minister für den staatlichen Gesundheitsdienst war, eine Stärkung und einen weiteren Ausbau dieser Institution versprach, unscharf im außenpolitischen Bereich, wo Owen lediglich ein klares Bekenntnis zur EG und zur NATO abgab, und vage in der Verteidigungspolitik. Hier ist die Partei so unscharf und abwartend, wie sie es bereits im Wahlkampf war. Owen pries das als eine Tugend und gestand erleichtert ein, daß die Partei am 9. Juni wesentlich weniger Stimmen gewonnen hätte, wenn sie einen stärkeren Anti-Nachrüstungs-Kurs gesteuert hätte.

Bemerkenswert war aber diese Rede jedoch in erster Linie wegen der Dinge, die nicht erwähnt wurden. So ging Owen mit keinem Wort auf das künftige Verhältnis seiner Partei zu den Liberalen ein. Das Thema war zwar bereits am Vortage ausführlich behandelt worden, als die Partei auf Drängen Owens einen Antrag annahm, der zumindest bis zur nächsten Unterhauswahl eine Verschmelzung von Sozialdemokraten und Liberalen ausschließt. Zwar soll die Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien auf allen Gebieten weiter entwickelt werden, was jedoch nicht eine gemeinsame Auswahl der Kandidaten für die nächsten Wahlen zum Europa-Parlament einschließt, die nur in Ausnahmefällen praktiziert werden soll.

Dennoch war es erstaunlich, daß Owen diese Frage aus seiner Rede ausklammerte, die auf lange Zeit hin das heikelste und brisanteste Thema dieser Partei sein wird. Klar geworden ist bereits, daß es in diesem Punkt vor allem zwischen Owen und seinem Vorgänger Roy Jenkins starke Differenzen gibt, der die Sozialdemokraten warnte, in dieser Frage „einen zu engen Partei-Chauvinismus" zu entwickeln. Solange es zwischen beiden Parteien nicht die engsten Bindungen und Übereinstimmungen gebe, laufe sie Gefahr, sich wie die Europäische Gemeinschaft in ihren schlimmsten Zeiten zu entwickeln, nämlich zu einer Vereinigung, die nur durch materielle Selbstinteressen zusammengehalten werde, sagte Jenkins.

Auffallend war auch, daß Owen in seiner Rede nicht ein Wort des Dankes und der Anerkennung für die Arbeit seines Vorgängers Roy Jenkins fand. Das hat wahrscheinlich etwas mit den Umständen zu tun, unter denen sich der Rücktritt Jenkins' unmittelbar nach der letzten Wahl vollzog, der offenbar zwischen beiden Männern eine tiefe Kluft aufgerissen hat.

Wie gestern in der Londoner Zeitung „Guardian" nachzulesen war, die über die Interna der Sozialdemokraten besonders gut informiert ist, hatte Jenkins ursprünglich die Absicht gehabt, erst nach diesem Parteikongreß seinen Rücktritt zu erklären. Er sei jedoch von Owen damals unter starken Druck gesetzt worden, hier und heute seinen Rücktritt zu erklären. Der stark gedemütigte Jenkins gab schließlich klein bei.

Es ist in Salford deutlich geworden, daß Owen alles daran setzen will, seine eigene Partei als unabhängige und eigenständige politische Kraft zu profilieren. Das schließt zwangsläufig jedoch auch eine Abgrenzung von den Liberalen ein, was den Beteuerungen Owens, daß eine spätere „politische Heirat mit den Liberalen durchaus möglich" sei, die Glaubwürdigkeit nimmt.

Diese stärkere Profilierung der Sozialdemokraten, das machte die Rede Owens deutlich – wird besonders im Sozialbereich stattfinden. Owen möchte in seiner Partei stärker als bisher eine sozialistische Dimension aufrechterhalten. Die Antwort darauf wird ihm wahrscheinlich in der nächsten Woche auf dem Parteitag der Liberalen gegeben werden.

Termine der Arabien-Reise Kohls festgelegt

AP, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl wird zwischen dem 5. und 11. Oktober, wie bereits angekündigt, Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien besuchen. Die Reise ist nach Bestätigung aller Termine gestern vom Bundespresseamt mitgeteilt worden. Kohl wird danach vom 5. bis 7. Oktober in Jordanien sein, vom 7. bis 9. Oktober in Ägypten und vom 9. bis 11. Oktober in Saudi-Arabien.

In Bonn wird erwartet, daß der Kanzler mit König Hussein und Präsident Hosni Mubarak in erster Linie Fragen des Nahost-Konflikts und der Lage in Libanon erörtern wird. In Riad dürften Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Wunsch Saudi-Arabiens nach Lieferung deutscher Panzer des Typs Leopard 2 im Mittelpunkt der Gespräche stehen.

Kompromiß im Streit um George

ms./rtr, Berlin

CDU/CSU-Fraktionschef Dregger ist bestrebt, den wegen umstrittener Äußerungen zur Wirtschaftspolitik mehrfach kritisierten sozialpolitischen Sprecher der Unionsfraktion, Haimo George, stärker in die Fraktionsdisziplin einzubinden. Dregger verlas gestern in einer Sitzung des CDU/CSU-Fraktionsvorstands in Berlin einen Brief an George, in dem er die Erwartung äußerte, daß sich der Abgeordnete künftig vor „umstürzenden" Äußerungen mit ihm oder mit der zuständigen Arbeitsgruppe abspreche. George sei damit einverstanden. Dregger habe bestritten, daß er an die Ablösung Georges denke. George hatte Verärgerung ausgelöst, als er für die Reduzierung des Reallohnniveaus um 10 bis 15 Prozent eingetreten war.

Verhaftung im Flugzeug bei Heimkehr aus Exil

rtr, Karatschi

Der pakistanische Oppositionspolitiker Zafar Chatta ist gestern bei seiner Ankunft aus dem freiwilligen Exil noch im Flugzeug, mit dem er aus Paris kam, verhaftet worden. Sicherheitskräfte nahmen Chatta fest, nachdem alle anderen Passagiere ausgestiegen waren. Bereits in der vergangenen Woche waren sieben aus dem Exil zurückkehrende Mitglieder der verbotenen Pakistanischen Volkspartei auf dem Flughafen verhaftet worden. In London erklärten Sprecher der Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie (MRD) in Pakistan, die alle Aktionen gegen das Kriegsrecht koordiniert, die vor einer Woche Verhafteten seien erst die Vorhut von hunderten Pakistanis gewesen, die aus dem Exil wieder in die Heimat zurückkehren wollten.

Heute möchten wir Business Class-Reisenden einmal erzählen, was alles in uns vorgeht.

Die Kabine. In einer separaten Kabine präsentiert sich die Lufthansa Business Class in modernen, freundlichen Farben, bequem und ausgesprochen komfortabel. In allen Lufthansa Boeing 747 und DC 10 Jets.

Die Sessel. Neugestaltete Sessel machen Langstreckenflüge zum Vergnügen. Maximal drei nebeneinander, erweiterter Sitzreihenabstand und ein Neigungswinkel bis zu 35° tragen dazu bei.

Das Menü. Serviert auf Porzellan, erfreut sich der Reisende an sorgsam ausgewählten Menüs mit Vor- und Nachspeise. Und hat die Wahl zwischen zwei Hauptgängen im monatlichen Wechsel – wie angenehm.

Die Getränke. Vom hohen Standard des Bordservices künden rund 40 verschiedene Getränke, für die Sie sich entscheiden können. Vom Aperitif bis zum Digestif, vom Cocktail bis zum Longdrink.

Das Unterhaltungsprogramm. 10 verschiedene Kanäle liefern Unterhaltung am laufenden Band – in Stereo versteht sich. Hochwertige Kopfhörer und ein vielfältiges Film- und Zeitschriftenprogramm runden das Bild ab.

Das Streckennetz. Die Lufthansa Business Class gibt's in alle Welt. Keine andere Fluglinie bietet Ihnen ab Deutschland mehr Direkt- und Nonstop-Verbindungen. Lufthansa Business Class. Ein schönes Gefühl.



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reise- oder Frachtbüro mit Lufthansa-Agentur.

Sun Jat-sens Vermächtnis trennt und verbindet Peking und Taipeh

Unterschiedliche Interpretation seiner Prinzipien / Gedanken zur Wiedervereinigung

HEINER KLINGE, **Taipeh/Kanton**

Vieles trennt, noch mehr aber verbindet die Chinesen, die im Raum des Südchinesischen Meeres unter verschiedenen, ja gegensätzlichen politischen Systemen leben. Diesen Eindruck gewinnen Reisende aus Europa, wenn sie im Zeitraum weniger Wochen sowohl die Republik China (Taiwan) als auch die Volksrepublik China, sowohl die britische Kronkolonie Hongkong als auch die portugiesisch verwaltete Halbinsel Macao besuchen.

Entfernungen spielen dabei die geringste Rolle. Läßt man das flache Häusermeer der nationalchinesischen Hauptstadt Taipeh hinter sich, so schwebt man schon nach einer guten Flugstunde dicht über Dutzenden von Wolkenkratzern im Dufthafen (Hongkong) ein. Von dort fährt man etwa ebenso lange mit dem Tragflügelboot nach dem 60 Kilometer entfernten Macao, das vom märchenhaft reichen Alleinherrscher über Europas Handel mit China zum Geschwür am Bauche Chinas, zur Insel der Spielcasinos, der Trab- und Hunderennen verkam. Der klimatisierte Schnellzug, der täglich mehrmals zwischen Hongkong und der chinesischen Messe-Großstadt Kanton verkehrt, legt die 180 Kilometer in reichlich zwei Stunden zurück.

Gemeinsam sind den Chinesen in allen vier Gebieten beispielsweise der Händlergeist und die Liebe zum guten Essen, der Hang zum Glücksspiel und der starke Familiensinn, die Furcht vor der bewaffneten Obrigkeit und die straffe Disziplin, die Vetternwirtschaft und die Bandenkriminalität, die Sprache und die Schriftzeichen.

Einig sind sich Republik und Volksrepublik in der – wenn auch verschieden starken – Verehrung für den Mann, der 1911 in Süd-China die erste Republik ausrief und zum Sturz der letzten Kaiserdynastie im Jahre 1912 beitrug. Imposante Gedenk-Pavillons für Sun Jat-sen stehen sowohl in Taipeh wie in Kanton, wenn auch der große Saal des Kantoner Pavillons als Theater genutzt wird. Beigesetzt wurde Sun allerdings in dem riesigen, mit blauen Ziegeln gedeckten Mausoleum in Nanking. „Tianxia wei gong" (die Welt gehört allen) steht dort in großen Schriftzeichen auf dem Haupttor.

Allen mag zwar die Welt gehören, doch sind ihre Einzelteile vorerst noch fest in ganz verschiedenen Händen. Und gerade bei der Auslegung des Vermächtnisses von Sun Jat-sen trennen sich die Geister von Taipeh und Peking. Besonders deutlich zeigt sich das an den Äußerungen, die *Deng Xiaoping, der „starke Mann"* der Volksrepublik, und Sun Yun-suan, der Ministerpräsident der Republik, kürzlich zu den Grundprinzipien der Politik Sun Jat-sens gemacht haben. Deng sagte nach Angaben der Pekinger Intellektuellenzeitung „Guangming" gegenüber dem US-Wissenschaftler Winston Yang, er halte die Forderung der (von Präsident Tschiang Ching-kuo geführten) Republik China, die Wiedervereinigung des Landes müsse auf der Grundlage der „drei Volksprinzipien" Sun Jat-sens erfolgen, für nicht realistisch.

Ministerpräsident Sun bestand aber nach dieser Stellungnahme Dengs im Gespräch mit der WELT wiederum auf der Einhaltung gerade dieser Grundsätze des Volkes. Dabei geht es um nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Wohlstand, die aber von der Regierung in Taipeh in das System der freien Marktwirtschaft fest eingebettet werden.

Deng betonte im Gespräch mit Professor Yang, Taiwans Autonomie müsse nach eventueller Wiedervereinigung von begrenzter Natur sein, weil eine vollständige Autonomie gleichbedeutend mit der Existenz von „zwei Chinas" wäre. Zwar könne das künftige „Sonderverwaltungsgebiet" Taiwan ein anderes politisches System als die Volksrepublik behalten, müsse aber international von Peking vertreten werden. Zwar könne Taiwan eigene Streitkräfte unterhalten, doch dürften diese für das Festland keine Bedrohung darstellen.

Peking werde weder Truppen noch Politiker noch Verwaltungsbeamte nach Taiwan schicken, und Taipeh solle selbst über seine Parteien, seine Verwaltung und andere Lebensbereiche bestimmen, sagte Deng. Über all dies solle in „gleichberechtigten Verhandlungen" zwischen Vertretern der in Taiwan regierenden Guomindang (Nationalpartei) und der KP Chinas entschieden werden.

Sun Yun-suan wies sämtliche Vorschläge Dengs als „völlig unannehmbar" zurück. Ihre Annahme, so meinte Sun gegegenüber der WELT, würde die Aufgabe der Souveränität bedeuten. Verwandelte man Taiwan in ein „Sonderverwaltungsgebiet" mit speziellem Autonomie-Status, so müßte Taipeh die Zentralregierung in Peking respektieren, müßte sich die Republik China der Verfassung der Volksrepublik, dem Marxismus-Leninismus und einer totalitären Diktatur unterwerfen, erklärte der Regierungschef.

Unter Hinweis auf das Beispiel Tibets, wo Peking dem Dalai Lama zuerst Autonomie versprochen, dann aber das Land annektiert habe, tat Sun alle Angebote Pekings als unglaubwürdig ab. China, so erklärte der Premier, müsse auf der Grundlage der Demokratie und der freien Wirtschaft vereinigt werden. Der Wohlstand der 18,5 Millionen Bewohner Taiwans – ihr Pro-Kopf-Einkommen hat sich auf 3500 US-Dollar verzwangzigfacht – habe bewiesen, welches System besser sei.

In Hongkong hat die Ankündigung des KP-Generalsekretärs Hu Yaobang, am 1. Juli 1997 werde China die Souveränität über die ganze britische Kronkolonie wieder ausüben, sehr gemischte Reaktionen ausgelöst. Die Mehrheit ihrer 5,5 Millionen Einwohner (98 Prozent Chinesen) sieht der Zukunft Hongkongs als „Sonderverwaltungsgebiet" der Volksrepublik eher gefaßt entgegen. Nervosität breitet sich höchstens unter den „oberen Zehntausend" aus: Jetzt muß schon die zweite große Immobilienfirma Bankrott anmelden. Dabei geht es den Begüterten weniger um ihr persönliches Schicksal. Sie stehen ohnehin fast alle auf zwei Beinen: haben zwei Staatsbürgerschaften und einen Teil ihres Kapitals im sicheren Ausland (Singapur, Australien, USA, Europa) investiert.

Größere Sorge macht ihnen das bereits langfristig in Hongkong selbst angelegte Kapital. So beklagte Allen Lee, Vorsitzender des Hongkonger Produktivitätsrates, die immer stärker werdende Tendenz der in Hongkong tätigen Unternehmer, sich auf die rasche Realisierung von Profiten zu orientieren und langfristige Investitionen zu vernachlässigen.

Doch scheint insgesamt das Vertrauen in Hus Versprechen zu überwiegen, China habe seine Politik darauf angelegt, die „Stabilität und den Wohlstand Hongkongs aufrechtzuerhalten".

In Macao sucht man Nervosität oder Unsicherheit vergeblich. Den Portugiesen kommt jetzt zugute, daß es ihnen niemals gelungen ist, den Behörden des Kaisers von China eine formelle Abtretung der Souveränität über die Halbinsel Macao und zwei benachbarte kleine Inseln abzutrotzen. Da also Macao auch nach Lissabons Auffassung „chinesisches Territorium unter portugiesischer Verwaltung" ist, schreckt den portugiesischen Gouverneur, Konteradmiral Vasco de Almeida e Costa, das magische Datum 1997 überhaupt nicht.

Solange Peking noch nicht zu erkennen gibt, wann auch Macao zum Sonderverwaltungsgebiet der Volksrepublik wird, pflegt der Gouverneur die gute Nachbarschaft zu dem Riesen im Norden. An der Portas do Cerco, dem steinernen Rundbogentor zur Volksrepublik, das nachts geschlossen ist und von 6 bis 21 Uhr dem kleinen Grenzverkehr dient, empfing der Admiral jetzt schon zum zweiten Mal innerhalb von 20 Monaten einen ranghohen Gast aus dem chinesischen Reich: Liang Lingguang, im Dezember 1981 noch als Oberbürgermeister von Kanton, jetzt als Gouverneur der ganzen Provinz Guangdong, sah in Macao nach dem Rechten und kurbelte die Zusammenarbeit an. Admiral und Provinzgouverneur bekräftigten bei einem Dinner: „Für Guangdong ist ein wohlhabendes und stabiles Macao von Nutzen."

Obwohl wenige Tage zuvor auch Pekings „Statthalter" in Hongkong, Xu Jiatun, (formell Bürochef der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua), Macao zum zweiten Mal besucht hatte, bestritt Admiral Costa jeglichen Zusammenhang zwischen dem künftigen Schicksal beider Territorien: Die Zukunft Hongkongs oder die britisch-chinesischen Verhandlungen „betreffen mich weder direkt noch indirekt".

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Partei Schumachers

„Die Blockierer von Mutlangen und der Abschuß des Jumbos"; WELT vom 5. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Gott, was ist aus der Partei Friedrich Eberts, Kurt Schumachers u. a. geworden? Was sagte Herr Lafontaine in Schwäbisch Gmünd am 3. September?: „... man dürfe sich nicht durch einen Flugzeugabschuß irre machen lassen, ... in dieser Minute sterben 100 Menschen an Hunger!"

Und was hat die SPD-Fraktion am 5. September beschlossen? (WELT vom 6. 9.) – Die Entlassung der Minister Engelhard und Zimmermann zu fordern, weil ein Asylbewerber vor Abschluß der Gerichtsverhandlung (deren Ergebnis ja wohl auch für die Minister bindend gewesen wäre) Selbstmord begangen hat!

Wie war das? ... Jede Stunde sterben 100 Menschen an Hunger!

Mit freundlichen Grüßen
Dr. F. W. Ossenbrink,
Erbach 3

*

Sehr geehrte Herren,

welch erschütternde Gesinnungslosigkeit sich hinter der vordergründigen Angst um den Frieden der Lafontaine, Gollwitzer, Jens und anderen verbirgt, das wurde deutlich in Mutlangen.

Das willkürliche Todesurteil für 269 Menschen, völlig ahnungslos in einem Verkehrsflugzeug sitzend, wird achselzuckend beiseite geschoben. Der Theologe (!) Gollwitzer verweist darauf, daß anderswo auch Menschen umgebracht werden, Lafontaine spricht von „polemischer Propaganda".

Wo bleibt da – angesichts dieser unglaublichen Brutalität im tiefsten Frieden, von der ganzen Welt einhellig verurteilt – die so anspruchsvolle moralische Gesinnung, die die Friedensfreunde sonst wie eine Standarte vor sich hertragen?

Da wird ungeniert zu Scheinargumenten gegriffen, indem Vergleiche zu Vietnam oder El Salvador angestellt werden, obwohl diese Länder sich immerhin im Krieg bzw. Bürgerkrieg befanden bzw. befinden, im Krieg gegen die kommunistische Subversion. Und welch eine moralische Bankrotterklärung, Tote gegen Tote aufrechnen zu wollen!

Walter Jens blieb es vorbehalten, der UdSSR zu danken, „daß wir heute hier zusammengekommen sind und nicht unter dem Hakenkreuz leben müssen". Das muß allen jenen wie Hohn in den Ohren klingen, die im Ostteil Deutschlands hinter Mauer, Minengürtel und Stacheldraht leben müssen und nicht zusammenkommen können, um dagegen zu protestieren.

Für die USA, die auch heute noch der Garant unserer Freiheit sind, hatte der Rhetorik-Professor wohl kein Dankeswort übrig. Welche Anschuldigungsreden hätten wir uns aber anhören müssen, wäre von unserem Verbündeten ein östliches Flugzeug auf die gleiche Weise abgeschossen worden?

Mit freundlichen Grüßen
Peter Rösch,
Kronshagen

Weg der Abkehr

„Vereist der heiße Herbst in der Moskauer Realität?"; WELT vom 7. September

Sehr geehrte Herren,

Georg Schröder hat in seinem bemerkenswerten Kommentar den Finger auf die offenste Wunde der SPD gelegt: Während Helmut Schmidt als Repräsentant einer gemäßigten und in der Substanz bündnistreuen Richtung in der SPD schweigt, führen die Flügelmänner des Neutralismus, Lafontaine und Eppler, zusammen mit dem „Wandler durch Annäherung" Egon Bahr ihre Partei immer lautstärker auf den Weg der Abkehr vom Bündnis freier Nationen.

Die SPD – daran kann kaum noch ein Zweifel bestehen – ist auf dem Weg zurück hinter Godesberg, zurück zu einer linken Klassenkampf- und „Ohne-Mich"-Partei. Darüber kann sich niemand in unserem Land freuen; auch als Mitglied einer Partei, die wahlpolitisch davon nur profitieren kann, empfinde ich nicht Schadenfreude, sondern nur tiefe Sorge.

Die sich in der SPD durchsetzende politische Linie ist vor allem eine Gefahr für den Frieden in Freiheit. Sie wird die Kreml-Führer glauben lassen, daß sich zumindest bei einer der beiden großen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland eine sowjetische Politik der militärischen Stärke, der Intransigenz und der Mißachtung der Menschenrechte auszahlt. Moskau wird in den Erfolgsaussichten eines Konfrontationskurses bestärkt (siehe den Abschuß der koreanischen Zivilmaschine durch sowjetische Kampfflugzeuge!), der für den Weltfrieden nichts Gutes bedeutet. Die SPD-Führung wäre gut beraten, diese möglichen Folgen ihrer Kursänderung gründlich zu überdenken.

Claus Jäger, MdB, CDU,
Bonn / Wangen i. A.

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Auch noch Strafe?

„Leserbrief: Wirkliche Lösung"; WELT vom 21. August

Der Brief von Herrn Leo Weber aus Herford über seine „wirkliche Lösung" der Rentenberechnung nach Kinderzahl kann nicht unwidersprochen bleiben.

Er kann sich bei dieser schönen Rechnung wahrscheinlich nicht vorstellen, daß es auch Leute gibt, die das von ihm als „wonnig" bezeichnete Leben nicht freiwillig führen. Hat er bei seiner Rechnung bedacht, wie viele Ehepaare sich ein Kind wünschen und keines bekommen? Ja, auch das gibt es noch in dieser Zeit. Will er diese im Alter einsamen Menschen auch noch finanziell bestrafen?

Und will er diesen dann tatsächlich erklären, daß Eltern in diesem Staat Kinder bekommen, weil sie an den Erhalt der Renten denken? Es hat mich wirklich erschreckt, sich vorzustellen, daß wir einmal in eine Zukunft kommen könnten, wo Kinder diesem Zweck dienen.

Und warum soll sein Rechenbeispiel nur für die Rente gelten, wo doch Familien mit Kindern den gleichen Beitrag zur gesetzlichen Krankenkasse zahlen wie eine alleinstehende Person, nämlich prozentual vom Gehalt und nicht nach der Zahl der versicherten Personen?

Vielleicht sollte man bedenken, daß jedes System Ungerechtigkeiten in sich birgt, die man nicht durch ein einfaches Rechenbeispiel beseitigen kann.

Mit freundlichem Gruß
Ursula Kleinschmidt,
Duisburg 18

Wiener Fakten

„Leserbrief: Die deutschen Grenzen"; WELT vom 31. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von Herrn Dr. Paschen angeführten Tatsachen sind so tatsächlich nicht. Sicher hat die österreichische Nationalversammlung 1918 beschlossen, daß Österreich ein Teil der deutschen Republik wäre, aber daraus ein Plebiszit zu machen, ist doch etwas kühn. Die österreichische Nationalversammlung, die diesen Beschluß faßte, war der Rumpf des k. u. k. österreichischen Reichstages nach Abzug der anderen Nationen. Ob sich aus dem vereitelten Beschluß eines Rumpfparlaments ewige Rechte herleiten lassen, ist mehr als fraglich.

Ebenso fraglich ist es, ob die Volksabstimmung in 1938 „völkerrechtlich einwandfrei" war, wie Herr Dr. Paschen dies behauptet. Erstens hatten alle Juden, deren österreichische Staatsbürgerschaft nicht in Frage steht, keine Stimme. Zweitens hat sofort nach dem Anschluß eine Welle von Verhaftungen politischer Gegner stattgefunden, so daß zum Zeitpunkt der Abstimmung die Opposition, wenn auch zahlenmäßig nicht wesentlich geschwächt, unter ungeheurem Druck stand. Drittens war die Abstimmung nicht geheim.

Zweifelsohne war ein großer, wichtiger und lautstarker Teil der österreichischen Bevölkerung für den Anschluß. Dadurch wird eine unrechtmäßige Abstimmung nicht rechtmäßig.

Da die von Herrn Dr. Paschen angeführten „Tatsachen" also keine Tatsachen sind, sind seine Schlußfolgerungen hinfällig.

Mit freundlichen Grüßen
W. P. Leighton,
Bensheim

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Russel E. Dickenson (59), Direktor der 334 amerikanischen Nationalparks und Naturschutzgebiete, ist in Mönchengladbach mit der „Goldenen Blume von Rheydt" für seine überragenden Verdienste geehrt worden. Der Preis, eine stilisierte Dahlie aus Gold, wird seit 1967 alle zwei Jahre verliehen. Zu den bisherigen Empfängern des Mönchengladbacher Natur- und Umweltschutz-Preises gehören unter anderen der Naturforscher **Heinz Sielmann**, Prinz **Bernhard der Niederlande** und **Thor Heyerdahl**.

*

Kirchenrat **Georg Friedrich Reber** (72) wurde mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet. Reber, der 1955 zum ersten Landessozialpfarrer für die Landeskirche Kurhessen und Waldeck in Kassel berufen und zugleich zum Studienleiter für soziale Fragen an der Akademie Hofgeismar ernannt wurde, übernahm 1965 die Leitung des Theodor-Litt-Kollegs in Kassel und war bis 1977 Vorsitzender der Ständigen Konferenz der Leiter kirchlicher Kollege in der Bundesrepublik.

*

Dem württembergischen Pfarrer **Willi Stegmaier** (72) wurde für seinen Einsatz bei der Versorgung von Schulkindern in den Hungergebieten Ugandas in seiner Heimatstadt Backnang das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse verliehen. Stegmaier hatte noch bis 1982 in den ugandischen Hungergebieten Hilfeprogramme, vor allem Schulspeisungen für 28 000 Kinder, durchgeführt.

GEBURTSTAG

Dompropst **Ferdinand Schulte Berge**, früherer Kolpingpräses und jetzt Geistlicher Beirat des Katholischen Deutschen Frauenbundes, feiert am Dienstag in Essen seinen 65. Geburtstag. Nachdem Schulte Berge lange Jahre das Dezernat Information, Planung und Recht im Bischöflichen Generalvikariat geleitet hatte, steht der Päpstliche Ehrenprälat seit Jahresfrist an der Spitze des Dezernats Erziehung und Schule.

Wort des Tages

„In der religiösen Welt ist der Verstand nicht oberster Maßstab. Was der Verstand erforschen kann, das soll er auch erforschen, aber es gibt doch Dinge, die sich seiner Wahrnehmung entziehen. Es gibt Geschehnisse, die dem Verstand unverständlich sind. Ihrer sind viel mehr, als wir gemeinhin ahnen."

Walter Nigg, schweiz. Autor (geboren 1903)

Union: „DDR" soll Signal geben

AP, Bonn

Die Union hat die „DDR"-Führung aufgefordert, den Milliardenkredit rasch mit humanitären Erleichterungen im innerdeutschen Bereich zu beantworten. Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühe erklärte, das deutliche Signal des Vertrauens, das die Bundesregierung gesetzt habe, dürfe nicht allein stehen bleiben. Der gegenwärtige Zeitpunkt, der Abschluß der KSZE-Folgekonferenz von Madrid, wäre „ein geeignetes Datum, um Vertrauen gegen Vertrauen zu setzen".

Rühe vertrat die Ansicht, daß es beiden deutschen Staaten gelingen könnte, „ein Modell zu entwickeln für eine Entspannung über die trennenden Systemgrenzen hinweg". Die Deutschen könnten den Ost-West-Konflikt zwar nicht beseitigen, aber in der Praxis entschärfen. Der CDU-Politiker zog allerdings auch die Grenzen einer solchen Strategie, indem er die feste Zugehörigkeit beider Staaten zu ihren jeweiligen Bündnissystemen herausstellte.

Bischof mahnt beide Seiten

KNA/AP, San Salvador

Mehr als 150 Menschen sind in der vergangenen Woche in El Salvador getötet oder verletzt worden, erklärte der Erzbischof von San Salvador, Arturo Rivera Damas, am Sonntag in einer Predigt. Sie seien politischen Mordanschlägen paramilitärischer Gruppen, Aktionen der Armee und einem Guerilla-Angriff auf San Miguel zum Opfer gefallen.

Der Erzbischof forderte die Regierung seines Landes auf, „der Unterdrückung durch Sicherheitsorgane, paramilitärische Banden und Phantom-Organisationen ein Ende zu bereiten". Damit meinte er die „Todesschwadronen", die vor allem Anhänger der Opposition ermorden. Die politisch-militärischen Gruppen der Linken rief der Geistliche auf, ihre „Zerstörungen" zu beenden und ernsthafte Anstrengungen für einen Dialog zu unternehmen.

Geißlers Pläne für die Zeit der vollen Kassen

Positionspapier geht über Regierungserklärung hinaus

GISELA REINERS, Bonn

„Sobald die Finanzlage es zuläßt" möchte Familienminister Heiner Geißler (CDU) allen Müttern über das Mutterschaftsgeld hinaus noch ein Erziehungsgeld zahlen und Erziehungsjahre in der Rentenversicherung anrechnen. Letzeres soll auch der Elternteil erhalten – also Vater oder Mutter – der sich der Erziehung seiner Kinder widmet. Diese Forderungen für den Fall der wieder etwas volleren Kasse enthält ein „Positionspapier zur Familienpolitik der 10. Legislaturperiode", das an alle Angehörigen der CDU/CSU-Fraktion verschickt wurde. Geißlers Forderung von Einkommensgrenzen bei der Zahlung von Mutterschaftsgeld enthält das Schreiben nicht.

Vor dem Hintergrund, daß die Bundesrepublik das Land mit der niedrigsten Geburtenrate der Welt ist, und daß viele Kinder „Kennzeichen neuer Armut" sind, hält der Familienminister eine „umfassende Reform und einen weiteren Ausbau des Familienlastenausgleichs" für notwendig. Er gibt zu bedenken, daß 1984 von den Kindergeldausgaben 800 Millionen Mark in der Kasse verbleiben werden – obwohl an dieser Sozialleistung als einziger nicht ein Pfennig gekürzt wurde. Der Grund liegt am Rückgang der Zahl berechtigter Kinder. Bis 1986 würden sich die Kindergeldausgaben sogar um 5,4 Milliarden verringern. Damit dieses Geld aber weiter den Familien zugute kommt, müsse dringend der Lastenausgleich „auf der Grundlage des dualen Systems von Kindergeld und steuerlichen Erleichterungen" verbessert werden.

Familiengerechte Steuer

Ausgangspunkt der Neugestaltung müsse, so Geißler, eine familiengerechte Lohn- und Einkommensteuer sein. Das „Familiensplitting" solle dem Ziel dienen, daß, wer Familien mit vielen Kindern hat, weniger Steuern zahlen soll als kinderlose. Dies gelte auch für Alleinerziehende. Die Neuordnung müsse „sozial ausgewogen und verwaltungsmäßig so einfach wie möglich" ausgestaltet sein.

Die Entlastung bei der Steuer setze ein Volumen von „mehreren Milliarden" voraus. Geißler beruft sich dabei auf die Regierungserklärung des Kanzlers, in der nicht nur das Familiensplitting angekündigt, sondern der Familienpolitik eine Schwerpunktaufgabe mit absoluter Priorität zuerkannt worden sei. Der entscheidende „erste Schritt" sei die Steuer-Entlastung.

Politik „aus einem Guß"

Geißler nennt in seinem Papier nicht nur künftige Ausgaben für die Familie, sondern nennt auch deren Grundwerte: Gleichberechtigung, Partnerschaft und Wahlfreiheit. Doch sie setze auch eine „familienfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt" voraus. Die Familienpolitik „aus einem Guß" könne nicht „vor dem Fabriktor" halt machen. Es gehöre zu ihr eine größere Flexibilität bei der Entscheidung über die Arbeitszeit, die Förderung von Teilzeitbeschäftigung (der Innenminister sei vom Kabinett beauftragt, die beamtenrechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen) und die Verbesserung der Chancen „für Frauen und Männer", nach der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen wieder in den Beruf zurückzukehren.

Geißler wünscht auch, daß die Familie „Zufluchtstätte" nicht nur für Eltern und Kinder, sondern auch für Groß- und Urgroßeltern sein solle, wie dies Professor Ursula Lehr von der Universität Bonn fordere. Soziologische Forschungen haben jedoch gezeigt, daß es Mehr-Generationen-Familien früher fast nur bei Adligen und ganz Armen gegeben habe, während der Mittelbau die Trennung suchte. Der Familienminister verweist jedoch auf einen gemeinsam mit dem Bauministerium ausgeschriebenen Wettbewerb, der den Weg zu Wohnformen frei machen soll, damit „mehrere Generationen unter einem Dach leben könne, wenn sie es wollen".

IG-Bau-Zentrale verschärft Streit mit Stuttgart

DW./dpa, Stuttgart

Der seit Monaten schwelende Konflikt zwischen dem Bezirk Stuttgart und dem Bundesvorstand der IG-Bau-Steine-Erden hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Der Vorstand der IG Bau in Frankfurt versagte dem vor wenigen Tagen wiedergewählten Bezirksvorsitzenden der IG Bau in Stuttgart, Richard Richter, die Bestätigung in diesem Amt. Richter nannte in einer ersten Stellungnahme die Entscheidung der IG-Bau-Spitze einen „gewerkschaftspolitischen Skandal", da er von der Mitgliedschaft demokratisch gewählt worden sei. Der Stuttgarter Bezirksvorstand sieht in dem Vorgehen den Versuch, den engagierten und dem Bundesvorstand gegenüber kritisch eingestellten Bezirk mundtot zu machen.

Nur mit Vorbehalt hat der Frankfurter Bundesvorstand den jetzt in den Bezirksvorstand gewählten Stuttgarter Fliesenleger Werner Röhm bestätigt. Über Röhms Klage, mit der er die jüngsten Bundesvorstandswahlen anficht, wird das Frankfurter Landgericht am Freitag entscheiden.

Gehaltskürzung aufgehoben

AP, Bonn

Das Bundesdisziplinargericht hat die vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), vorgenommene Kürzung der Pension des Ministerialdirektors a. D. Edgar Hirt aufgehoben. Im Zusammenhang mit dem gegen Hirt erhobenen Vorwurf der Veruntreuung von Geldern hatte Windelen verfügt, daß ein Drittel des Ruhegehaltes des Vertrauten des ehemaligen Ministers Egon Franke (SPD) einzubehalten sei. Wie der Anwalt von Hirt, Karl Heinz Ohlsson, mitteilte, kam das Disziplinargericht zu dem Schluß, daß die gesetzlichen Voraussetzungen für die Anordnung des Bundesministers nicht erfüllt seien. Nach dem gegenwärtigen Ermittlungsstand könne nicht davon ausgegangen werden, daß der Beamte die ihm zur Verfügung gestellten Finanzmittel für unerlaubte Zwecke verwandt habe.

Reagan schließt Gipfeltreffen mit Andropow für 1984 nicht aus

Senatoren: Washington und Moskau sollen atomares Potential einfrieren und halbieren

AFP/dpa/AP, Washington

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan schließt die Möglichkeit eines Gipfeltreffens mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Jurij Andropow auch nach dem Abschuß des südkoreanischen Passagierflugzeugs nicht aus. In einem Interview für das US-Nachrichtenmagazin „Time" erklärte Reagan auf eine Frage hinsichtlich eines Treffens mit Andropow im kommenden Jahr: „Ich werde dies niemals ausschließen. Wenn ich voll davon überzeugt werden kann, daß ein Gipfeltreffen nützlich für unsere Gesellschaft und für die freie Welt sein könnte, dann würde ein solcher Gipfel stattfinden."

Reagan verneinte die Frage, ob er nach dem Abschuß der Boeing ernsthaft erwogen habe, die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Reduzierung strategischer Waffen (START) und über Mittelstreckenraketen in Europa auszusetzen. Der Präsident sagte dazu: „Dies sind Dinge, nach denen wir streben, weil wir in einer gefährlichen Welt leben ... Ein solcher Zwischenfall verdeutlicht, wie leicht durch eine Panne ein Konflikt ausgelöst werden könnte. Wir müssen, so hart wie wir nur können, daran arbeiten, die Bedrohung zu reduzieren ..., die sich aus dem gegenwärtigen Ungleichgewicht der Bewaffnung ergibt."

Nach Angaben der „New York Times" soll der US-Präsident die amerikanischen Unterhändler bei den Konzessionen ermächtigt haben. Wie das Blatt berichtet, könnte Chefunterhändler Nitze nach vorsichtigen Andeutungen aus Regierungskreisen Spielraum erhalten haben, die Forderung nach einem globalen Abkommen für den Bereich der stationierten Raketen fallenzulassen. Stattdessen würde Washington nur auf Gleichheit in Europa auf der Basis von etwa 300 Raketensprengköpfen auf jeder Seite bestehen.

Als Gegenleistung solle sich die Sowjetunion bereiterklären, ihre nach Asien gerichteten Raketen auf dem gegenwärtigen Stand (324 Sprengköpfe auf 108 Raketen des Typs SS-20) zu beschränken. Dies würde der Sowjetunion ihre gegenwärtige Überlegenheit in Fernost erhalten, doch müsse Moskau diese Überlegenheit einfrieren.

Drei einflußreiche amerikanische Senatoren haben vorgeschlagen, die USA und die Sowjetunion sollten ihr atomares Potential auf dem gegenwärtigen Stand einfrieren und dann schrittweise um die Hälfte abbauen. Die Senatoren Sam Nunn (Demokrat) und William Cohen (Republikaner) verlangen in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Kommission des US-Präsidenten für die MX-Interkontinentalraketen, Brent Scowcroft, einen „koordinierten, vernünftigen Vorstoß" zur Reduzierung der Atomwaffen. Charles Percy, der (republikanische) Vorsitzende des Senatsausschusses für Auswärtiges, unterstützt den Vorschlag der beiden Senatoren. Nunn und Cohen regten ferner an, daß Washington und Moskau für jeden neu aufgestellten Gefechtskopf zwei alte zerstören sollten.

Für die im Oktober in Genf wieder beginnenden START-Gespräche stellten die Senatoren sieben Prinzipien auf. Sie sehen außer Einfrieren und Reduzierung der Atomwaffen vor, sofort eine Obergrenze der Zahl der Gefechtsköpfe von Interkontinental-Raketen festzulegen. Vereinbart werden sollen ein garantierter jährlicher Abbau der Zerstörungskapazität von Raketen und Bombern auf beiden Seiten, Initiativen zur Förderung der Entwicklung kleiner Interkontinental-Raketen mit nur einem Gefechtskopf und eine Übereinkunft, Maßnahmen der defensiven Rüstung (Zivilverteidigung) nicht zu behindern oder zu verbieten.

Pinochet: Ich halte meine Versprechen ein

rtr/AP, Santiago

Bei weiteren Protestaktionen gegen die Militärregierung in Chile sind am Sonntag nach Angaben der Polizei zwei Menschen getötet und mehrere verletzt worden. Präsident Pinochet machte in einer Feierstunde zum 10. Jahrestag seiner Machtübernahme die Organisatoren der Protestaktionen für die Ausschreitungen verantwortlich.

General Pinochet sagte: „Ich rufe heute alle Chilenen auf, unsere Freiheit zu verteidigen und jede Saat des Totalitarismus auszulöschen. Ich versichere heute wieder, daß meine Regierung unumwunden an ihrem Versprechen festhält, Chile von der Gefahr des Totalitarismus zu befreien." Der Präsident erklärte weiter, die Regierung erwäge eine Volksbefragung mit dem Ziel, einige Punkte der Verfassung von 1980 abzuwandeln, und bis 1990 ein Parlament zu wählen.

Die Polizei löste am Sonntag in mindestens drei Slum-Vierteln am Rande Santiagos Kundgebungen von Regimegegnern auf und ging auch gegen Hunderte von Teilnehmern einer Gedenkmesse für die über 3000 Opfer des Putsches gegen den bis 1973 amtierenden Präsidenten Allende vor. In Concepcion setzte die Polizei Tränengas ein, um einen Marsch von 500 Menschen zu einer Kundgebung gegen Pinochet aufzulösen. In Vina del Mar durften 3000 Menschen vom Grab Allendes in die Nachbarstadt Valparaiso marschieren.

Seite 2: Allende und Pinochet

„Friedensdorf" in Mutlangen geräumt

dpa, Mutlangen

Knapp zehn Tage nach Beendigung der „Prominenten-Blockade" des US-Depots in der Nähe des schwäbischen Ortes Mutlangen ist das dort errichtete „Friedensdorf" gestern geräumt worden. Die Aktion, bei der die Polizei nach eigenen Angaben 26 Demonstranten beiseite trug, verlief ohne Zwischenfälle.

Das „Friedensdorf" war am 4. September in unmittelbarer Nähe des US-Depots aus Zelten und Holzhütten errichtet worden. Dieses Lager ist nicht identisch mit dem „Friedenscamp", in dem sich mehrere hundert Menschen wochenlang auf die Blockade vorbereitet hatten und das mehrere Kilometer entfernt von dem Stützpunkt errichtet worden war.

Die Amerikaner hatten gestern morgen von der Gemeindeverwaltung die Räumung des „Friedensdorfes" verlangt; das Grundstück unterliegt der ausschließlichen militärischen Nutzung durch die amerikanischen Streitkräfte.

Der Mutlanger Bürgermeister Heinz Hartmann informierte die Demonstranten – entsprechend der Forderung der Amerikaner – über die Verfügung, wonach das „Friedensdorf" innerhalb einer Stunde zu räumen sei. Die Demonstranten begannen daraufhin, ihre dort errichteten Zelte abzubauen. Sie entfernten sich jedoch selbst nicht, so daß sie von Beamten beiseite getragen werden mußten.

Moskau weist US-Diplomaten als „Spion" aus

AFP/rtr, Moskau

Der US-Vizekonsul in Leningrad, Lon David Augustenborg, ist wegen angeblicher Spionage zur „persona non grata" erklärt und aufgefordert worden, die Sowjetunion zu verlassen, meldete gestern die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass. Augustenborg und seine Frau Denise seien am Sonntag in der Region von Leningrad „auf frischer Tat" ertappt worden. Dem sowjetischen Geheimdienst lägen Beweise für die „mit ihrem offiziellen Status unvereinbaren Aktivitäten" der Amerikaner vor.

Die Konsularabteilung der amerikanischen Botschaft in Moskau bestätigte, daß Augustenborg im Generalkonsulat der Vereinigten Staaten in Leningrad tätig sei. Einen Kommentar wollte die Botschaft zu dem Fall jedoch nicht abgeben. Bisher ist nicht bekannt, wann Augustenborg und seine Frau die Sowjetunion verlassen müssen.

Der Vizekonsul ist der dritte amerikanische Diplomat, der in diesem Jahr zur unerwünschten Person erklärt wurde. Anfang Juni wies die Sowjetunion den Presseattaché der US-Botschaft, Louis Thomas, wegen Spionagetätigkeit aus. Anfang März wurde der erste Sekretär der Wirtschaftsabteilung, Richard Osborne, aus demselben Grunde des Landes verwiesen.

Im April waren drei sowjetische Diplomaten von der US-Regierung zum Verlassen der Vereinigten Staaten aufgefordert worden.

Bonn fordert Entschuldigung Moskaus

● Fortsetzung von Seite 1

wurde jetzt mit „Ich feure Geschosse ab" übersetzt. Ob es sich dabei um Leuchtspurmunition, wie die Sowjetunion behauptete, oder um direkt auf das Flugzeug gerichtete Raketen gehandelt habe, geht aus der Erklärung des US-Außenministeriums nicht hervor.

Weiterhin heißt es in dem Text des State Departments, dem jetzt entzifferten Satz sei zwei Minuten später ein weiterer Kontakt der KAL-Pilotenkanzel mit japanischen Luftkontrollstationen gefolgt, aus dem nicht ersichtlich werde, daß der Pilot sich über die Anwesenheit sowjetischer Jäger in seiner Nachbarschaft im klaren war, oder daß er gemerkt hätte, daß er mit Leuchtmunition befeuert worden war.

Das amerikanische Außenministerium sieht daher keinen Grund von der amerikanischen Darstellung der Ereignisse abzugehen. Die „koreanische Maschine wußte nichts von den sowjetischen Jägern oder von irgendwelcher abgegebener Warnung. Die Sowjets trafen bewußt die Entscheidung, das Flugzeug abzuschießen. Tatsache bleibt, daß es sich um eine unbewaffnete Verkehrsmaschine handelte, mit der 269 unschuldige Menschen ihr Leben verloren", heißt es in der Erklärung.

In den sowjetischen Medien haben sich nach der Pressekonferenz des sowjetischen Generalstabschefs Nikolai Ogarkow eine Reihe von Militärs mit Stellungnahmen zu dem Abschuß zu Wort gemeldet. Im sowjetischen Fernsehen versuchte Generaloberst Nikolai Moskwitilew, Befehlshaber der Jagdflieger der Verteidigungsstreikräfte, die bisherige Darstellung zu untermauern, daß die Piloten der Abfangjäger den Jumbo-Jet mit einem amerikanischen Aufklärungsflugzeug vom Typ RC-135 verwechselt hätten. Die Flugzeuge hätten „eine identische Form" und seien von den Piloten im Dunkeln nicht zu unterscheiden gewesen. Die sowjetische Nachrichtenagentur Nowosty veröffentlichte die Aussage von Generalmajor Nikolai Koslow, daß es sehr schwer und „mitunter einfach unmöglich ist, nachts visuell zu bestimmen, ob das Objekt ein Kampf- oder ein Passagierflugzeug ist". Der jeweilige Flieger, so Koslow, sähe „nachts an den Geräten die elektronischen Angaben und visuell lediglich die Silhouette eines Flugzeuges, und diese ist bei vielen Militär- und Verkehrsflugzeugen ähnlich". Beide Militärs wiederholten die offizielle sowjetische Darstellung, wonach der Jumbo-Jet von den USA, Südkorea und Japan in voller Absicht in den sowjetischen Luftraum geschickt worden sei.

Spranger warnt vor DKP-Einfluß

Er sieht Erfolge der Kommunisten in der „Friedensbewegung"

rtr, München

Etwa 400 ausgebildete Funktionäre der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) sind nach Darstellung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU), „rund um die Uhr" in der „Friedensbewegung" aktiv. Mitarbeiter von Vorfeldorganisationen, die mit Unterstützung der „DDR"-Einheitspartei SED ihre ganze Kraft daran setzten, den NATO-Doppelbeschluß „politisch zu kippen", sagte Spranger gestern auf einer friedenspolitischen Tagung der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung.

Der DKP sei es durch diesen Einsatz „auf weiten Strecken gelungen", die „Friedensbewegung" auf einen „Minimalkonsens" ohne ernsthafte Diskussion der sowjetischen Militärpolitik festzulegen. Daher sei es notwendig, die Ziele der Kommunisten darzustellen und die Frage der Zusammenarbeit mit ihnen zu stellen. Die DKP sei „ein Stück leninistisches Regime auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland", sagte der CSU-Politiker. Als „SED-Agentur" sei sie keine selbständige Kraft und könne daher auch „keinen Anspruch auf Beteiligung am politischen Kräftespiel" erheben.

Spranger beklagte, daß die Entspannungspolitik zu einer „immer weitergehenden Akzeptanz" der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und zu einer Resignation gegenüber Volksfrontbündnissen geführt habe. In der „Friedensbewegung" übe die DKP nun einen „erheblichen Einfluß" aus. Dabei gingen ihre Ziele weit über die Raketenfrage hinaus, wie sich daran zeige, daß die DKP die Diskussion über einen politischen Streik anheize.

Zu der Diskussion über sogenannte gewaltlose Aktionen sagte Spranger: „Durch Sitzstreiks den Straßenverkehr zu blockieren ist Gewalt." Wenn sich die Gegner des NATO-Doppelbeschlusses ein Widerstandsrecht anmaßten und Gewalt als Gewaltlosigkeit ausgäben, dann habe „der Rechtsstaat mit Entschlossenheit zu reagieren".

Der baden-württembergischen SPD warf Spranger vor, sich mit ihrem Votum gegen die Raketen-Stationierung „an der Sicherheit unserer Bürger" zu versündigen.

Harter Winter in Sicht

adh. – Mit einem geschätzten Auftragsvolumen von 2,3 Milliarden Mark sind die Ispo-Aussteller zufrieden nach Hause gegangen. So sehen es zumindest die Veranstalter der 19. Internationalen Sportartikelmesse in München. An dieser globalen Aussage sind Zweifel angebracht. Denn eigentlich hat sich für die Branche auch nach dieser Messe nichts geändert. Auch nicht an den Preisen, was die sporttreibende Kundschaft der dort einkaufenden Sporthändler natürlich freut. Aber diese Preisstabilität ist in Wahrheit nur Ausdruck des harten Preiswettbewerbs untereinander – unter den Herstellern und unter den Händlern.

Es sei erinnert an das Debakel für die Ski-Produzenten, die mit dem Aufschwung des weißen Sports sorglos zu große Produktionskapazitäten aufgebaut hatten und dafür teuer bezahlen mußten. Inzwischen wiederholt sich das Ganze bei den Surfbrettern: schneller, leichter, teurer heißt das Rezept. Nun haben die Produzenten Probleme. Der Drang zum immer besseren und damit natürlich auch teureren Sportgerät scheint an eine natürliche Grenze zu stoßen. In einer Zeit, in der die Realeinkommen der nach wie vor sportbegeisterten Kunden nicht oder kaum noch wachsen, wird bei den Ausgaben für das Hobby gespart.

Handel und Hersteller wünschen sich einen kalten Winter. Schon immer hat nämlich ausreichend Schnee das Geschäft mit Skiern und Skibekleidung belebt. Daß der Winter aber auch hart werden dürfte, zeigt der wachsende Anteil (billigerer) Importe in den Regalen des Handels. Ruhe an der Wettbewerbsfront ist nicht in Sicht.

Brünn

Mk. – Von Leipzig nach Brünn – hier beginnt heute die 25. Internationale Maschinenmesse mit 450 Ausstellern aus der Bundesrepublik. Wie in Leipzig, wo am Sonntag die Tore geschlossen wurden, so sind auch in Brünn die Erwartungen nicht allzu hoch gespannt. Dieses liegt nicht nur daran, daß der Maschinenbau des Gastlandes, der einmal auch international hoch im Kurs stand, in einigen Bereichen an Reputation verloren hat, es läuft einfach nicht sehr viel im Handel mit der Tschechoslowakei. Und das, obwohl dieses Land seine Westverschuldung im Griff hat, weil es in den siebziger Jahren dem Reformkurs der anderen Ostblockstaaten nicht gefolgt ist. Der Schock nach dem Einmarsch der „Bruder-Truppen" war so tief, daß nur noch wenig geschah. Die Wirtschaft wurde nicht modernisiert, worunter die Wettbewerbsfähigkeit litt. Von Elan ist nichts zu spüren. Der Handel mit den Comecon-Partnern floriert zwar noch. Der Westhandel dümpelt so dahin. Die etablierten Firmen machen ihre Im- und Export-Geschäfte und besuchen die Messe – wie in jedem Jahr. Einen Jubiläumsbonus wird es nicht geben.

Gegen-Offensive

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Das, was gegenwärtig die Agrarpolitiker als Reform des gemeinsamen Marktes diskutieren, schockiert die Handelspolitiker. Mehr noch: Die Hoffnungen auf einen sich selbst verstärkenden, dynamischen Aufschwung würden geringer werden, wenn sich diese Tendenzen durchsetzen sollten. Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat mit seinem Hinweis recht, daß ein solcher Prozeß bei der Außenhandelsabhängigkeit der Bundesrepublik entscheidend von einem florierenden Export geprägt wird.

Was die Agrarpolitiker mit der Einführung einer allgemeinen Fettsteuer oder mit der Belastung von Getreidesubstituten auf dem Tisch haben, soll den Import treffen. Ein Teil der Anpassungslast soll auf Dritte abgewälzt werden. Niemand kann so blauäugig sein, daß er nicht mit Gegenreaktionen rechnet. Die Folgen für den Welthandel, der erst ganz allmählich wieder Tritt faßt, wären fatal.

Selbst die Überzeugung, daß es so nicht kommen wird, weil sich die zehn EG-Staaten darauf nicht verständigen können, hilft wenig. Allein schon der Umstand, daß so etwas diskutiert wird, erschwert all jenen das Geschäft, die auf einen Abbau des Protektionismus hinarbeiten.

Immerhin peilt die Bundesregierung für Mitte der achtziger Jahre eine neue Liberalisierungsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) an. Die Notwendigkeit dafür hat das Gatt-Sekretariat kürzlich noch einmal nachdrücklich begründet. Ohne wachsende Exporte wird es der Dritten Welt schwer fallen, ihre Verschuldenskrise zu meistern.

Günstiger wäre es, wenn sofort mit den Beratungen begonnen werden könnte. Aber vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen Ende 1984 läuft nach allgemeiner Überzeugung *nichts. Es wird in Europa sogar* die Gefahr beschworen, daß in den USA der protektionistische Druck noch wachsen könnte. Daher sollte alles vermieden werden, was diese Kräfte stärken könnte. Nicht nur der Agrarkonflikt zwischen den Amerikanern und Europäern glimmt weiter.

Wohlverhalten, Abwarten allein reicht nicht. Wenn es zu einer neuen Gatt-Runde kommen soll, dann muß jetzt schon das Feld bestellt werden, damit dann 1985 die zuständigen Minister der Gatt-Staaten einen förmlichen Beschluß fassen können. Dieses wird ihnen um so leichter fallen, wenn jetzt schon die Flucht zu Handelshemmnissen gestoppt wird.

Das wird nicht leicht sein. Aber es gibt Hoffnungsschimmer. So hat ein Untersuchungsausschuß des Gatt kürzlich Frankreich „verurteilt", weil es den Import von Fertigwaren aus Hongkong behindert hatte. Dieses ist in zweifacher Hinsicht von großer Bedeutung. Zum einen wurde dadurch ein Eckpfeiler des Gatt gestärkt, nämlich das Prinzip der Nicht-Diskriminierung. Nach diesem Grundsatz sind gezielte handelspolitische Maßnahmen gegen ein Land verboten. Dadurch soll die Hemmschwelle für Restriktionen möglichst hoch gehalten werden, weil die Gegenreaktion schärfer ausfallen dürfte, wenn der Import aus allen Ländern getroffen wird. Daher wollte die EG vor allem auf Druck der Franzosen dieses Prinzip durch das der Selektivität ablösen, wodurch Barrieren gegen einzelne Länder, die im Export besonders erfolgreich sind, erlaubt werden sollten.

Zum anderen ist Paris durch die Entscheidung in die Lage gekommen, selber ein „positives Zeichen" setzen zu können. Wenn Frankreich die Schranken nach der offiziellen Verkündung des Gatt-Beschlusses abräumen muß, so kann es dieses jetzt noch „freiwillig" tun und damit andere Staaten dazu bringen, etwas Ähnliches zu machen.

Die Idee, die gegenwärtig von einigen Experten ventiliert wird, geht dahin, daß sich einige, möglichst die führenden Industrienationen, zu Handelserleichterungen entschließen, und zwar nicht fein ausgehandelt, nicht peinlich darauf bedacht, daß sich Leistung und Gegenleistung die Waage halten, sondern einseitig, jeder *im Rahmen seiner Möglichkeiten*. Eine solche Offensivstrategie gegen den Protektionismus würde dieses Übel zwar nicht beseitigen, aber die Einführung neuer Maßnahmen erschweren und das Klima für eine Verhandlungsrunde verbessern. Diese Hoffnungen können jedoch begraben werden, wenn die Agrarpolitiker weiter Porzellan zerschlagen. Daher sollten sie zumindest den handelspolitischen Teil ihrer Reform-Diskussion sofort stoppen. Weiterreden *führt* zu nichts, schadet aber allen.

KAPITALMARKT / Anhebung des Lombardsatzes blieb ohne Einfluß

Häuslebauer brauchen nicht mit höheren Hypothekenzinsen zu rechnen

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Für Befürchtungen, daß die Kreditzinsen als Folge der halbprozentigen Lombardsatzerhöhung auf breiter Front steigen, gibt es bislang *noch keine konkreten Anhaltspunkte. Firmenkredite*, besonders solche zu Vorzugssätzen an große Unternehmen, haben sich allerdings schon in den letzten Wochen und Monaten mit dem Anstieg der Geldeinstandskosten des Kreditgewerbes verteuert. Offen ist jetzt, ob und wann auch die Zinsen für standardisierte Konsumentenkredite erhöht werden.

Die Zinsen für langfristige Kredite sind bereits seit dem Frühjahr deutlich gestiegen. Wohnungsbauhypotheken haben sich seit dem Tiefststand Mitte März um rund einen Prozentpunkt auf gut neun Prozent verteuert. Darin spiegelt sich der Zinsanstieg am Kapitalmarkt, der von der Aufwärtsentwicklung der Zinsen in den USA angetrieben wurde. Die Anhebung des Lombardsatzes in der vorigen Woche hat auf den Kapitalmarkt keinen Einfluß, so daß die deutschen Häuslebauer keine weitere Hypothekenverteuerung befürchten müssen. Zur Zeit keimt sogar eher ganz vorsichtiger Optimismus auf, daß es unter dem Eindruck abklingender Zinssteigerungsängste in den USA auch in der Bundesrepublik zu einer Entspannung kommt.

Völlig unbegründet sind nach Informationen der WELT Befürchtungen, daß die nur halbprozentige Anhebung des Lombardsatzes in der letzten Woche lediglich ein erster Schritt zur Erhöhung des Leitzinsniveaus sei und daß ein weiterer im Hause der Bundesbank bereits programmiert sei. Derartige Interpretationen und Gerüchte machen derzeit im Kreditgewerbe die Runde und beunruhigen die Zinslandschaft.

Selbst, wenn die durch die jüngste Leitzinserhöhung eingetretene Verringerung der Geldbeschaffung nicht aus den guten Zinsmargen abgefangen, sondern in Form höherer Kreditzinsen auf die Kundschaft abgewälzt werden sollte, erwarten die Banken keinen dämpfenden Einfluß auf die Kreditnachfrage, die sich in den letzten Monaten verstärkt hat. Von Mai bis Juli waren die Kredite an Wirtschaft und Private nach Berechnung der Bundesbank mit einer saisonbereinigten Jahresrate von 8½ Prozent gestiegen, während sich für das vorangegangene Halbjahr nur eine Jahresrate von 3½ Prozent ergab.

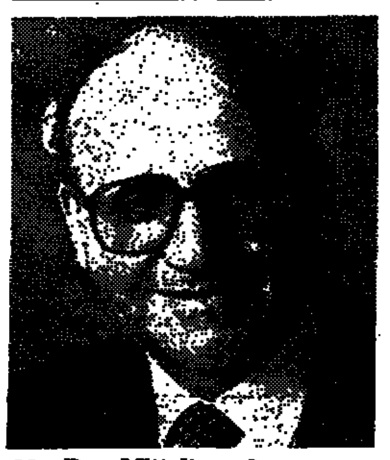
Das beschleunigte Tempo der Kreditexpansion spiegelt die allmähliche konjunkturelle Erholung wider. Die Commerzbank rechnet für das zweite Halbjahr 1983 mit einer Fortsetzung dieses Trends, wobei sich die expansiven Impulse teilweise vom Wohnungsbau- und Konsumentenkredit auf die Firmenkundschaft verlagern könnten. Unter den Krediten an den privaten Sektor waren, so die Commerzbank, Neuausleihungen für den Wohnungsbau und an Konsumenten die Spitzenreiter. Von den 29,1 Milliarden neuen Krediten entfielen im *ersten Halbjahr rund zwei Drittel auf* die Finanzierung des Wohnungsbaus, der von den Bonner Förderungsmaßnahmen profitierte. Auch die steigenden Hypothekenzinsen wirkten hier nicht als Bremse.

Die Konsumenten nahmen mit 5,8 Mrd. DM schon fast drei Viertel so viel Kredite auf wie im gesamten Vorjahr. Diese verstärkte Kreditnachfrage ging mit dem Anstieg des privaten Konsums einher, der bisher Motor der zaghaften Konjunkturerholung war. Der Commerzbank erscheint es allerdings zweifelhaft, ob sich das bisherige Tempo der Konsumentenverschuldung fortsetzt.

Im Unternehmenskreditgeschäft ist der Tiefpunkt nach Auffassung der Commerzbank überwunden. Die Nachfrage, die zunächst schwach war und sich vor allem auf langfristige Kredite zur Konsolidierung konzentriert hatte, verlagert sich auch wieder auf Kredite zur Lagerfinanzierung. Insgesamt nahmen Unternehmen und Selbständige allerdings nur 3,1 Mrd. DM neue Kredite im Inland auf sowie drei Mrd. DM im Ausland.

Im Neukreditgeschäft waren die Sparkassen und Landesbanken mit einem Anteil von rund vier Fünfteln die expansivste Gruppe. Sie erhöhten ihren Marktanteil von 40,1 auf 40,7 Prozent. Der Marktanteil der Großbanken ging indessen von 7,9 auf 7,6 Prozent zurück.

AUF EIN WORT



„Der Mitteltransfer von privaten Anlegern in Beteiligungen an zukunftsträchtigen mittelständischen Unternehmen muß in der Bundesrepublik erleichtert werden. Würden allein die Zinserträge deutscher Sparguthaben des vergangenen Jahres hier angelegt, stünden innovativen Unternehmen bei uns mehr als das Doppelte des Neuemissionsvolumens des US-Aktienmarktes – 6 Milliarden Dollar – zur Verfügung."

Martin Grüner, MdB, „Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn
FOTO: DIE WELT

SPD fordert Auftragshilfen

dpa, **Bonn**

Angesichts der Krise im Schiffsbau will die SPD-Bundestagsfraktion im Zuge der Etatberatungen in den Ausschüssen des Bundestages zusätzliche Auftrags- und Zinshilfen für die Branche beantragen. Wie die SPD-Fraktion mitteilte, sieht ein Antrag eine auf drei Jahre befristete und bedingt rückzahlbare Auftragshilfe für technisch höherwertige Schiffsneubauten für die Jahre 1984 bis 1987 vor. Die Auftragshilfen sollen bis zu zehn Prozent des Vertragspreises betragen.

ERDÖL-SUCHE

Geringere Bohrleistung

dos, **Hannover**

Einen deutlichen Rückgang der Bohrleistungen zur Aufsuchung und Erschließung von Erdöl- und Erdgasvorräten in der Bundesrepublik konstatiert der Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung (WEG), Hannover. Im ersten Halbjahr 1983 sei nur noch eine Strecke von knapp 131 000 Meter niedergebracht worden, 24 Prozent oder 40 620 Meter weniger als im gleichen Zeitraum 1982. Die Ursache dafür sieht der Verband in der Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Der Rückgang der internationalen Rohölpreise bei überproportional gestiegenen Kosten sowie stärkere Belastungen durch die Erhöhung der Förderabgabe Anfang 1983 hätten die Ertragskraft der Unternehmen geschwächt. Inzwischen würden nur noch 28 aktive Bohranlagen in der Bundesrepublik arbeiten, gegenüber 35 Ende 1982.

ISPO

Die Aussteller sind zufrieden

dpa/VWD, **München**

Mit einem geschätzten Bestellvolumen von 2,3 Milliarden Mark können die rund 1500 Aussteller der Münchner Herbst-Ispo 1983 zufrieden sein. Mehr als 28 000 Facheinkäufer aus 85 Staaten (1982: 25 651 aus 83 Ländern) kamen zur Sportartikelmesse nach München, die am Sonntag nach vier Tagen zu Ende ging.

Jeder dritte Messebesucher kam aus dem Ausland. Die Münchner Ispo hat sich nach Angaben der Ausstellungsleitung zu einer „Chefmesse" entwikkelt. 92 Prozent der Fachbesucher seien in ihrer Firma „Entscheidungsträger", 22 Prozent vertraten eine Einkaufsorganisation, schreibt sie in ihrer Schlußbilanz. Das durchschnittliche Bestellvolumen betrug je Einkäufer 163 000 Mark. Allein ein Importeur und ein Warenhaus aus Saudi-Arabien bestellten Sportartikel für zusammen 6,5 Millionen Mark.

ZENTRALAMERIKA

Beim Treffen in Brüssel wird Finanzhilfe beraten

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Auf Drängen von Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama beginnt heute im Konferenzzentrum der EG-Kommission in Brüssel eine dreitägige Verhandlungsrunde, von der sich die mittelamerikanischen Länder eine schnelle Wirtschafts- und Finanzhilfe versprechen. Auf der Geberseite des Tisches sitzen die Mitgliedstaaten der EG, Spanien, Portugal, die USA, Kanada und Japan. Vertreten sind außerdem Argentinien, Brasilien, Mexiko und Venezuela als größte Schuldnerstaaten sowie Kolumbien.

Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank haben Beobachter entsandt; vorgesehen sind auch direkte Gespräche mit den Privatbanken. Unterstützt von der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) wird jede Regierung ein Programm vorlegen; die Geberländer sollen dann entscheiden, bei welchen Projekten sie helfen können. In der Hauptsache handelt es sich um Vorhaben in den Bereichen Infrastruktur, Erziehung und Landwirtschaft. Die multilateralen Institutionen haben die Finanzierung bereits zugesagt; aber nicht aufgebracht werden kann der sogenannte Eigenanteil, weil die Exporterlöse für viele Jahre verpfändet sind.

Diskutiert wird auch die Neubelebung alter Pläne, in Zentralamerika einen gemeinsamen Markt zu schaffen. Den Brüsseler Verhandlungen zugrunde liegen Studien, die von der IDB nach eingehenden Konsultationen ausgearbeitet worden sind. Sie umfassen Umschuldungsvorschläge ebenso wie Empfehlungen zur Ankurbelung der Ausfuhren oder Investitionspläne. Nach mehr als 30 Jahren kräftigen Wachstums steckt die Region in der schlimmsten Wirtschaftskrise ihrer Geschichte. Auslöser waren die weltweite Rezession, die hohen Zinsen und das Ausbleiben von Auslandskapital.

INSTITUT DER WIRTSCHAFT / Soziale Sicherung

Ausländer kosten mehr als deutsche Arbeitnehmer

GISELA REINERS, **Bonn**

Ohne Unterschied zu ihren deutschen Kollegen zahlen ausländische Arbeitnehmer Beiträge zur Sozialversicherung und erhalten bei Bedarf die entsprechenden Leistungen. Auch im Arbeitsrecht sind sie Inländern gleichgestellt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Zur Zeit kosten Ausländer das System der sozialen Sicherung allerdings mehr als deutsche Arbeitnehmer, weil sie stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind, häufiger krank und unfallgefährdet sind und im Schnitt mehr Kinder haben als deutsche Familien.

In der Studie mit dem Titel „Sozialpolitische Aspekte der Ausländerbeschäftigung" wird darauf hingewiesen, daß sich die Gleichstellung von In- und Ausländern nicht nur auf deutsches Recht, sondern auch auf bilaterale Vereinbarungen und Europäisches Recht gründet. Ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik (rund zwei von insgesamt 4,7 Millionen) sind zur Zeit häufig im Vorteil, weil in vielen anderen Ländern die soziale Sicherung nicht so umfassend ist.

In der IW-Analyse wird die Befürchtung ausgedrückt, daß die Belastung durch steigende Sozialhilfeausgaben in der Zukunft noch zunimmt, weil Ausländer – vor allem wegen ihrer geringeren Qualifikation – heftiger von Arbeitslosigkeit getroffen sind und einige Sozialleistungen gekürzt werden. Nicht zuletzt durch den Zustrom von Asylbewerbern haben *die Ausgaben der Sozialhilfe* stark zugenommen. 1970 waren erst 1,3 Prozent aller Sozialhilfeempfänger Ausländer; 1981 waren es fast neun Prozent. Besonders groß (19 Prozent) ist der Anteil der Tuberkulosekranken unter den Ausländern, vor allem derjenigen, die sich in Sanatorien aufhalten müssen.

Die Krankenversicherung schlüsselt die Leistungen an Ausländer nicht gesondert auf, doch liegen *Krankenstand und Fehlzeiten, vor allem* in Verbindung mit dem Urlaub, etwa um ein Drittel höher als bei deutschen Arbeitnehmern. Den Widerspruch zu der allgemein günstigen Altersstruktur der Ausländer erklärt die Studie zum Teil mit dem Hinweis, daß Ausländer oft schwere und schmutzige Tätigkeiten verrichten, wogegen sie sich durch „Krankfeiern" wehren. Doch auch die fehlende Motivation durch geringe schulische und berufliche Bildung wird als Grund genannt. Vermutlich steht die doppelt so hohe Unfallrate bei Ausländern damit im Zusammenhang, ebenso wie der überdurchschnittliche Anstieg bei den Frührentnern. Denn mit der Beschäftigungsdauer im Betrieb sinkt die Rate. – Beim Kindergeld liegen Ausländer vorn. Auf sie entfielen monatlich 219 Mark, auf Deutsche nur 150 Mark.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Mehr Nachforderungen

Bonn (AP) – Die Betriebsprüfer der Finanzämter haben 1982 in den Unternehmen der Bundesrepublik rund 800 Millionen Mark mehr Steuern als im Vorjahr nachgefordert. Jeder Prüfer brachte damit für die Staatskasse einen potentiellen Mehrertrag von 825 000 Mark. Wie das Bundesfinanzministerium mitteilte, wurden im vergangenen Jahr rund 7,5 Milliarden Mark Nachforderungen wegen zu gering angesetzter Steuersätze rechtskräftig, gegenüber 6,7 Milliarden 1981.

Neue EIB-Anleihe

Frankfurt (AFP) – Die Europäische Investitionsbank (EIB) begibt gegenwärtig über ein deutsches Konsortium unter Führung der Deutschen Bank eine Anleihe über 200 Millionen Mark. *Bei zehn Jahren Laufzeit beträgt der* Zins 8¼ Prozent, der Ausgabekurs 100 Prozent.

„DDR" kauft Getreide

Ottawa (AP) – Die „DDR" hat mit Kanada den Kauf von drei Millionen Tonnen Getreide in den Jahren 1984 bis 1986 vereinbart. Der am Rande der Leipziger Messe geschlossene Vertrag hat nach kanadischen Angaben einen Wert von 500 Millionen kanadischen Dollar (rund 1,08 Milliarden Mark). Die vereinbarte Menge entspricht rund der Hälfte der jährlichen Einfuhren der „DDR". In einem weiteren Vertrag vereinbarten beide Staaten die Senkung der Zölle im bilateralen Handel.

Mehr Insolvenzen

Den Haag (AFP) – Die Anzahl der Insolvenzen stieg im August in Holland im Vergleich zum Vorjahresmonat um drei Prozent von 613 auf 632 an. Nach Angaben des niederländischen Wirtschaftsministeriums wurden in den ersten acht Monaten 1983 mit 5422 Insolvenzen drei Prozent weniger als in der Vergleichsperiode 1982 registriert.

Italien größter Aussteller

Hamburg (dpa/VWD) – Italien ist der größte ausländische Aussteller auf den deutschen Messen. Dies ergab eine Untersuchung des Ausstellungs- und Messeausschusses der Deutschen Wirtschaft (AUMA), Köln, unter 94 Messen im Bundesgebiet mit insgesamt 28 994 Ausstellern. Nach Angaben der AUMA ist die Beteiligung Italiens an den Messen mit 21,3 Prozent hauptsächlich auf seine Textil- und Schuhproduktion zurückzuführen, doch auch die Auto-, Motorrad- und Nahrungsmittelbranchen waren gut repräsentiert. An zweiter Stelle der Messebeteiligung lag Großbritannien vor Frankreich.

Arbeitsleben verkürzt

Die Jungen fangen später an...
Erwerbstätig waren von je 100 15- bis 19jährigen
80 (1961) – 61 (1972) – 43 (1982)

...die Alten hören früher auf
Erwerbstätig waren von je 100 60- bis 64jährigen
43 (1961) – 39 (1972) – 26 (1982)

Die Lebensarbeitszeit in der Bundesrepublik ist seit Anfang der sechziger Jahre spürbar kürzer geworden. Da sich die durchschnittliche Ausbildungszeit verlängert hat, stehen heute nur 43 Prozent (1961: vier Fünftel) aller Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren bereits im Beruf. Auf der anderen Seite gehen immer mehr Berufstätige früher in den Ruhestand.
QUELLE: GLOBUS

Neue Wertpapierpensionen

Frankfurt (rtr) – Die Bundesbank „fährt einen nur sehr mäßig" restriktiven Kurs und will die Geldmarktzinsen offensichtlich nicht mehr ansteigen lassen. Dies ist die Einschätzung in den Geldhandelsabteilungen Frankfurter Banken zu einer neuen Liquiditätsmaßnahme der Bundesbank. Im Rahmen eines sogenannten Wertpapierpensionsgeschäftes gibt die Bundesbank der deutschen Kreditwirtschaft ab heute für 28 Tage 6,53 Milliarden Mark zusätzliche Liquidität zum Jahreszins von 5,6 Prozent. In einem Ausschreibungsverfahren wurden gestern Gebote über insgesamt 23,5 Milliarden Mark abgegeben. Als Mindestzins hatte die Notenbank 5,3 Prozent vorgegeben.

CSSR

Maschinenmesse in Brünn

dpa/VWD, **Brünn/Prag**

Im Zeichen anhaltender Exportanstrengungen des tschechoslowakischen Maschinenbaus wird die heute auf dem Messegelände von Brünn beginnende 25. Internationale Maschinenmesse stehen. Größter ausländischer Aussteller ist die Bundesrepublik, die mit mehr als 450 Firmen vertreten ist. Insgesamt beteiligen sich an der Messe – wie aus einer Mitteilung der Veranstalter hervorgeht – 25 Länder. Die Bedeutung der Maschinenmesse für den tschechoslowakischen Maschinenbau läßt sich laut Messeleitung daran erkennen, daß rund 40 Prozent der Importe auf der Messe unter Vertrag genommen werden.

In der Entwicklung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft spielt der Maschinenbau eine dominierende Rolle. Für 1983 ist laut Volkswirtschaftsplan eine Steigerung der Produktion um 4,8 Prozent und der Exporte um 8,4 Prozent vorgesehen. Das Produktionswachstum sei zwar im ersten Halbjahr 1983 erreicht worden, nicht aber die angestrebte Exportzunahme.

Vor allem die Ausfuhr in die nichtsozialistischen Länder sei hinter den Erwartungen zurückgeblieben, die Entwicklung des tschechoslowakischen Außenhandels insgesamt ging im ersten Halbjahr weiter zu Lasten des Welthandels. Die Einfuhr nahm nach dem Planerfüllungsbericht um 8,6 Prozent zu, dabei stiegen die Importe aus den sozialistischen Ländern um 13,5 Prozent, die Westeinfuhren sanken gleichzeitig um 7,1 Prozent.

VERSTAATLICHUNG

Enttäuschende Bilanz

J. Sch. **Paris**

Die beschäftigungspolitischen Ziele, die die sozialistische Regierung den von ihr verstaatlichten Industriekonzernen gesetzt hat, sind bisher nicht erfüllt worden. Bis Ende letzten Jahres haben diese Konzerne im gleichen Maße ihre Belegschaft reduziert wie die private Industrie. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Nationalinstituts für Statistik.

Zwar wurden die früher verstaatlichten Unternehmen nach dem Machtwechsel angewiesen, ihre Entlassungspläne für das zweite Halbjahr 1981 zurückzustellen, nachdem sie zuvor in stärkerem Maße Arbeitsplätze abgebaut hatten als die Privatindustrie. Das Amt sieht darin aber nur einen relativen und zeitlich begrenzten Fortschritt. Die erst Anfang 1982 neu verstaatlichten Unternehmen jedenfalls haben sich beschäftigungspolitisch nicht besser sondern eher schlechter verhalten als ie privaten.

Das gleiche gilt für die Investitionstätigkeit. Sie ging 1982 in der Privatindustrie um real sieben Prozent und bei den staatlichen Unternehmen um acht Prozent zurück.

Ob damit die verstaatlichten Industrieunternehmen der ihr zugedachten Rolle, „Speerspitze des wirtschaftlichen Fortschritts" zu sein, gerecht werden, erscheint den Experten des Statistischen Amtes aber keineswegs sicher. Angesichts ihrer durchweg sehr hohen Verluste und der nachlassenden Bereitschaft der Regierung, diese aus dem (inzwischen stark zusammengestrichenen) Staatshaushalt zu finanzieren, seien den Investitionsmöglichkeiten enge Grenzen gesetzt.

FRANKREICH / Noch gute Autokonjunktur

Abschwächung befürchtet

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die Austerity-Politik der französischen Regierung hat die Automobilkonjunktur bisher noch kaum beeinträchtigt. Auch während der Sommerferien blieb die Nachfrage gut behauptet. Für die nächsten Monate wird aber mit empfindlichen Verkaufsrückgängen gerechnet. Beim Produzentenverband hält man einen Einbruch von bis zu 15 Prozent auf Jahresbasis im vierten Quartal nicht für ausgeschlossen.

Nachdem in den ersten sechs Monaten ein Zulassungsplus von 0,3 Prozent und im Juli von 1,4 Prozent erzielt worden war, kam es im August zu einem Rückgang von 0,5 Prozent (jeweils Jahresvergleich). Er fiel aber geringer aus als befürchtet. Gegenüber den ersten acht Monaten 1982 ergab sich ein Zuwachs von 0,4 Prozent.

Dabei stieg die Zulassungszahl ausländischer Pkw um 7,4 Prozent; diese erreichten damit einen Marktanteil von 32,7 Prozent. Im Juli und August brachten sie es sogar auf 37 Prozent, nachdem in den vorangegangenen Monaten die französischen Marken aufgrund ihrer neuen Modelle etwas aufgeholt hatten.

Bei den nationalen Marken konnte der staatliche Renault-Konzern in den letzten Monaten seine vorangegangenen starken Absatzverluste teilweise aufholen. Im Achtmonatsvergleich verbuchte er aber immer noch einen Zulassungsrückgang von 9,4 Prozent. Demgegenüber erzielte der Peugeot-Konzern ein Plus von 5,4 Prozent bei minus 5,9 Prozent im August. Die einzelnen Marken dieses Konzerns haben sich allerdings sehr unterschiedlich entwickelt. Während an Peugeot-Wagen jeweils auf Jahresbasis 14,7 Prozent (acht Monate) und 18 Prozent (August) mehr verkauft wurden, waren es bei Talbot minus 16,2 sowie minus 4,7 Prozent und bei Citroen plus 2,8 und minus 24,9 Prozent.

Wie die Peugeot-Verwaltung anläßlich der Emission ihrer neuen Anleihe von einer Milliarde Franc mitteilt, stand dem Absatzzuwachs auf dem Inlandsmarkt im ersten Halbjahr ein Exportrückgang von zehn Prozent gegenüber. Dieser sei aber zum größten Teil eine Folge davon gewesen, daß die ausländischen Konzessionäre ihre Bestände der Nachfrage besser anpassen.

Der Erlös der Anleihe soll für die Modernisierung der Produktionsanlagen und für die Entwicklung neuer Modelle verwendet werden. Das diesjährige Investitionsprogramm beläuft sich auf fünf Milliarden Franc. Nach Verlusten von 1,8 Milliarden Franc im Jahr 1982 „befindet sich der Konzern auf dem Wege zum finanziellen Gleichgewicht", heißt es in der Verwaltungsmitteilung.

Die Verwaltung hat inzwischen das arbeitsrechtliche Verfahren zur Freisetzung von 7371 Arbeitskräften bei Peugeot und Talbot (zehn Prozent von deren Belegschaft) eingeleitet. Vorgesehen sind 2811 Entlassungen und 4510 vorzeitige Pensionierungen. Dieser Plan ist Ende letzter Woche vom Betriebsrat offiziell abgelehnt worden. Die arbeitsrechtliche Entscheidung dürfte nicht vor Jahresende fallen.

POLEN

Mehrproduktion wird bezweifelt

JGG, **Bonn**

Im Kommuniqué des polnischen Statistischen Hauptamtes über das ersten Halbjahr 1983 ist kein Wort über das veränderte Nationaleinkommen enthalten. „Ein solches ‚Versehen' ist damit wohl zum ersten Mal in der Geschichte der polnischen Statistik geschehen", beanstanden Experten in der oppositionellen „Niezalezna Agencji Informacyjna", einer unabhängigen Informationsagentur. Sie sind der Meinung, daß das polnische Nationaleinkommen weiter sinkt und man die Angaben des Statistischen Amtes bezweifeln muß, wonach die Industrieproduktion im ersten Halbjahr 1983 im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum 1982 gar um 8,2 Prozent gestiegen ist.

Wenn man in der polnischen Volkswirtschaft insgesamt von einer Stagnation sprechen kann, so gehe es in der Agrarwirtschaft gar dramatisch zu. Die Rinderzucht sei um fünf Prozent, die Schweinezucht gar um 20 Prozent zurückgegangen. Schon jetzt gibt es 14 Prozent weniger Fleisch und 17 Prozent weniger Eier als im ersten Halbjahr 1982. Nur die Versorgung mit Wodka stieg um 19 Prozent!

Wenn man Lohn- und Preiserhöhung gegeneinander aufrechnet – so die Experten weiter –, sei der Lebensstandard um zehn Prozent gesunken. Es gibt danach zwar im Handel ein größeres Angebot, aber nicht jedermann kann davon Gebrauch machen, weil die Waren viel zu teuer sind. Es gibt zudem viele, die noch nicht einmal imstande sind, die Zuteilungen der Lebensmittel- und Konsumkarten zu nutzen.

SCHWEIZ / Vermögensstatistik

Millionäre bevorzugen Zürich

IRENE ZÜCKER, **Genf**

In der Schweiz besitzt ein Prozent der Steuerpflichtigen mehr als ein Drittel des gesamten versteuerten Vermögens. Den Reichsten – drei Prozent – gehört mit 48,5 Prozent des Kapitals fast gleich viel wie den übrigen 97 Prozent zusammen. Über ein Drittel versteuert kein Vermögen. Dies geht aus der gesamtschweizerischen Vermögensstatistik 1981 der natürlichen Personen hervor, die auf den in Steuererklärungen deklarierten Vermögen beruht. Das gesamte versteuerte Privatvermögen betrug 311 Milliarden Franken (derzeit 382 Milliarden Mark), verteilt auf 3 302 485 Steuerpflichtige.

Davon sind 39 543 Personen mehrfache Millionäre, die ein Gesamtvermögen von 111 Milliarden Franken angeben. Diese 1,2 Prozent der Steuerzahler besitzen 35,7 Prozent des Gesamtvermögens aller natürlichen Personen. Sie haben (Steuerhinterzieher nicht eingerechnet) 5,4mal mehr Kapital als die 68 Prozent steuerzahlender Bürger mit einem Reinvermögen bis 50 000 Franken.

Weitere 1,8 Prozent (58 000 Steuerpflichtige) geben ein Vermögen zwischen 500 000 und einer Million an. 6,4 Prozent (211 000) ein solches von 200 000 bis 500 000 Franken. 10,1 Prozent (334 000) deklarieren zwischen 100 000 und 200 000 Franken. 12,3 Prozent (405 000) liegen zwischen 50 000 und 100 000. Die große Überraschung: Weitaus die meisten Steuerpflichtigen, nämlich 68 Prozent (2,25 Millionen), besitzen weniger als 50 000 steuerbares Vermögen.

Auch geographisch betrachtet besteht eine Konzentration: Mit 11 441 Millionären, die 36 Milliarden Franken Reinvermögen versteuern, steht der Finanzplatz Zürich an erster Stelle. In zweiter Position liegt der Bundeshauptstadt-Kanton Bern mit 4971 Millionären. In den versteuerten Gesamtvermögen liegt der Kanton Zürich mit 78,4 Milliarden vor Bern mit 42,6 Milliarden Franken.

SCHIFFAHRT / Marktlage von Supertankern

„Schlechter als je zuvor"

JOCHEN ZWIKIRSCH, **London**

Gestiegene Frachtraten auf dem Supertanker-Markt „dürfen zu keinem falschen Optimismus verleiten", warnt die Internationale Vereinigung unabhängiger Tankschiffeigner (Intertanko) in ihrer jüngsten Studie. Die augenblickliche Marktsituation für Tanker über 200 000 Ladetonnen und Schiffe über 350 000 Tonnen sei vielmehr „schlechter als je zuvor".

Seit die Intertanko bei ihrer letzten Jahreskonferenz im April die niedrigsten Frachtsätze in der Geschichte der Tankschiffahrt melden mußte, haben sich die Raten zwar wieder erholt. Doch bergen die derzeitigen „gesünderen" Preise nach Auffassung des Verbandes die Gefahr in sich, daß manche Eigner die Krise für überwunden halten und ihren Blick vor der Realität verschließen: daß nämlich nach wie vor ein völlig aus der Proportion geratenes Überangebot an Frachtraum besteht. Weltweit gibt es heute 577 Supertanker – doch gebraucht werden nur 235 solcher Schiffe, denn die Transporte für diese Schiffe sind zwischen 1979 und 1982 um 48 Prozent zurückgegangen.

Der Bau weiterer Pipelines und die Ausweitung eigener Raffineriekapazitäten in den arabischen Ölförderländern dürfte nach Ansicht von Marktkennern dazu führen, daß in wenigen Jahren weitere 100 Riesentanker überflüssig geworden sind. Dabei rangeln nach den Erfahrungen der renommierten New Yorker Schiffsmakler „Poten and Partners" schon heute mindestens drei Reeder um eine Frachtorder.

Von einer dauerhaften Erholung des Marktes sei man darum „weiter entfernt denn je", argumentiert die Intertanko und bekräftigt ein weiteres Mal ihre Kernforderung, daß mehr als 340 Großtanker abgewrackt werden müßten. Noch in diesem Jahr sollten mindestens 75 Supertanker ihre letzte Fahrt zu einer Abwrackwerft antreten, fordert die Organisation. (SAD)

JUGOSLAWIEN / Exportsteigerung vorrangiges Ziel

Kredit schafft Atempause

dpa/VWD, **Belgrad**

Das in New York zwischen Jugoslawien und rund 600 westlichen Gläubigerbanken unterzeichnete Kreditabkommen in Höhe von zwei Milliarden Dollar verschafft dem Mittelmeerstaat noch einmal eine Atempause: Mit 1,4 Milliarden Dollar aus diesem Hilfspaket wird das Land im laufenden Jahr von Zinsen und Tilgungen für alte Schulden befreit. 600 Millionen Dollar neue Kredite sollen die krisengeschüttelte jugoslawische Wirtschaft ankurbeln. Damit sollen Rohstoffe und Vorprodukte eingekauft werden, die wegen des chronischen Devisenmangels bisher nicht in ausreichender Menge importiert werden konnten.

Die Verschnaufpause will Jugoslawien nutzen, um die schlimmsten Folgen seiner tiefen Wirtschaftskrise zu beseitigen: Die Inflationsrate lag in den vergangenen vier Jahren zwischen 30 und 40 Prozent, von den sechs Millionen Erwerbstätigen suchen heute knapp eine Million eine Arbeit, die Industrieproduktion stagniert, der Energiemangel erzwingt Stromabschaltungen, und im vergangenen Jahr verzeichnete das Land in seiner Zahlungsbilanz ein Defizit von rund einer Milliarde Dollar. Der Schuldenberg reicht bereits an 20 Milliarden Dollar heran.

Diese negative Bilanz schlug sich auch in den Geldbeuteln der Bürger nieder: Nach offiziellen Angaben verminderte sich das Realeinkommen der Beschäftigten in den letzten drei Jahren um 20 Prozent. Die schwerste Etappe der Wirtschaftssanierung soll bis 1986 mit einem Stabilisierungsprogramm geschafft werden.

Der für die Wirtschaftspolitik zuständige Vizeregierungschef Zvone Dragan erwartet jedoch ernstzunehmende politische Widerstände gegen das Reformprogramm. Nach seinen Worten ist die Arbeiterselbstverwaltung in der Vergangenheit zu sehr idealisiert, der Schutz des Arbeitsplatzes übertrieben und der Leistungsgedanke zu wenig betont worden. Sein Land müsse von der liebgewonnenen Gewohnheit Abschied nehmen, mehr zu konsumieren als zu produzieren.

ÄGYPTEN / Luxussteuern und erhöhte Zölle

Kampf um den Binnenmarkt

AFP, **Kairo**

In Ägypten beginnen nach zehnjähriger Politik der wirtschaftlichen Öffnung die protektionistischen Tendenzen zuzunehmen. Kairo hofft damit die stark defizitäre Außenhandelsbilanz zu verbessern.

Die Kampagne „kauft ägyptisch" wurde kürzlich von Präsident Hosni Mubarak eingeleitet. Er erklärte auf einer Jugendkonferenz, die Ägypter müßten mehr Waren „Made in Egypt" kaufen. Der Appell des Staatschefs fand Gehör, und die Massenmedien nahmen das Thema auf.

Der ausländische Marktanteil wird auf drei bis vier Milliarden Dollar bei jährlichen Gesamtausgaben der Haushalte von 15 Milliarden Dollar geschätzt. Wenn nur ein Teil davon „zurückerobert" werden kann, würde sich die Zahlungsbilanz, die jährlich ein Defizit von rund 1,5 Milliarden Dollar ausweist, stark verbessern.

Die ägyptischen Behörden verfolgten bereits seit Monaten mit steigender Sorge die rapide Zunahme der Einfuhren. Der ehemalige Finanzminister Suleiman Nureddin vertrat die Auffassung, daß bei einem Anhalten dieser Entwicklung die Importe 1985/86 dreimal so hoch wie die Ausfuhren sein könnten. Inzwischen wurden die vor 20 Jahren eingeführten, aber seit zehn Jahren ignorierten Bestimmungen zum Schutz des Binnenmarktes vorsichtig und schrittweise wieder in Kraft gesetzt. Das „Abwehrarsenal" umfaßt Luxussteuern und erhöhte Zollsätze, insbesondere für Autos.

In ägyptischen Wirtschaftskreisen stellt man sich die Frage, ob die Industrie des Landes die steigenden Bedürfnisse des Marktes befriedigen kann. Hierüber sind die Ansichten sehr geteilt. Für einen Erfolg der Bemühungen wird es entscheidend sein, ob die Unternehmen in der Lage sein werden, Erzeugnisse anzubieten, die dem Geschmack und den Qualitätsanforderungen der Verbraucher entsprechen, die durch die Importwaren „verwöhnt" sind.

Die Leiter der staatlichen Unternehmen, die rund 70 Prozent der gesamten Industrie des Landes umfassen, sehen in der Qualität jedoch kein Problem, da nach ihrer Ansicht die ägyptischen Waren durchaus konkurrenzfähig sein können. So erklärte der Direktor für die Automobilindustrie, Adel Gazzarin, seine Branche sei durchaus in der Lage, die Nachfrage von 100 000 Autos pro Jahr zu befriedigen. Gegenwärtig werden kaum zehn Prozent der in Ägypten verkauften Autos im Lande hergestellt.

Die meisten Staatsmanager fordern jedoch zunächst eine tiefgehende Reform der finanziellen und kommerziellen Strukturen der öffentlichen Unternehmen. In der Vergangenheit haben sich „Innovationen" für die staatliche Industrie nicht bezahlt gemacht, sondern zu erhöhten Verlusten geführt, da der Staat autoritär die Verkaufspreise festsetzt, wobei diese oft unter den Gestehungspreisen liegen. Unter diesen Umständen muß jede Erhöhung der Produktion qualitativ guter Erzeugnisse zu einem Verlustgeschäft werden.

KOLBE / Funkausstellung stärkt Zuversicht

Belebung durch Kabeltechnik

D. SCHMIDT, Bad Salzdetfurth

Das über Erwarten starke Interesse auf der Funkausstellung in Berlin hat bei der Hans Kolbe & Co., Bad Salzdetfurth, die optimistischen Erwartungen für das laufende Geschäftsjahr 1983/84 (30. April) weiter gefestigt. Die günstige Auftragslage in den Unternehmensbereichen „Nachrichtenübertragungstechnik" und „Gedruckte Schaltungen", so ein Unternehmenssprecher, habe nun auch auf die dritte Sparte, die „stabo-Funktechnik", übergegriffen. Die geänderten Bestimmungen der Deutschen Bundespost zum Funkverkehr habe das Interesse der Hobbyfunker für die in Berlin gezeigten neuen Geräte nachhaltig belebt.

Im Bereich der Nachrichtenübertragungstechnik, die gut die Hälfte des Gruppenumsatzes repräsentiert, setzt Kolbe vor allem auf die neuen Kabeltechniken. An dem Ludwigshafener Pilotprojekt ist das Unternehmen ebenso beteiligt wie an dem Wolfsburger Modellversuch. Zwar rechnet Kolbe im traditionellen Antennengeschäft nicht mehr mit Zuwachsraten. Die Substitution durch die Kabeltechnik dürfte aber mehr als nur ausgleichenden Charakter haben.

Nach den enttäuschenden Ergebnissen des Vorjahres mit Umsatzeinbußen um rund 10 Prozent verzeichnete Kolbe bereits im Geschäftsjahr 1982/83 wieder eine deutliche Besserung. So erhöhte sich der Umsatz um 6,5 Prozent auf 175 Mill. DM. Die gleichzeitige Verringerung der Mitarbeiterzahl um 5,5 Prozent auf 1900 in den Werken Salzdetfurth, Gittelde/Harz und Hildesheim führte zu einer deutlichen Besserung der Ertragslage. Die Gesellschafter der Unternehmensgruppe sprechen von einem zufriedenstellenden Ergebnis, wenngleich konkrete Zahlen nicht genannt werden.

Die Finanzlage der Gruppe sei durch die kräftige Abnahme der Bankverbindlichkeiten gekennzeichnet, eine Folge der starken Verringerung der Vorräte und des Liquiditätsüberschusses aus dem Jahresergebnis. Die Investitionen erreichen im laufenden Jahr rund 10 Mill. DM und liegen deutlich über den Abschreibungen. Für 1983/84 rechnet Kolbe mit zweistelligen Umsatzzuwachsraten und parallel dazu mit einer weiteren Verbesserung des Ergebnisses.

KÜHLERFABRIK BEHR / Neues Entwicklungszentrum

Umsatzwachstum beschleunigt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Ein deutlich höheres Investitionsvolumen signalisiert die Süddeutsche Kühlerfabrik Julius Fr. Behr GmbH & Co KG, Stuttgart, für das Jahr 1983; ein Tempo, das auch in den nächsten Jahren u. a. mit dem Neubau eines Entwicklungszentrums und der Erweiterung der Aluminium-Kühler-Fertigung fortgesetzt werden soll. 1982 waren insgesamt 23 (1981: 28) Mill. DM investiert und 26 (22) Mill. DM abgeschrieben worden. Auch das Umsatzwachstum hat sich beschleunigt. Für das Jahr 1983 wird mit Umsatzerlösen von 840 Mill. DM gerechnet; das bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von real 7 (6) Prozent. Im Hinblick auf die gute Kapazitätsauslastung erwarte man abermals ein gutes Eregebnis.

Das Ergebnis des Jahres 1982, in dem der Umsatz nominal um 10 Prozent auf 765 Mill. DM zugenommen hatte, bewertet die Geschäftsleitung als „wiederum sehr zufriedenstellend". Dies sei zurückzuführen auf die gestiegene Kapazitätsauslastung, auf Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und weiterer Fortschritte in der Entwicklung neuer Erzeugnisse und Fertigungsverfahren.

Die Umsatzausweitung wurde im wesentlichen auf dem Gebiet der Motorenkühlung und der Klimatisierung von Pkw erreicht. Umsatzrückgänge gab es hingegen bei den Erzeugnissen für Nutzfahrzeuge aufgrund der schlechten Verfassung jener Branche. Auch auf den Gebieten außerhalb der Kfz-Industrie, also Kühlung von Großmotoren, Schienen- und Sonderfahrzeugen sowie der stationären Wärmetechnik, habe man nach der kräftigen Steigerung des Vorjahres Abstriche machen müssen. Vom Gesamtumsatz entfallen 49 Prozent auf Produkte der Motorenkühlung einschließlich der stationären Wärmetechnik und 43 Prozent auf die Kraftfahrzeugklimatisierung. Der Rest sind Serviceleistungen.

Bei den zur Behr-Gruppe gehörenden Tochterfirmen und Beteiligungen in der Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Schweden, USA und Indien ist der Gesamtumsatz im vergangenen Jahr um 17 Prozent auf 244 Mill. DM gestiegen (enthalten sind hier teilweise auch Innenumsätze). Auch hier sei die Ergebnislage weiter verbessert worden, wenngleich die Ertragslage der spanischen Tochter noch nicht den Erwartungen entsprochen habe. Die Stammfirma zählte im Jahresdurchschnitt 4765 Beschäftigte (minus 2,8 Prozent), hinzu kommen 1850 Mitarbeiter bei Töchtern und Beteiligungen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Willi Steiner, Inh. e. Baugeschäfts; Andreas Rixner, Inh. d. Rima Schuhfabrik; **Bochum:** CD-Computerdatentechnik Beteiligungsges. mbH u. Co. KG, Vertrieb u. Organisation; **Cuxhaven:** Fisch Hans-Jürgen Wunderlich; **Göttingen:** Nachl. d. Emil Jekubzik; **Hannover:** Nachl. d. Günter Scheumann, Langenhagen; **Kirchhain:** Sport Winkelhöfer GmbH, Stadtallendorf 1; **Köln:** KONFEI Konstruktion u. Ausführung v. Feineisen- u. Leichtmetall-Arbeiten GmbH, Frechen; AREI Abflußreinigungsges. mbH; **Krefeld:** Nachl. d. Hans Dieter Donner, Schreinermeister; **Mainz:** Meike Polter geb. Richter; **Pinneberg:** KG i. Fördertechnik Hamburg Harry Lässig (GmbH & Co), Schenefeld; **Recklinghausen:** Plattierungen Lüdiger GmbH, Datteln; **Villingen-Schwenningen:** Badische Uhrenfabrik GmbH, Furtwangen; **Wiesbaden:** Nachl. d. Suse Gertrud Göhring, Wiesbaden-Bierstadt.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Beckum: Completta Möbel GmbH, Oelde-Stromberg.

Vergleich beantragt: Stuttgart: Walter Vetter GmbH & Co., Fellbach; Vetter Verwaltungsges. mbH, Fellbach.

IKB-ANALYSE / Unternehmen verbesserten Ergebnisse durch Verminderung des außerordentlichen Aufwands

Der Mittelstand hat das Ertragstief überwunden

HARALD POSNY, Düsseldorf

Für viele mittelständische Unternehmen scheint das Ertragstief der letzten Jahre endlich überwunden. Von Monat zu Monat überwiegen ihre positiven Renditeerwartungen. Diese Tendenzaussage wagt die Deutsche Industriekreditbank AG/Deutsche Industriebank (IKB), Düsseldorf/Berlin, in einer Untersuchung zu den Finanzierungs- und Ertragsverhältnissen mittlerer Industriefirmen während der letzten Jahre. Die Durchsicht ihrer Kreditvorlagen lasse aus der Erwartung der Ertragsentwicklung die Beobachtung zu, daß die Rezession überwunden ist.

IKB-Generalbevollmächtigter Siegfried C. Cassier, Autor der Untersuchung: „Erfahrungsgemäß reagieren viele mittelständische Firmen auf eingetretene Ertragsverbesserungen mit einer Steigerung ihrer Investitionen. Für den weiteren Verlauf dieses Jahres und für 1984 stehen daher einige wichtige Signale auf ‚Grün'." Die IKB-Untersuchung gewinnt um so mehr an Gewicht, als sich die Ertragskraft der Unternehmen im letzten Jahr – vielen Hoffnungen und manchen Indizien zum Trotz – noch nicht von ihrem bereits 1981 eingetretenen Nachkriegstiefststand hat lösen können. Vielmehr habe sich das Betriebsergebnis mit nur 1,9 (nach 1,9 und 2,3) Prozent der Betriebsleistung nicht verändert.

Grundlage der Untersuchung waren 726 Kundenfirmen der verarbeitenden Industrie mit einer Bilanzsumme von 34 und einem Gesamtumsatz von über 53 Mrd. DM. Sowohl der Durchschnittsumsatz von 73 Mill. DM je Unternehmen als auch die Mitarbeiterzahl von durchschnittlich 700 bis 800 ordne den Kundenkreis in den „gehobenen Mittelstand" größerer nicht emissionsfähiger Familiengesellschaften ein, deren Bilanzen zudem knapp 20 Prozent der IKB-Kreditengagements repräsentieren.

Die Verbesserung der Unternehmensergebnisse (3 nach 2,6 bzw. 3,8 Prozent der Betriebsleistung) kann nach Worten von Cassier im wesentlichen auf nicht betrieblich bedingte Verminderungen des außerordentlichen Aufwands infolge geringerer Zuweisung zu den Rückstellungen zurückgeführt werden. Weder zurückhaltende Lohnabschlüsse noch Belegschaftsabbau haben die Personalaufwendungen relativ weiter vermindern können.

Bilanzdaten und Zahlen der Gewinn-und-Verlust-Rechnungen der Unternehmen spiegeln nicht nur Konjunktur und Wachstumsschwäche des Jahres 1982 wider, sondern auch die enormen Anstrengungen zur Neuorientierung und Konsolidierung der Finanzen. Der Umsatzzuwachs hat sich danach auf 2,3 Prozent halbiert, die Betriebsleistung wuchs nur noch um 1,6 (4,8) Prozent. Die Sachanlageinvestitionen fielen auf 4 (4,1) Prozent des Umsatzes zurück. Der Summe nach stiegen sie sogar nur um 0,6 (1,9) Prozent.

Aus der nur um 2,1 (6,2) Prozent gewachsenen addierten Bilanzsumme und dem Abbau der kurz- und mittelfristigen Bankverbindlichkeiten um 5,8 (1981: plus 8,5) Prozent läßt sich das Streben nach Konsolidierung ablesen. Hinter dem geringen Anstieg des Umlaufvermögens um 1,8 (7,1) Prozent verbergen sich nach Darstellung der Bank Anstrengungen zur Gewinnung finanziellen Spielraums. So hat sich die Kassenhaltung um 20 Prozent erhöht, während die kaum veränderten Debitoren auf ein verschärftes Mahnwesen hindeuten. Die Vorräte an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind sogar abgebaut worden. Die Fertigwarenlager wurden gehalten. Ein für die Bank und die Unternehmen sehr erwünschter Konsolidierungseffekt zeigt sich im wieder angestiegenen Eigenmittelanteil: Er erreichte 29,6 (29,2 nach 30,2) Prozent der Bilanzsumme. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß bei der IKB zu den Eigenmitteln neben dem Haftkapital auch die Gesellschafterdarlehen gehören.

KINDERKLEIDUNG / Geburtenrückgang macht Sorgen

Ausgabenfreude in Grenzen

HARLAD POSNY, Köln

Abweichend vom allgemein positiven Trend im Textileinzelhandel hat sich der Bereich Baby- und Kinderkleidung nicht gehalten. Nach einem hoffnungsvollen Umsatzplus von 2 Prozent im 1. Quartal 1983 sind die Umsatzzuwächse preisbereinigt auf minus 3 Prozent im 1. Halbjahr abgeschmolzen. Anläßlich der bevorstehenden Internationalen Fachmesse Kind und Jugend (23. bis 25. 9.) in Köln bezifferten Sprecher aus Industrie und Handel das Marktvolumen im Bekleidungssektor auf 3,7 Mrd. DM.

Dieses Marktvolumen verteilt sich auf 10,6 Millionen Kinder im Alter von 1 bis 15 Jahren. Für Baby- und Kinderbekleidung wird nach Aussagen der Statistiker in einem Vier-Personen-Haushalt je nach Einkommensverhältnissen zwischen 580 und 800 DM jährlich ausgegeben. Stärker als noch vor Jahren wird bei Kinderkleidung auf den Preis geachtet. Babys lasse man sich noch eher etwas kosten. Sobald die Kinder aber aus dem „Windelalter" heraus seien, reagierten Eltern, aber auch Großeltern und Verwandte sehr viel preisbewußter. Überdies werde selbst in „betuchten" Haushalten gut erhaltene Kleidung auf jüngere Kinder auch in der Verwandtschaft oder unter Bekannten „vererbt".

Die Bekleidungsindustrie, aber auch die Hersteller von Möbeln, Kinderwagen und Pflegeartikeln, die auf der Messe mit 524 (475) Ausstellern aus 25 Ländern vertreten sind, beklagen, daß durch die geringe Geburtenrate die Umsatzreserven ausgeschöpft sind. So wurden 1982 nur 621 000 Kinder geboren, fast 42 Prozent weniger als 1964. Dies sei nicht nur eine Folge von weniger heiratsfähigen Frauen, sondern ein Zeichen genereller Verhaltensänderung unter dem Motto „Kind nach Konsum". Während in den ersten drei Monaten dieses Jahres noch geringfügig mehr Knabenbekleidung gefertigt wurde, hatten die Hersteller von Mädchenbekleidung einen um 15 Prozent geringeren Umsatz (48 Mill. DM).

STAATLICHE FINANZIERUNGSHILFEN

Die Nachfrage ist gesunken

INGE ADHAM, Frankfurt

Als Wegweiser durch das unübersichtliche System staatlicher Finanzierungshilfen für Investitionsvorhaben versteht die Hessische Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft (HLT), Wiesbaden, ihre jetzt vorgelegte neue Auflage der Broschüre „Finanzierungshilfen in Hessen". Trotz öffentlicher Sparmaßnahmen gibt es für fast alle Wirtschaftsbereiche nach wie vor Förderprogramme. Dabei liegt das Schwergewicht bei kleinen und mittleren Betrieben; regional sind die Hilfen vor allem auf das strukturschwache Zonenrandgebiet konzentriert.

Im vergangenen Jahr gingen bei der HLT, wie aus dem jetzt vorgelegten Rechenschaftsbericht hervorgeht, 1034 Neuanträge auf Finanzierungshilfen ein. Davon wurden 641 mit einem Investitionsvolumen von gut 670 Mill. DM befürwortet. Auch bei der Nachfrage nach öffentlichen Mitteln hat sich die Investitionszurückhaltung des vergangenen Jahres ausgewirkt: Im Jahr zuvor mußte die HLT noch 1323 Neuanträge bearbeiten und befürwortete insgesamt 907 Anträge mit gut einer Milliarde Mark Investitionsvolumen. Gewachsen ist dagegen in wirtschaftlich unsicherer Zeit der Bedarf an Beratung: Die Zahl der Beratungen überstieg den tatsächlichen Antragseingang um ein Mehrfaches, hält der HLT-Bericht fest. Bei der Standortwahl ließen sich 157 (i. V. 102) Unternehmen von den hessischen Landesentwicklern helfen, realisiert und mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden 51 (38) Ansiedlungen, dabei sind jedoch, wie die HLT bedauert, sowohl die Zahl der geplanten Arbeitsplätze als auch das Investitionsvolumen kleiner als im Vorjahr.

Eine neue Dienstleistung ist bei der HLT im Zuge der steigenden Insolvenzzahlen des vergangenen Jahres entstanden: In einer Objektdatei speichert die Entwicklungsgesellschaft die Daten von nicht genutzten gewerblichen Objekten in allen hessischen Landesteilen. Vier der zur Zeit gespeicherten 135 Objekte konnten bereits im vergangenen Jahr erfolgreich „vermakelt" werden.

MÜNCHENER VEREIN / Wieder ein gesundes Beitragswachstum erzielt

Gewinnbeteiligung wurde erhöht

HARALD POSNY, Düsseldorf

Mit einer Steigerung der gesamten Beitragseinnahmen um 6,6 (5,8) Prozent auf 245 Mill. DM hat die Münchener Verein Versicherungsgruppe aG, München, 1982 wieder ein gesundes Wachstum erzielt. Die Krankenversicherung, deren Prämienaufkommen mit 139 Mill. DM (plus 7,4 Prozent ohne Einmalbeiträge) über die Hälfte des Gesamtvolumens ausmacht, erhöhte ihr Neugeschäft um 30 Prozent. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle (93 nach 86 Mill. DM) benötigten fast unverändert 66,7 Prozent der Beiträge, die Leistungsquote (einschließlich Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung und zur Deckungsrückstellung) erreichte 91,9 (93,2) Prozent.

Trotz gestiegener Heilkosten wird ein Rohüberschuß von 27,8 (24,1) Mill. DM ausgewiesen, von denen 25,4 (22,1) Mill. DM der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und 2,4 Mill. DM den Rücklagen zugeführt wurden. Die Beitragsrückerstattung ist jetzt in allen Tarifen – auch in den 100-Prozent-Tarifen – ohne Selbstbehalt einheitlich auf drei Monate heraufgesetzt worden. Dabei weicht der Münchener Verein von dem sonst verbreiteten Verfahren ab, in wenigen Tarifen höhere, in anderen gar keine Beitragsrückgewähr vorzunehmen. Hier soll auch künftig der Marktvorteil günstiger Tarife und hoher Rückvergütung ausgebaut werden.

Immerhin wurden bereits in der Vergangenheit mit erheblichen Mitteln – 1982 allein mit 12 Mill. DM – die Beiträge für große Teile des Bestands nicht wie im vielleicht notwendigen Maß erhöht. Dies gilt vor allem für die Bestandbeiträge von Kindern. In Teilen der Ambulant- und Stationär-Tarife läßt eine Nachkalkulation des günstigen Schadenverlaufs sogar eine Prämiensenkung erwarten.

Die Lebensversicherung steigerte 1982 ihren Versicherungsbestand auf 2,34 Mrd. DM Versicherungssumme. Der hohe Zuwachs ist eine Folge von Umwandlung bisher angesammelter Überschußanteile in beitragsfreie Bonussummen bei den Großlebens- und vermögensbildenden Lebensversicherungen. Der Neuzugang betrug 231 (252) Mill. DM, die Beiträge erhöhten sich von 78,8 auf 82,6 Mill. DM. Aus dem Rohüberschuß von 42,6 (34,2) Mill. DM wurden 98,4 (98) Prozent der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt.

NAMEN

Jean Schwebel (43), Vorsitzender des Vorstandes der Gervais Danone AG, München, ist per 1. Oktober 1983 zum Generaldirektor von Kronenbourg, Strasbourg, bestellt worden. Sein Nachfolger wird **Jaques Vincent** (37), der zur Zeit die Generaldirektion der Gervais Danone Italien, Turin, leitet.

Hubertus Benteler, Rainer Fuess und **Dr. Gert Vaubel** sind von bisher stellvertretenden zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern der Benteler-Werke AG, Paderborn, bestellt worden.

Dr. Kurt Eiglmeier ist per 7. September in den Vorstand der Riedelde Haen AG, Seelze, berufen worden.

Per Reinboth (40), bisher Leiter der Handelsabteilung des Königlich-Norwegischen Generalkonsulats in Stuttgart, hat als Nachfolger von **Erik Vestby** die Leitung der Handelsabteilung in Düsseldorf übernommen. **Knut Wittersø** hat die Aufgaben von Reinboth in Stuttgart übernommen.

CONTI-GUMMI

Mit technischen Produkten Erfolg

dpa/VWD, Hannover

Die Continental Gummi-Werke AG, Hannover, die 1983 einen Konzern-Umsatz von rund 3,4 (1982: 3,25) Mrd. DM erwartet, arbeitet nach eigenen Angaben im Bereich Technische Produkte erstmals seit 1978 wieder mit Gewinn.

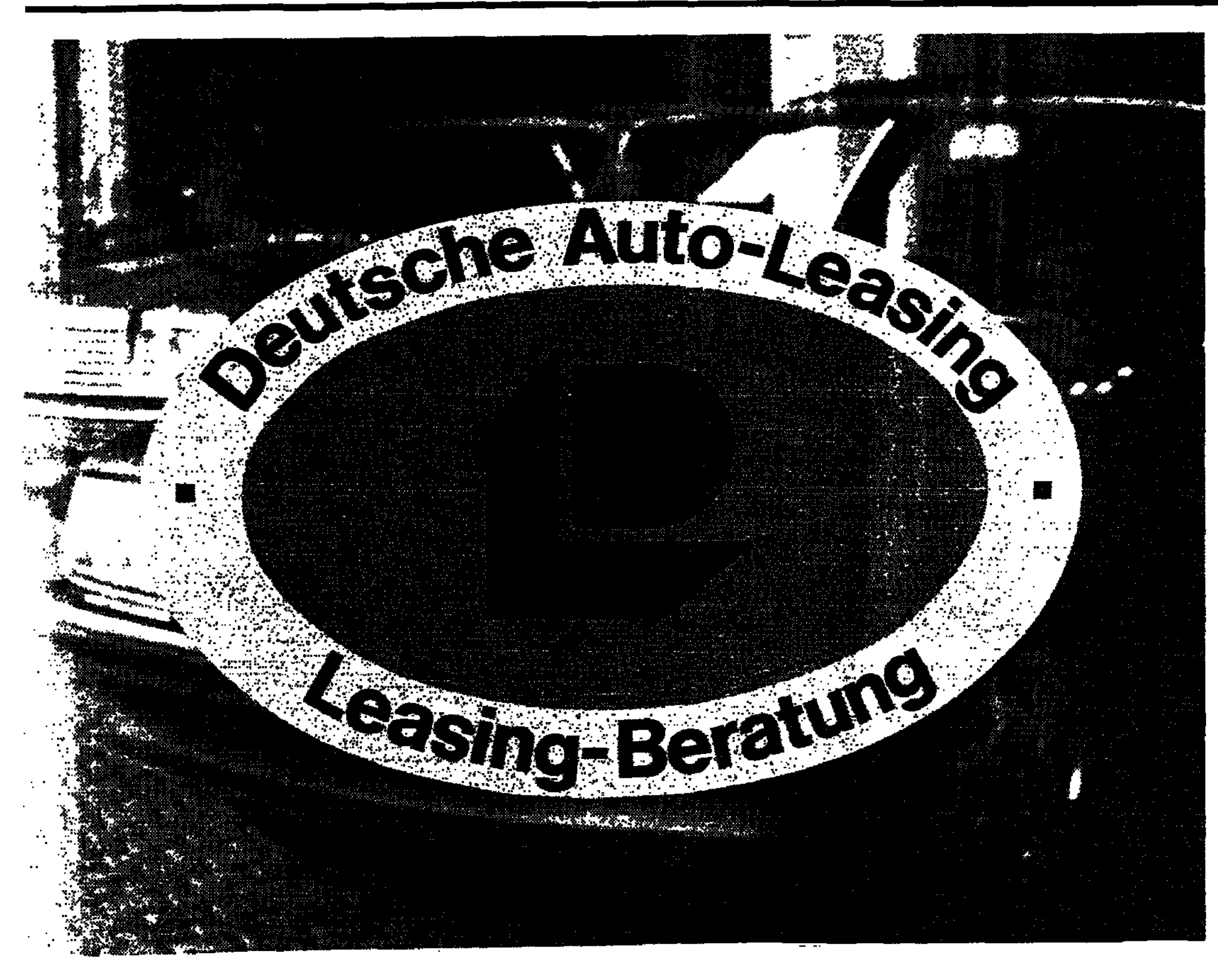
Peter Haverbeck, im Vorstand zuständig für Marketing Technische Produkte, führte diesen Erfolg in einem dpa/VWD-Gespräch auf die konsequent durchgeführte Dezentralisierung und die damit in Angriff genommene Zusammenfassung in fünf selbständige Geschäftsbereiche zurück.

Die technischen Produkte haben am Conti-Gesamtumsatz mittlerweile einen Anteil von einem Drittel. Davon gingen 20 bis 22 Prozent in den Export, der vorwiegend in Europa abgewickelt wurde.

Doch das soll sich nach der Vorstellung von Haverbeck ändern. Zwar fehle der Conti, die sich im technischen Bereich mit der Vielzahl ihrer Produkte als nationales Unternehmen begreift, das Geld, um als sogenannter Multi aufzusteigen.

Da aber Conti mit ihren technischen Produkten zu 40 Prozent von der Kfz-Branche abhängig sei, will das Unternehmen künftig in den großen Kfz-Märkten USA und Japan verstärkt Fuß fassen. Conti sei zwar schon auf der Suche nach den entsprechenden Partnern, eine Entscheidung dazu sei aber nicht vor Ende 1984 zu erwarten.

Der Bereich Luftfedern gilt für Haverbeck als äußerst zukunftsträchtig, zumal auch die Pkw-Hersteller an diesen Federn Interesse gezeigt haben, die sich bereits bei Lkw, Bussen und Schienenfahrzeugen hervorragend bewährt haben sollen.





Aktien überwiegend erholt

Nur geringe Umsätze – steigender Wella-Kurs

DW. – Auf dem Aktienmarkt setzte sich am Wochenbeginn zwar eine freundliche Grundstimmung durch, doch bleiben die Umsätze gering und gingen fast ausschließlich auf das Konto der Börsenkulisse, die nach dem Motto operierte „Das Schlimmste haben wir hinter uns". Ihren Optimismus bezog sie einmal aus dem weiter rückläufigen Dollarkurs, zum anderen aber auch aus der Befestigung des US-Bonmarktes. Er läßt erkennen, so eine vielfach vertretene Meinung der Börsianer, daß auch in den USA die Zinsen an die Decke gestoßen sind. Überrascht hat an der Montagbörse der Anstieg der Siemens-Aktien um 5 DM, zurückzuführen auf eine gezielte Kaufempfehlung eines Börseninformationsdienstes.

Die freundlichere Tendenz sorgte für einen Wiederanstieg der Titel der Großchemie bis zu 1 DM. Das BASF-Bezugsrecht wurde auf Basis der rechnerischen Parität mit 0,85 (0,84) DM notiert. Die im Freiverkehr gehandelten Wella-Aktien waren gesucht. Der Kurs kletterte zunächst bis 379 DM, fiel allerdings später um 2 DM zurück. Von der Frankfurter Automobilausstellung bezogen die Auto-Aktien vorerst keine Anregungen. Lediglich VW-Aktien konnten sich um 3 DM verbessern. Ähnliche Kurssteigerungen gab es bei den Maschinenbauaktien, die offensichtlich von der Häufung zuversichtlicher Konjunkturprognosen zu profitieren beginnen.

Düsseldorf: Gerresheimer Glas befestigten sich um 3,50 DM auf 124,50 DM, Leffers zogen um 5,50 DM auf 355 DM an und Allianz Leben schlossen mit einem Plus von 10 DM auf 2430 DM ab. Hoffmanns Stärke verminderten sich um 4 DM auf 185 DM, Hochtief sanken um 5 DM auf 430 DM und Pongs und Zahn fielen um 4 DM auf 87 DM.

Frankfurt: Im Mittelpunkt stand die AEG-Aktie, die zeitweise einen Kurs von 80 DM erreichte. Commerzbank-Reste blieben bei Doppelplus 6,50 DM (plus 0,75 DM), Hapag-Lloyd bei Minusankündigung 49 DM, MAB 215 DM (minus 9 DM), Nestlé 4970 DM (plus 70 DM) und Krauss-Maffei 2250 DM (minus 30 DM).

Hamburg: Von den Versorgungspapieren gingen HEW zu 100,50 DM plus 0,50 DM und NWK Vz. zu 165,50 DM plus 2,50 DM um. Conti Gummi legten 1 DM zu. Phoenix Gummi büßten 2 DM ein. Für Hapag wurden 47 DM minus 2 DM bezahlt.

München: Agrob Vorz. erhöhten um 6 DM auf 326 DM und Audi NSU um 7 DM auf 270 DM. Diamalt AG stockten um 4 DM auf 149 DM auf und Flachglas gewannen 6 DM auf 285 DM. Zahnräder Renk erhöhten um 4 DM auf 269 DM. Nachgeben mußten Ekatit Riedinger um 1,80 DM auf 93,20 DM.

Berlin: Berthold konnten sich um 3 DM verbessern. Orenstein bröckelten um 1 DM ab. Kempinski und DeTeWe lagen um 2 DM leichter. Engelhardt wurden um 5 DM niedriger taxiert und Berliner Kindl schwächten sich um 5,90 DM ab.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Tokio

Wien

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Madrid

Paris

Hongkong

Singapur

Sydney

	12.9.	9.9.
Arbed	1410	1390
Brux. Lambert	2305	2355
Cockerill Ougrée	165	160
Ebes	2395	2395
Gevaert	2430	2400
Kredietbank	6360	6400
Petrofina	6000	5980
Soc. Gén. d. Belg.	1945	1925
Sofina	4950	4980
Solvay	3275	3260
UCB	3890	3895
Index	133,44	133,28

Singapur	12.9.	9.9.
Cycle + Car.	6,10	6,10
Cold Storage	5,50	5,45
Dev. Bk. of Sing.	9,45	9,45
Fraser + Neave	6,00	6,00
Kl. Kepong	2,97	2,95
Mal. Banking	9,45	9,40
Nat. Iron	6,85	6,40
OCBC	10,60	11,30
Sime Darby	2,39	2,39
Singapur Land	5,75	5,75
Un. Overs. Bank	5,30	5,30

Optionshandel

Kaufoptionen vom 9. 9.: AEG 10-75/4, 1-75/8, 1-80/5,40, 4-75/11,60, 4-80/8,60, 4-85/7, 4-90/5,40, Siemens 1-330/24, 1-350/14,40, 1-360/9,40, 4-350/20, Veba 10-172,50/3,05, 1-180/6,95, 4-180/12,40, 4-200/6, BASF 10-145/10, 10-150/6,50, 10-160/2, 1-160/6, 4-160/10, 4-170/7,60, 4-180/5,40, Bayer 10-140/11,15, 10-150/4, 10-160/1,20, 1-135/20,55, 1-140/18,10, 1-160/6,50, 1-170/4, Hoechst 1-160/8,40, 4-150/20, 4-170/9,15, 4-180/6, BMW 1-390/26,50, VW 10-170/48, 10-180/37, 10-200/22,20, 10-230/4,40, 1-220/16, 1-230/11, 1-240/8, 4-210/32, 4-220/24,20, 4-230/19,50, 4-240/15, 4-250/12, Conti 10-110/2,05, 4-110/10,50, 4-120/8, Lufthansa 10-10-107,50/16, Lufthansa Vorz. 4-120/20, 4-130/6,10, Commerzbank 1-170/12,55, 1-180/7,60, 1-190/5, 4-160/30, 4-170/20, 4-200/8, Deutsche Bank 1-330/10, 1-370/5, 4-320/25,20, Dresdner Bank 10-170/6, 1-170/12, 1-190/7,10, 4-170/19, 4-200/7,60, Hoesch 1-45/6,40, 1-50/3,90, 4-45/7, 4-50/4,90, Mannesmann 10-150/1,05, 1-150/4,50, 1-160/3, 4-140/12, 4-150/8,40, 4-160/5,60, Preussag 10-240/26,80, 1-270/11,50, Thyssen 1-70/5,95, 4-70/8,90, 4-80/5,50, 4-80/2,40, Bay. Hypo 4-280/16, Bay. Verk. Bk 1-320/22,60, Bewag 1-100/8, 1-110/3,10, Degussa 1-360/39, 1-380/11,50, GHH 4-160/9,65, Karstadt 1-260/15, 4-280/14,40, Kloeckner 4-40/5, MAN 1-130/10,50, 4-140/15, RWE 1-170/3, Alcan 1-120/4,80, 4-110/16,50, Chrysler 10-70/13,90, 10-85/3,60, 1-70/17,50, 1-80/9,50, 4-90/7,50, Royal Dutch 1-130/10, 4-130/13,60, 4-140/9,90, Elf 1-70/5,90, 4-75/5. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-75/3,90, Siemens 10-340/5, 10-350/12,50, 1-330/5,85, BMW 4-350/2,50, VW 4-190/2,40, 4-200/5, Conti 10-100/2,50, 1-110/6,50, Lufthansa 10-120/2, 1-120/5, Commerzbank 1-170/6, 1-180/12, 4-170/8, 4-180/12,60, Deutsche Bank 10-310/3,80, 10-320/14, 1-310/6, 4-310/10, Dresdner Bank 1-170/5, 1-170/7, Hoesch 10-50/6, 1-45/3,60, 4-50/8, Mannesmann 10-140/3,70, 10-164/30, 1-140/9,50, Preussag 10-270/6,60, 1-270/9,60, 4-270/12,60, Thyssen 10-75/3,20, Bay. Verk. Bk. 10-320/10, BHF 10-280/5, BBC 1-190/3, 4-210/15,80, Daimler 10-570/11,60, Degussa 1-360/20, GHH Vorz. 1-140/22, Harpener 1-260/8, Kali u. Salz 10-220/6, 1-220/12, Chrysler 1-75/2, 1-90/7, General Motors 1-190/9,65. 406 Optionen 22 500 (40 350) Aktien, davon 115 Verkaufsoptionen = 6100 Aktien.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 12. 9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¼– 9⅜	5⅝–5¾	3⅞–4⅛
3 Monate	9¾–10	5⅝–5¾	4¼–4½
6 Monate	9⅞–10¼	5⅞–6⅛	4½–4¾
12 Monate	10⅛–10½	6¼–6½	4⅝–4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 12. September folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1355,00	1886,70
10 US-Dollar (Indian) **)	825,00	968,35
5 US-Dollar (Liberty)	525,00	647,35
1 £ Sovereign alt	255,00	313,50
1 £ Sovereign Elizabeth II	250,00	307,80
20 belgische Franken	186,00	250,80
10 Rubel Tscherwonez	268,00	332,88
2 südafrikanische Rand	252,00	308,85
Krüger Rand, neu	1127,00	1324,68
Maple Leaf	1127,00	1324,68
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	262,00	323,76
20 schweiz. Franken „Vreneli"	221,00	275,88
20 franz. Franken „Napoléon"	215,00	269,04
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1042,00	1251,72
20 österr. Kronen (Neuprägung)	209,00	261,06
10 österr. Kronen (Neuprägung)	114,00	143,64
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	475,00	581,40
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	113,00	151,62

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisen

Der überraschende Rückgang der amerikanischen Geldmenge um 2 Mrd. Dollar führte am 12. 9. bereits am New Yorker Markt zu einem Rückgang des Dollarkurses bis 2,6500. Nach der Eröffnung in Europa mit 26535 kam es bei ruhigen Handelsaktivitäten u einer technischen Reaktion, die den Kurs wieder bis 2,6580 anziehen ließ. Ohne Mitwirkung der Bundesbank wurde ein amtlicher Mittelkurs von 2,6565 festgestellt. Die Tendenz der D-Mark gegenüber den übrigen amtlich notierten Währungen war uneinheitlich. Das britische Pfund befestigte sich um 0,5 Pfg. auf 3,995. Das irische Pfund, der belgische Franc und der portugiesische Escudo verzeichneten mit 3,136, 4,970 und 2,150 jeweils neue historische Tiefstkurse, erstmals seit 3 Wochen notierte der Schweizer Franken mit 122,97 wieder unter der Marke von 123. Der französische Franc schwächte sich um 0,2 Pfg. fester mit 1,0930. US-Dollar in: Amsterdam 2,9845; Brüssel 53,67; Paris 8,0355; Mailand 1593,55; Wien 18,7570; Zürich 2,1672; Pfund/Dollar 1,4963.

Ostmarkkurs am 12. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Schwächere Euro-Dollar-Zinsen zu Wochenbeginn hatten eine Verringerung der Dollar-Termin-Abschläge gegen DM zur Folge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,95/0,85	2,83/2,73	5,40/5,20
Pfund/Dollar	0,01/0,03	0,09/0,12	0,21/0,26
Pfund/DM	2,00/0,60	4,60/3,20	8,10/6,60
FF/DM	27/11	82/66	169/153

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 12. 9.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,60–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 5,80–5,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 12. 9.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 12. 9.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,69) – 10,00 (8,08) – 10,00 (8,35) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,10, 2 Jahre 7,27. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 99,40, Rendite 8,15.

Warenpreise – Termine

Mit kleinen Verlusten schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Freitag an der New Yorker Comex. Während Kaffee fester aus dem Markt ging, kam es bei Kakao durchweg zu größeren Abschlägen.

Getreide und Getreideprodukte

	9. 9.	8. 9.
Weizen Chicago (c/bush)		
Sept.	387,00	385,00
Dez.	406,50	405,50
März	422,50	420,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	9. 9.	8. 9.
St. Lawrence 1 CW	240,99	240,99
Amber Durum	260,79	257,64
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	166,50	161,50
Dez.	168,00	163,00
März	172,00	168,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	119,50	115,50
Dez.	118,00	113,60
März	118,50	114,50
Hafer Chicago (c/bush)	9. 9.	8. 9.
Sept.	180,75	179,25
Dez.	193,25	191,75
März	204,75	203,25
Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	366,75	365,00
Dez.	369,00	365,00
März	375,50	373,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	9. 9.	8. 9.
Okt.	128,20	125,30
Dez.	129,20	126,00
März	132,30	128,80

Genußmittel

	9. 9.	8. 9.
Kaffee		
New York (c/lb)		
Terminkontr. Sept.	131,95	131,90
Dez.	130,00	129,50
März	127,80	127,55
Kakao		
New York ($/t)	9. 9.	8. 9.
Sept.	1890	1995
Dez.	1974	1998
Terminkontr. März	1948	2032
Umsatz	9456	2277
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	10,15	10,07
Jan.	10,78	10,60
März	11,47	11,40
Mai	11,83	11,71
Juli	12,03	11,95
Umsatz	6 298	8 436
Ist-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	9. 9.	8. 9.
	9,75	9,69
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	9. 9.	8. 9.
Kontrakt Sept.	1708–1712	1704–1705
Nov.	1694–1695	1688–1589
Jan.	1682–1684	1676–1677
Umsatz	2887	3306
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1362–1365	1410–1414
Dez.	1410–1410	1459–1460
März	1410–1413	1477–1478
Umsatz	6204	3882
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Okt.	167,90	169,25–169,45
Dez.	177,25–177,75	178,75–179,00
März	187,85	188,50–188,50
Mai	192,25–193,00	193,00–193,50
Aug.	188,25–188,30	–
Umsatz	2790	3587
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	9. 9.	8. 9.
schw. Sarawak spez.	247,50	247,50
weißer Sarawak	342,50	342,50
weißer Muntok	345,00	345,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	9. 9.	8. 9.
Sept.	121,90	121,20
Nov.	117,10	116,80
Jan.	112,55	112,10
März	112,00	111,35
Mai	112,30	111,70
Umsatz	250	300

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl		
New York (c/lb)	8. 9.	7. 9.
Südstaaten fob Werk	48,50	48,50
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	33,00	32,75
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Sept.	34,80	33,80
Okt.	34,93	33,80
Dez.	35,27	34,30
Jan.	35,23	34,20
März	35,10	34,20
Mai	34,80	33,50
Juli	33,80	33,10
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	36,50	36,00
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	25,00	25,00
Choise white hog 4% fr. F.	19,00	19,00
Talg		
New York (c/lb)		
top white	17,50	17,50
fancy	17,00	17,00
bleichfähig	16,75	16,75
yellow max. 10% fr. F.	14,25	14,25
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Okt.	43,80	42,85
Dez.	43,65	42,85
Febr.	47,10	46,15
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Febr.	65,10	63,10
März	65,15	63,20
Mai	66,70	64,70
Häute		
Chicago (c/lb)	9. 9.	8. 9.
Ochsen einh. schwere River Northern	56,00	56,00
Kühe einh. schwere River Northern	51,00	53,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Sept.	940,50	917,50
Nov.	949,00	928,50
Jan.	958,00	941,00
März	972,00	953,00
Mai	973,00	956,00
Juli	966,50	955,00
Aug.	938,00	922,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Sept.	251,00	245,00
Okt.	251,00	245,00
Dez.	254,50	248,20
Jan.	255,50	249,00
März	257,00	250,50
Mai	257,00	252,00
Juli	258,00	254,50
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	9. 9.	8. 9.
Okt.	413,00	403,00
Dez.	422,00	412,00
März	430,00	420,00
Kokosöl		
New York (c/lb)	9. 9.	8. 9.
Westküste fob Werk	44,50	45,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	12. 9.	9. 9.
jegl. Herk. cif	1035,00	1040,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	–	655,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	625,00	625,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	220,00	202,50
Kopra		
Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1000,00	990,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	354,00	345,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle		
New York (c/lb)	9. 9.	8. 9.
Kontrakt Nr. 2		
Okt.	80,30	80,35
Dez.	81,31	81,85
März	82,42	82,85
Mai	83,20	83,45
Juli	83,50	83,45
Okt.	78,10	77,90
Kautschuk New York		
(c/lb); Händlerpreis		
loco RSS–1	60,00	60,00
Wolle		
Lond. (Neus. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2	9. 9.	8. 9.
Okt.	423-428	426-427
Dez.	426-428	422-427
Jan.	427-429	424-427
Umsatz	105	59
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge	9. 9.	8. 9.
Okt.	45,90	45,90
Dez.	46,00	46,00
März	46,30	46,30
Mai	46,60	46,60
Umsatz	4500	4500
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype	9. 9.	8. 9.
Okt.	562,0–566,0	562,0–565,0
Dez.	574,0–576,0	571,0–572,0
März	592,0–595,0	583,0–590,0
Umsatz	51	–
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	9. 9.	8. 9.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	9. 9.	8. 9.
Sept.	13 780	13 774
Okt.	13 811	13 750
Kautschuk		
London (p/kg)	9. 9.	8. 9.
Nr. 1 RSS loco	77,00–78,50	77,25–80,00
Okt.	76,40–77,50	77,00–78,00
Nov.	76,40–78,00	77,00–77,50
Okt./Dez.	76,60–76,70	77,00–77,20
Tendenz: ruhig		
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	9. 9.	8. 9.
Nr. 1 RSS loco	254,00–255,00	252,50–257,50
Okt.	258,00–258,50	261,00–261,50
Nov.	251,00–252,00	–
Nr. 2 RSS Okt.	253,00–254,00	–
Nr. 3 RSS Okt.	249,50–250,50	–
Nr. 4 RSS Okt.	243,00–244,00	–
Tendenz: sehr ruhig		
Jute London (£/lgt)	9. 9.	8. 9.
BWC	435,00	435,00
BWD	381,00	386,00
BTC	440,00	440,00
BTD	386,00	386,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–), BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	12. 9.	9. 9.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	107,25–107,36	106,92–107,12
drittfolg. Monat	111,26–111,46	110,92–111,12
Zink: Basis London		
laufend. Monat	229,71–229,91	229,43–229,63
drittfolg. Monat	236,32–236,52	235,92–236,02
Produz.-Preis	234,12	235,00
Reinzinn 99,9%	3728–3765	3790–3827

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	12. 9.	9. 9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	437,82–435,42	435,48–437,87
Blei in Kabeln	115,00–116,00	114,75–115,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	405,50–408,50
Vorzeichcrabt	439,50	414,50

* Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbezteller.

Messingnotierungen

	12. 9.	9. 9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	371–396	371–396
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	422–426	422–426
MS 63	431–435	430–435

Zinn-Preis Penang

	9. 9.	8. 9.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring.-kg)	30,43	30,43

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	12. 9.	9. 9.
Leg. 225	458–473	450–473
Leg. 226	460–475	455–475
Leg. 231	490–505	487–505
Leg. 233	500–515	497–514

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	12. 9.	9. 9.
Platin (DM je g)	40,55	40,30
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	36 000	36 150
Rücknahmepr.	35 250	35 400
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	35 990	35 990
Rücknahmepr.	34 910	34 910
verarbeitet	37 770	37 770
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 710	35 710
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	1065,30	1067,10
Rücknahmepr.	1028,00	1028,60
verarbeitet	1112,50	1114,70

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)		
London	12. 9.	9. 9.
10.30	414,75	414,50
15.00	415,75	414,75
Zürich mittags	416,90–417,40	415,30–415,80
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	107 100	107 500
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	815,60	819,60
3 Monate	834,60	838,80
6 Monate	855,00	859,20
12 Monate	896,50	900,45
Platin (£-Feinunze)		
London	9. 9.	8. 9.
fr. Markt	294,20	295,05
Palladium (£-Feinunze)		
London	–	–
f. Händlerpr.	103,43	103,43
New Yorker Preise	9. 9.	8. 9.
Gold H & H Ankauf	414,50	414,00
Silber H & H Ankauf	1223,00	1219,00
Platin fr. Händlerpr.	438,00–440,00	438,00–440,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	154,50–156,50	154,50–156,50
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Sept.	1219,00	1223,00
Okt.	1223,20	1227,20
Dez.	1244,00	1348,00
Jan.	1256,20	1260,20
März	1277,00	1282,00
Mai	1301,50	1305,50
Juli	1324,20	1328,20
Umsatz	8500	17 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	9. 9.	8. 9.
Sept.	72,85	73,10
Okt.	73,35	73,60
Dez.	74,60	74,90
Jan.	75,25	75,70
März	76,85	77,05
Mai	78,35	78,60
Juli	79,75	80,10
Umsatz	4000	2100

Londoner Metallbörse

	12. 9.	9. 9.
Aluminium (£/t)		
Kasse	1089,0–1089,5	1109,0–1110,0
3 Monate	1118,0–1118,5	1137,0–1137,5
Blei (£/t) Kasse	268,00–268,25	266,00–266,25
3 Monate	278,00–278,50	276,00–276,25
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1075,5–1076,0	1077,0–1077,5
3 Monate	1105,0–1105,5	1105,0–1105,5
abends Kasse	–	1077,5–1078,0
3 Monate	–	1105,5–1106,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1042,0–1043,0	1045,0–1046,0
3 Monate	1072,0–1074,0	1073,0–1073,5
Zink (£/t) Kasse	574,00–574,50	577,50–578,00
3 Monate	590,50–591,00	593,00–594,00
Zinn (£/t) Kasse	8400–8405	8460–8470
3 Monate	8520–8525	8575–8576
Quecksilber ($/Fl.)	–	295–300
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	79–81

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jesserich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anne Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99,
Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

H. O. FINANCIAL LTD.

Einladung

zur ordentlichen Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 1982/83, am Mittwoch, dem 12. Oktober 1983, 10 Uhr Ortszeit, im Four Seasons Hotel in Toronto/Canada.

Tagesordnung:

1. Vorlage und Genehmigung des Geschäftsberichts inkl. Bilanz und Gewinn-und-Verlust-Rechnung für das Geschäftsjahr 1982/83.
2. Entlastung und Wahl der Kontrollorgane.
3. Bestellung der Wirtschaftsprüfer.
4. Diverses.

Toronto, 13. September 1983 — H. O. Financial Ltd.

Balance Sheet – February 28, 1983

ASSETS		
Cash and short-term deposits	can-$	1 086 495
Investment		3 792 196
Loans		2 807 399
	can-$	7 686 090
LIABILITIES		
Accounts payable and accrued liabilities	can-$	81 467
Capital stock		10 600 290
Contributed surplus		49 395
Deficit		(3 045 062)
	can-$	7 686 090

STATEMENT OF INCOME
YEAR ENDED FEBRUARY 28, 1983

Total Income	can-$	631 603
Total Expenses	can-$	373 956
Net income for the year	can-$	257 647
Income per share: (Net income)	can-$	0 040

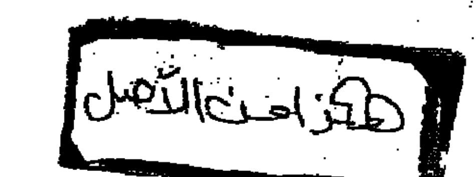
Lichtblicke bei den Renten

Die festen Kurse der US-Bons an der Freitagbörse in New York und der erneut rückläufige Dollar sorgten am Rentenmarkt zwar für eine freundliche Grundtendenz, die Kursanhebungen im öffentlichen Bereich bis zu 0,40 Prozentpunkte zur Folge hatte. Enttäuschend war jedoch, daß die Lethargie der Anleger unvermindert anhielt. So war am Montag die Stimmung besser als die Lage. Die 8prozentigen Bundesobligationen Serie 41 wurden zu 98,50 Prozent in den Handel eingeführt. Die zur Zeit angebotenen 8prozentigen Bundesobligationen kosten 99,40 Prozent. DM-Auslandsanleihen meist freundlicher. Ähnliches gilt für den allerdings nahezu geschäftslosen Pfandbriefmarkt.

	12. 9.	9. 9.		12. 9.	9. 9.		12. 9.	9. 9.
M 5½ Bayer. Hyba Pf 14	89,25G	89,25G	Br 6½ dgl. Pf 77	91,55G	91,55G	H 8 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
6 dgl. Pf 20	81G	81G	8 dgl. Pf 42	99,5G	99,5G	7½ dgl. Pf 45	100,7G	100,7G
6¾ dgl. Pf. 2	93,25G	93,25G	8½ dgl. Pf 47	101G	101G			
7 dgl. Pf 3	93G	93G				M 6 Südboden Pf 41	86,5bG	86,5bG
7 dgl. Pf 27	100,1G	100,1G	F 5 Frf. Hypobk. Pf 68	68T	68T	5½ dgl. Pf 57	74,5G	74,5G
6½ dgl. KS 14	94,5G	94,5G	5½ dgl. Pf 53	75G	75G	6½ dgl. Pf 143	92G	92bG
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG	6 dgl. Pf 79	76G	76G	7 dgl. Pf 87	92G	92G
			8 dgl. Pf 130	90,5T	90,5T	7½ dgl. Pf 104	93bG	94G
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120,5G	120,5G	6½ dgl. Pf 133	84T	84T	7 dgl. KS 49	90,75bG	91,5G

IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ho = Hannover, M = München, S = Stuttgart





LEICHTATHLETIK / Zehnkampf-Europacup-Sieg

Nun will der Trainer mit dem Rauchen aufhören

dpa, Sofia

Wolfgang Bergmann wurde von seinen Athleten zum zehnjährigen Dienstjubiläum reich beschenkt. Von Jürgen Hingsen gab es für den Bundestrainer der deutschen Zehnkämpfer einen Weltrekord und Silber bei der Weltmeisterschaft, von Siegfried Wentz die erste 8700-Punkte-Leistung und WM-Bronze, und am Wochenende sorgten Wentz, Jens Schulze, Andreas Rizzi und Guido Kratschmer in Sofia dafür, daß der Europacup weitere zwei Jahre in Deutschland steht.

„Ich bin zuversichtlich, daß es ähnlich gut weitergeht", stellte Bergmann zum Saisonende fest. Da außer dem 30 Jahre alten Kratschmer alle Stars mindestens bis zu den Olympischen Spielen 1988 in Südkorea weitermachen wollen, kommt der Prognose des erfolgreichsten Trainers im Deutschen Leichtathletik-Verband (DLV) eine weit höhere Wahrscheinlichkeit als dem täglichen Wetterbericht zu.

Der gebürtige Niedersachse lebte schon in Mainz, als er vor zehn Jahren die Nachfolge von Heinz Oberbeck antrat, im Alter von 29 Jahren. „Niemand wollte den Job, unser damaliger DLV-Sportwart Heinz Fallak hat mich da regelrecht reingedrängt." Auf eine eigene glänzende Zehnkampf-Karriere konnte Bergmann nicht gerade verweisen. „Dreimal habe ich es versucht, zweimal bin ich nicht durchgekommen, und einmal kamen 6600 Punkte heraus."

Seine vielen Schützlinge können über solche Zahlen nur müde lächeln: Rund 70 Zehnkämpfe mit mehr als 8000 Punkten haben sie in den vergangenen zehn Jahren hinter sich gebracht. Spitzenreiter ist Kratschmer, der die Zehnkampf-Grenze zur Weltklasse schon 19mal übertroffen hat und damit weltweit unerreicht ist. Der erst 23jährige Wentz lieferte in Sofia immerhin schon seinen zehnten 8000er ab.

Von den derzeit aktiven Vielseitigkeits-Athleten des DLV ist Wentz der einzige, der täglich mit Bergmann arbeitet. Für alle anderen ist er das, was einen guten Bundestrainer auszeichnen sollte: Koordinator, Organisator, stets bereiter Ansprechpartner und Helfer. Zuckerbrot und Peitsche fehlen in seinem Arsenal. Gute Laune, Harmonie und Respekt vor den Eigenheiten seiner Athleten stehen bei ihm im Mittelpunkt und verleihen Wettkämpfen selbst auf höchster Ebene oft Familienfestcharakter. Entscheidungen sind fast immer das Produkt aller Beteiligten, Diktat geht gegen seine eher stille Natur.

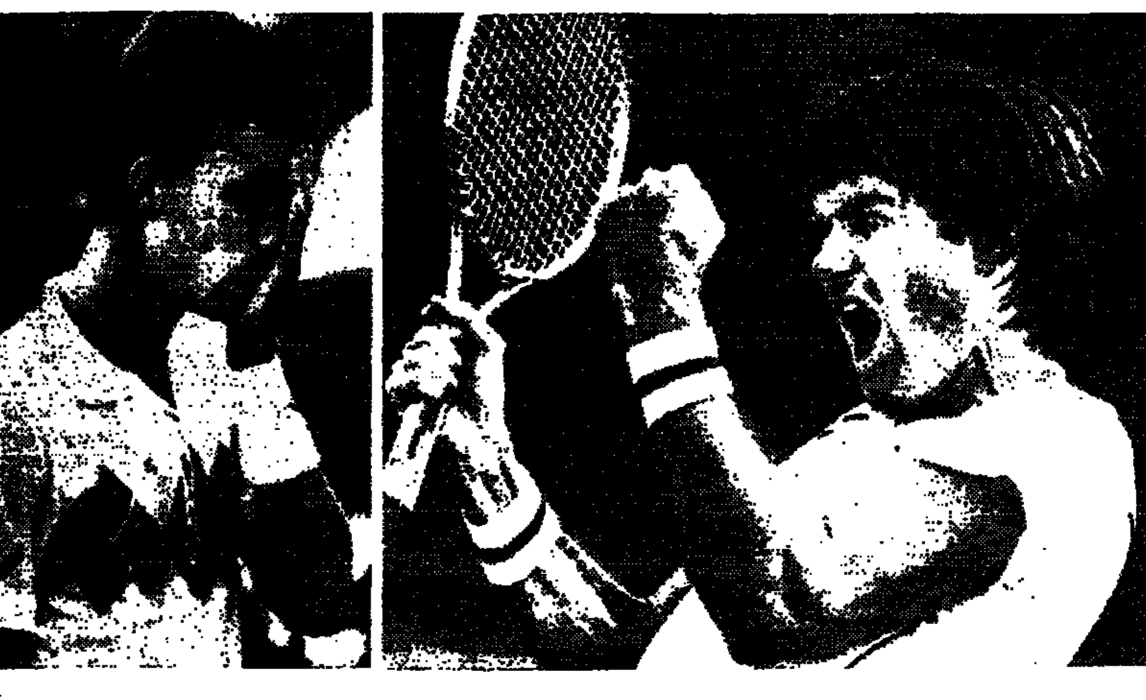
Als Trainer sieht Bergmann sich als „Systematiker, handlungsorientierter Theoretiker, der die Erkenntnisse der Wissenschaft in allen relevanten Bereichen so intensiv wie möglich nutzt".

Als Mann ist er mit seiner Frau Christine und seiner einjährigen Tochter Ina glücklich. In seiner Freizeit spielt er oft und gut Klavier, Fußball und Tennis, trinkt Whisky und Bier und liebt Geselligkeit. Mit Wolfgang Bergmann steht der traditionsreiche Zehnkampf hierzulande vor einer großen Zukunft. Er selbst allerdings blickt sorgenvoll auf die nächsten Wochen: Ab Dienstag will er seinen täglichen Zigarettenkonsum von drei Packungen auf null reduzieren: „Hoffentlich schaffe ich das."

Bei den Frauen gab es im Siebenkampf von Sofia wiederum einen Sieg der „DDR"-Mannschaft mit Weltrekordlerin Ramona Neubert (Dresden) an der Spitze. Die deutsche Mannschaft belegte den vierten Platz. Mehr war nicht möglich, dennoch ärgerte sich Bundestrainerin Hannelore Keydel: „Jede meiner Athletinnen hätte 100 bis 200 Punkte mehr machen müssen." Die Düsseldorferin Sabine Everts lieferte mit 6248 Punkten und dem sechsten Platz ihr schlechtestes Ergebnis in einem internationalen Wettbewerb ab. Heike Filsinger (Mannheim) wurde mit 5815 Punkten nur 15., Birgit Dressel (Mainz) war mit 5789 Punkten noch einen Platz schlechter. Die Leverkusenerin Iris Künstner trat nach drei Fehlversuchen im Weitsprung zum abschließenden Lauf über 800 Meter gar nicht mehr an.

Verstimmung bei den Siebenkämpferinnen, Freude bei den Zehnkämpfern. Und Siegfried Wentz, der Dritte der Weltmeisterschaften von Helsinki, plant nun für das nächste Jahr den ganz großen Coup. Bei den Olympischen Spielen in Los Angeles will er Weltmeister Thompson (England) und Weltrekordler Hingsen schlagen. Wentz: „Mein Ziel ist Gold."

TENNIS / Jimmy Connors gewann zum 5. Mal die Meisterschaft der USA



Ein niedergeschlagener Ivan Lendl (links) und ein jubelnder Jimmy Connors (rechts) – das war das Ende der Offenen Amerikanischen Tennismeisterschaften von Flushing Meadow. Fast eine Lektion erteilte der Amerikaner dem Mann aus Ostrau. Nach einem Jahr der Enttäuschungen spricht Connors deshalb weder vom Rücktritt („Wenn es geht, versuche ich es im nächsten Jahr noch einmal") noch von Scheidung. Seine Frau Patti sprach noch kurz vor dem Spiel im Massageraum mit ihm, und alle erfolgreichen Aktionen ihres Mannes verfolgte sie auf der Tribüne begeistert und temperamentvoll.

Kein Spieler war bei den US-Open jemals so erfolgreich wie Jimmy Connors. Fünfmal gewann er das Turnier, in den vergangenen zehn Jahren verlor er von seinen 67 Spielen lediglich *fünf*.

Martina Navratilova gewann nach dem Einzel auch gemeinsam mit Pam Shriver das Doppel.

Lendl: „Nicht verdient, zu gewinnen"

H.-J. POHMANN, *Flushing Meadow*

Am Ende war es wieder einmal Jimmy Connors, der den Centre Court von Flushing Meadow in der Pose des Triumphators verließ. Nach drei Stunden und zwanzig Minuten besiegte er Ivan Lendl mit 6:3, 6:7, 7:5 und 6:0. Mit seinem fünften Titelgewinn und gleichzeitig seinem 100. Erfolg auf einem Grand-Prix-Turnier setzte der 31jährige Amerikaner neue Maßstäbe auf sportlicher sowie auf finanzieller Ebene. Mit 120 000 Dollar, die er für seinen Sieg erhielt, ist er der erste Tennisspieler, der in seiner Karriere über fünf Millionen Dollar Preisgeld auf Turnieren gewann.

Begonnen hat das Finale am heißesten Septembertag in der Geschichte New Yorks (knapp 40 Grad) mit einer typisch amerikanischen Tradition. Unmittelbar bevor die Aktiven den Platz betraten, wurde die Nationalhymne gesungen. Diesmal jedoch wirkte die Szenerie fast peinlich. Anstatt der sonst verpflichteten Sänger von der Metropolitan-Oper traten diesmal Country-Stars auf, die, angetan in Jeans und bunten Hemden, *alles andere als eine feierliche Atmosphäre* vermittelten. Doch Jimmy Connors schien nach dieser Ouvertüre prächtig motiviert. Von Dick Stockton unmittelbar vor dem Match aufgewärmt, *gewann* er nach nur 28 Minuten den ersten Satz mit 6:3. Dabei legte der 23jährige Lendl eine Nervosität an den Tag, die er während des gesamten Spiels nicht abstreifen konnte. Zwar gewann der Tschechoslowake den zweiten Satz nach einem 0:2- und 15:40-Rückstand noch mit 7:6, doch im dritten Satz wurde deutlich, daß der Mann aus Ostrau wohl doch noch kein richtiger Champion ist. Da führte er 5:4 und hatte bei eigenem Aufschlag einen Satzball. Daß er gerade in diesem Augenblick einen Doppelfehler servierte, mag Zufall gewesen sein, war aber symptomatisch für sein ganzes Spiel. Von Anfang an schien es, daß Lendl dem Druck, unbedingt einen Grand-Slam-Titel gewinnen zu wollen, nicht gewachsen war. Er erinnerte an einen programmierten Roboter, der sein Programm variationsarm herunterspult. „Große Spieler gewinnen die wichtigen Punkte", das ist eine Faustregel bei den Profis. Lendl gelang dies vor allem nicht, weil sein Spiel von fast beängstigender Eintönigkeit war.

Da stand er zwei, drei Meter hinter der Grundlinie und versuchte von dort auf dem schnellen Zementplatz Connors zu schlagen. Kaum verständlich, warum er nicht häufiger mit seinem *guten ersten Aufschlag* ans Netz vorrückte, um mit einem Volley zu einem schnelleren Punktgewinn zu kommen. Ohne jegliche Schlagvariationen (kein Slice, Stops oder gar den Versuch zu einem Tempowechsel) drosch Lendl seine Vor- und Rückhand über das Netz, in der Hoffnung, diese Taktik würde auch gegen Connors reichen.

Geradezu deprimierend verlief der vierte Satz für Lendl. „Ich habe nicht verdient zu gewinnen", das waren seine ersten Worte auf der Pressekonferenz. Und: „Von meinem Doppelfehler habe ich mich nicht mehr erholt. Aber ich bin erst 23 Jahre alt und werde weiter versuchen, einen großen Titel zu gewinnen." Bei Con*nors hat man in großen Spielen das* Gefühl, daß hier ein Mann auf dem Platz steht, der mit dem Herzen spielt. Kein Wunder, daß der Kontakt zum Publikum von Anfang an da ist. Wenn „Jimbo", wie ihn seine Fans nennen, nach gelungenen spektakulären Ballwechseln die Arme hochreißt, in die Menge schreit und einen Tanz vorführt, der an den Ali-Shuffle erinnert, dann springt der Funken aufs Publikum über.

Aber dies hätte ihm alles nichts genützt, denn genau genommen ver*dankt Connors seinen Sieg dem* Besuch auf der Toilette des Oberschiedsrichters Bob Howe. Auf einmal rannte Connors mitten im zweiten Satz bei einem 3:4-Rückstand nach einer Diskussion mit Howe vom Platz. Durchfall plagte ihn, und der Regel entsprechend darf ein Spieler nur eine einmalige „Verletzungspause" von fünf Minuten in Anspruch nehmen. Eine weitere oder längere Pause hätte zur Disqualifikation führen können. Nach viereinhalb Minuten schaffte es Connors, wieder da zu sein. Und so konnte er für sich in Anspruch nehmen, der erste Spieler zu sein, der den Centre Court während eines Finales bei den US-Open mitten im Spiel verlassen hat.

Beeindruckend, wie es der Linkshänder immer wieder verstand, mit dem Druck und Tempo seines Gegners zu spielen. Kein Spieler nimmt die Bälle so früh, steht so gut beim Schlagen. Fast unglaublich, wie gut Connors die Aufschläge von Lendl returnierte, wie er sich intuitiv immer wieder für die richtige Ecke entschied. „Dieser Doppelfehler von Lendl war glücklich für mich und hat mich neu motiviert." Das waren die ersten Worte des alten und neuen Champions.

TENNIS

Offene Meisterschaften in Flushing Meadow, Endspiele: Herren-Einzel: Lendl (CSSR) – Connors (USA) 3:6, 7:6, 5:7, 0:6; **Damen-Doppel:** Navratilova/Shriver (USA) – Fairbank/Reynolds (Südafrika/USA) 6:7, 6:1, 6:3. – **Mixed:** Sayers/Fitzgerald (Australien) – Potter/Taygan (USA) 3:6, 6:3, 6:4.

Bundesliga, 10. Spieltag, Gruppe 1: Essen – Hamburg 7:2, Karlsruhe-Rüppurr – Stuttgart 8:1, Leverkusen – Neuss 1:8. – **Gruppe 2:** Berlin – Weiden 8:1, Großhesselohe – Amberg 5:4, München – Mannheim 5:4.

LEICHTATHLETIK

Europacup-Zehnkampf, Männer: 1. Deutschland 24 609 Punkte (Europacup-Rekord) – Wentz: 8246 / Schulze: 8187 / Rizzi: 8176 – ohne Wertung: Kratschmer: 7951 – 2. „DDR" 24 359, 3. UdSSR 24 208. – Einzelwertung: 1. Freimuth („DDR") 8501 (100 m: 11,24 / Weit: 7,37 / Kugel: 16,00 / Hoch: 2,01 / 400 m: 48,17 / 110 m Hürden: 14,54 / Diskus: 48,16 / Stab: 4,90 / Speer: 70,26 / 1500 m: 4:27,04), 2. Niklaus (Schweiz) 8312, 3. Wentz 8246, 4. Schulze 8187, 5. Rizzi 8176, ... 11. Kratschmer (alle Deutschland) 7951.

Siebenkampf, Frauen, Mannschaftswertung: 1. „DDR" 19 242 (Neubert, Nitzsche, Thiele), 2. UdSSR 18 698, 3. Bulgarien 18 666, 4. Deutschland 17 852 (Everts, Filsinger, Dressel). – **Einzelwertung:** 1. Neubert („DDR") 6722 (100 m Hürden: 13,39 / Hoch: 1,78 / Kugel: 15,21 / 200 m: 23,52 / Weit: 6,69 / Speer: 45,30 / 800 m: 2:06,70), 2. Smirnowa (UdSSR) 6486, 3. Dimitrowa (Bulgarien) 6416, ... 6. Everts 6248 (12,47/1,81/12,00/23,89/6,29/36,36/2:09,75), ... 15. Filsinger 5815, 16. Dressel (alle Deutschland) 5789.

GOLF

Offene Meisterschaften der Schweiz in Crans-sur-Sierre, Endstand: 1. Faldo (England) 268 Schläge, Sieger nach zwei Extralöchern gegen Lyle (England) 268, 3. Fernandez (Argentinien) 275, 4. Torrance (England) und Ballesteros (Spanien) beide 276, ... 7. Langer (Deutschland) und Charles (Neuseeland) beide 279.

MOTORSPORT

Großer Preis von Italien in Monza, 13. von 15 Läufen zur WM, 52 Runden = 301,6 km: 1. Piquet (Brasilien) Brabham-BMW-Turbo 1:22:53,871 Std., 2. Arnoux (Frankreich) Ferrari-Turbo 10,212 Sek. zur., 3. Cheever (USA) Renault-Turbo 18,612 zur., 4. Tambay (Frankreich) Ferrari-Turbo 29,023 zur. – **Gesamtstand nach 13 Läufen:** 1. Prost 51 Punkte, 2. Arnoux 49, 3. Piquet 46, 4. Tambay 40.

BASKETBALL

Europameisterschaft der Damen in Ungarn, erster Tag, Gruppe A: Ungarn – Rumänien 87:85, Polen – Spanien 92:59. – **Gruppe B:** Bulgarien – CSSR 90:86, UdSSR – Schweden 105:74, Deutschland – Italien 54:50.

EISHOCKEY

Bundesliga: Köln – Freiburg 3:1, Landshut – Schwenningen 1:1, Kaufbeuren – Mannheim 0:4, Düsseldorf – Rosenheim 1:3, Rießersee – Iserlohn 8:3.

FUSSBALL

UEFA-Cup, 1. Runde, Hinspiel: Ajax Abat (Malta) – Preßburg 0:10 (0:5).

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 7, 11, 18, 26, 36, 41, **Zusatzspiel:** 43 (ohne Gewähr).

STAND PUNKT / *System*

Säuberungswelle nennt man das, was nun der sowjetische Leichtathletik-Verband durchführt. Fünf Staatstrainer wurden fristlos entlassen und sieben Athleten – wegen mangelnder Leistung – auf Lebenszeit gesperrt. Unter jenen befindet sich auch Gennadi Waljukewitsch, der frühere Hallen-Weltrekordler im Dreisprung. Waljukewitsch hatte bei den Weltmeisterschaften in Helsinki ebenso versagt wie andere.

Nun wird ja nichts besser, wenn man Trainer entläßt und Athleten sperrt. Wenn die sowjetische Leichtathletik nach den Olympischen Spielen 1980 in Moskau (15 Goldmedaillen) *in ein Tief geraten ist, so liegt das* am falschen System. Die Sowjetrussen beteiligen sich schon seit Jahren nicht mehr regelmäßig an den großen internationalen Sportfesten in Skandinavien und in Westeuropa. So fehlen die direkten Vergleiche, so fehlt das Regulativ, um vor großen Meisterschaften eine Mannschaft umzustellen.

Es ist etwas anderes, im eigenen Lande Rekorde aufzustellen oder sich bei der Spartakiade in Moskau *feiern zu lassen, als in Oslo*, Stockholm oder Zürich die Feuerprobe gegen die gesamte Weltspitze zu bestehen.

Hinzu kommt, daß die Talentfindung in einem so großen Land wie der UdSSR fast der Suche nach der berühmten Stecknadel im Heuhaufen gleicht. Darüber klagen sowjetische Trainer ebenso wie über die Schlamperei ihrer Stützpunktkollegen in der Provinz, die eifersüchtig darüber wachen, die entdeckten Talente nicht preiszugeben. All das läßt sich kaum beheben.

K. Bl.

FUSSBALL / Europapokal-Spiele im Fernsehen

Schwacher Innsbrucker Test

sid, Düsseldorf

Sehr unterschiedlich verliefen die Generalproben der Gegner der deutschen Europapokal-Teilnehmer für die Hinspiele in der ersten Runde am Mittwoch. Während Kaiserslauterns Kontrahent FC Watford durch seinen ersten Saisonsieg mit 3:1 gegen Notts County den Sprung vom Tabellenende schaffte und Stuttgarts Widersacher Levsky/Spartak Sofia mit 4:1 gegen Tscherno More Varna glänzte, erlebte Werder Bremens Gegner Malmö FF ein 1:6-Debakel beim IFK Göteborg. Nur zu einem schwachen 0:0 vor eigenem Publikum reichte es für Wacker Innsbruck gegen Aufsteiger Favoritner AC Wien. Innsbruck spielt gegen den 1. FC Köln.

Wacker Innsbruck wurde erneut vom Verletzungspech verfolgt. Neben dem verletzten Ex-Stuttgarter Hattenberger muß der Pokalsieger gegen Köln nun auch noch auf seinen holländischen Libero Hovenkamp verzichten. Hovenkamp zog sich bei einem Aufprall auf einen Gitterzaun eine Halswirbelverstauchung zu und mußte ins Krankenhaus.

Glatt überfahren wurde Malmö FF beim ehemaligen UEFA-Pokalsieger IFK Göteborg. „So idiotisch hat meine Mannschaft noch nie gespielt", erklärte Malmös Trainer Grip.

Von den Hinspielen der ersten Runde im Fußball-Europapokal mit deutscher Beteiligung berichtet das Deutsche Fernsehen (ARD) im Ersten Programm in einer 90minütigen Sondersendung von 22.30 Uhr an. Vom Spiel des FC Bayern München bei Anorthosis Famagusta auf Zypern wird es keine Fernsehbilder und keine Rundfunk-Übertragung geben.

NACHRICHTEN

Heute Fußball-Bundesliga

Düsseldorf (sid) – Mit Bernd Wehmeyer als Stürmer versucht der Hamburger SV heute (20 Uhr) im Nachholspiel der Fußball-Bundesliga bei Bayer Leverkusen die Tabellenführung zu übernehmen.

Tödlicher Unfall

Berlin (dpa) – Die Rennen um die Deutschen Motorenboot-Meisterschaft auf der Berliner Oberhavel wurden vom Tod des 55jährigen Karlheinz Kahl überschattet. Der Hamburger verpaßte kurz nach dem Start die erste Wendeboje und fiel ins Wasser. Im Krankenhaus wurde Tod durch Herzversagen festgestellt.

Massenschlägerei in Monza

Monza (sid) – Über 150 Personen mußten mit zum Teil erheblichen Verletzungen nach dem Großen Preis von Italien in Monza, dem 13. Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft, in Krankenhäuser eingeliefert werden. Die meisten Verletzungen gab es bei einer Massenschlägerei zwischen Ferrari-Fans und Anhängern des französischen Rennstalls Renault.

Moorcroft läuft wieder

Jarrow (sid) – Der englische 5000-m-Weltrekordler David Moorcroft (13:00,42) erreichte im englischen Jarrow beim ersten Start nach einer mehrmonatigen Verletzungspause (Ermüdungsbruch im Fuß, Gelbsucht) bei stürmischem Wind und Dauerregen über 3000 Meter 8:10,22 Minuten.

Debakel für Real Madrid

Barcelona (dpa) – Mit dem 1:0 gegen Osasuna Pamplona feierte der FC Barcelona am 2. Spieltag der spanischen Fußball-Meisterschaft seinen ersten doppelten Punktgewinn. Bernd Schuster zählte zu den Besten beim Sieger. Ohne Uli Stielike verlor Real Madrid in Malaga 2:6. Es war die höchste Niederlage seit sechs Jahren.

Solingen mit Krautzun

Solingen (dpa) – Eckard Krautzun wird für zwei Jahre neuer Trainer der SG Union Solingen. Bereits am Mittwoch soll Krautzun das Training beim Tabellenneunten der zweiten Fußball-Bundesliga übernehmen.

Fotograf geschlagen

Santiago de Chile (UPI) – Uruguays Nationalspieler Alfredo de Santos mußte direkt vom Fußballfeld ins Gefängnis von Santiago, weil er aus Ärger über das 0:2 seiner Mannschaft im Südamerika-Pokal gegen Chile einen Fotografen zusammengeschlagen hatte.

Die ARD und ihre Filmeinkäufe in den USA

Geht's ohne Kirch billiger?

Ein „Krieg" zwischen der ARD, dem amerikanischen Filmgiganten MGM und der „Taurus-Film" des Münchner Filmkaufmanns Leo Kirch mit bislang drei Klagen in Sechs-Milliarden-Mark-Höhe bringt zutage, was unter der vorgeblichen Gemütsruhe unserer öffentlich-rechtlichen Anstalten brodelt: das verzweifelte Bemühen, an Hollywoods Spitzenfilme ranzukommen. Die ARD will damit gegen die Konkurrenz der privaten Anbieter von heute (Video) und morgen (Kabel- und Satelliten-TV), aber auch gegen die immer stärker werdende Konkurrenz des ZDF mobil machen.

Die Geschichte glich auffallend dem dramatischen Aufbau einer Dallas-Folge: Ein Quintett der deutschen ARD, darunter ARD-Programmdirektor Dietrich Schwarzkopf und der Geschäftsführer der ARD-Filmeinkaufsgesellschaft Degeto, Hans Joachim Wack, legte in Beverly Hills dem erfreut lächelnden MGM-Manager Frank Yablang am 26. August ein üppiges Angebot auf den Tisch: 120 Millionen Dollar für den Erwerb von 1500 Spielfilmen aus dem „Stock" von MGM und United Artists (UA), der etwa 4000 Filme umfaßt – darunter alle Bond-Streifen, alle Humphrey-Bogart-Filme und die Lustspiele von Billy Wilder, obendrein Hollywoodknüller von „Ben Hur" bis zur „Katze auf dem heißen Blechdach". In dem Paket-Kaufgebot waren außerdem enthalten: alle zehn Jahres-Filmpremieren der MGM für die ARD – und das 15 Jahre lang, *sowie die Verwertungsrechte* für Kabel- und Satelliten-Kanäle der ARD als Zugabe.

Mit dieser Film-Nachrüstung will die ARD den Vorsprung des ZDF und die Vorrüstung der Videoanbieter, die mittlerweile 5000 Spielfilme – darunter 3000 amerikanische – in der Bundesrepublik verkaufen und verleihen, kontern.

Einem nun gefiel das Vorpreschen der deutschen TV-Emissäre überhaupt nicht – dem Münchner Film-Kaufmann Leo Kirch. Kaum wurde er der ARD-Aktivitäten gewahr, verklagte er (Taurus-Film) die ARD auf 2,4 Milliarden Mark bei einem Gericht in Los Angeles und die fünf ARD-Delegierten außerdem auf je 250 Millionen Mark Schadenersatz – zusammen 3,6 Milliarden. Leo Kirch, bisher bemüht, seine Geschäfte vor der Öffentlichkeit möglichst bedeckt zu halten, führt an, er habe 1970 mit MGM einen Vertrag geschlossen, der ihm das Erstkaufrecht für Spitzenfilme einräume. Vor allem aber: Er, Kirch, habe mit MGM Ende Juli in München einen Vertrag über den Ankauf des gesamten Filmstocks von MGM/UA geschlossen. MGM-Anwalt Lysaght dazu in Los Angeles: „Kirchs Behauptung ist unkorrekt."

Kirch, der einen gerichtlichen Gang mit der ARD scheut, machte mittlerweile dem ARD-Vorsitzenden, dem Intendanten des Bayerischen Rundfunks, Reinhold Voeth, ein fernschriftliches Angebot: er biete der ARD-Filmbeschafferin Degeto das MGM-Paket für 80 Millionen Dollar. Daraufhin brach die ARD-Kaufgruppe die Visite bei MGM ab und flog in die Bundesrepublik zurück, um Kirchs neuen Vorschlag unter die Lupe zu nehmen.

Dies wiederum mißfiel den MGM-Mannen. Sie wollten längst – wie auch die ARD – aus dem Geschäft mit Kirch heraus, dessen Zwischenhandelspreise das Filmgeschäft zwischen Hollywood und dem deutschen Fernsehen auf Kosten der Gebührenzahler erheblich verteuert. Beim gleichen Gericht in Los Angeles verlangen nun MGM und United Artists 2,6 Milliarden Mark Schadenersatz von Kirchs Firma Taurus. Die Begründung der MGM/UA-Klage ist bemerkenswert: Die Hollywood-Manager gehen Kirch wegen „Verletzung der Kartellbestimmungen" an. Er, Kirch, habe keinerlei Anspruch, MGM/UA-Filme gleichsam monopolhaft für den deutschen Markt zu erwerben.

In der Tat fördert das Millionen-Tauziehen um Hollywoods Zelluloidware zum zweiten Mal die umstrittenen Praktiken des Münchner Filmhändlers Kirch zutage, dessen Firma Taurus- und Beta-Film einen Großteil des Filmbedarfs von ARD (550 Filme pro Jahr) und ZDF (250 Filme pro Jahr) bestreitet: Ein Drittel ihrer Filme bezieht die ARD von Kirch, das ZDF sogar 40 Prozent, was vor sechs Jahren den „Spiegel" zu einem Report unter der Schlagzeile „ZDF im Würgegriff" animierte. In einer scheinbar minutiös verifizierten Recherche hatte der Spiegel-Bericht zu zeigen versucht, wie das ZDF systematisch von einem kommerziellen Unternehmer abhängig gemacht worden sei. Das ZDF wehrte sich und gewann den Prozeß gegen den Spiegel in allen Punkten.

REGINALD RUDORF

KRITIK

Jede Menge Statistiken

Der Termin der Sendung „**Das Kreuz unter Hammer und Sichel**" (ARD) war gewiß nicht zufällig gewählt. Papst Johannes Paul II. weilte gerade in Österreich, dessen Kaiserreich einst große Teile des heute kommunistischen Mittel- und Osteuropas angehört hatten. Man erfuhr in diesem Zusammenhang aber nicht, daß dem Prager Erzbischof Kardinal Tomasek die Ausreise nach Wien, wo er sich an der „Europa-Vesper" beteiligen wollte, von den tschechoslowakischen Behörden verweigert worden war. Ebensowenig erfuhr man über ganz konkrete Verfolgungen einzelner Christen in der Sowjetunion, Jugoslawien, in der CSSR. Dafür erhielt man jede Menge Zahlen und Statistiken, die der Zuschauer nur bei größter Konzentration verkraften konnte. Hier wäre weniger mehr gewesen. (So hätte man auf das einleitende kurze Gespräch mit dem Münchner Professor Nikolaus Lobkowicz, dessen böhmische Herkunft für diese Sendung nicht ohne Interesse gewesen wäre, ruhig verzichten können).

Der Bericht enthielt gewiß eine ganze Menge interessanter Einzelheiten. So zum Beispiel über die Aktivität und die Ausbreitung der katholischen Kirche in Litauen; die jüngsten Christenverfolgungen jedoch, Namen und Urteile blieben uns vorenthalten.

Wenn dann im Beitrag über die Tschechoslowakei zwar wieder die üblichen statistischen Angaben sowie Ansichten von Kirchen und Klöstern serviert werden, aber auf die aufopferungsvolle Tätigkeit der katholischen Kirche im Untergrund, die Bedeutung junger Katholiken in der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77", die vom Staat nicht genehmigte seelsorgerische und erzieherische Tätigkeit jeder Hinweis fehlt, muß man sich nach dem Sinn der Sendung fragen.

Daß die Kirche in den kommunistischen Ländern verfolgt wird, daß sie leidet, ist ziemlich bekannt; ihre Relevanz für die Erhaltung ethischer und menschlicher Qualitäten in dieser Gesellschaft, ihre kämpferische Tätigkeit weniger. Zum ersten Aspekt lieferte die Sendung reichlich Dokumentation; zum zweiten Aspekt kaum etwas. Schade um eine vertane Chance.

FRIEDRICH UTITZ

Mehr als nur Fleischextrakt

Wie Schall und Rauch vergeht der Ruhm dieser Welt. Dieser Satz gilt auch für Chemiker. Denn weithin ist heute die Ansicht verbreitet, „Chemiegeschichtsschreibung" sei eine Art Freizeitbeschäftigung, gerade recht für emeritierte Hochschullehrer oder spleenige Oberstudienräte.

Doch unsere heutigen naturwissenschaftlichen Erkenntnisse, Gesetze und Theorien lassen sich nur unvollkommen verstehen, wenn man nicht weiß, wie sie geschichtlich entstanden sind. Das ZDF hat auf diesem Gebiet jetzt eine Lanze gebrochen: Mit „**Bild(n)er der Chemie**" begann am Sonntagnachmittag eine vorerst fünfteilige Reihe über Persönlichkeiten aus der Chemie. Auf „fruchtbaren Boden" fiel die von Hans-Jürgen Bersch (selbst Chemiker) moderierte erste Folge über Justus von Liebig. Die Auftaktsendung war ein Beispiel dafür, wie man den „Mann auf der Straße" – der alles andere als chemiebegeistert ist – erreichen und informieren kann.

Wer erinnert sich heute noch an Justus von Liebig (1803–1873)? An den Fleischextrakt vielleicht, aber sonst ...? An historischer Stätte konnte der Zuschauer ein Stück Wissenschaftsgeschichte miterleben. Es wäre wünschenswert gewesen, zum Abschluß noch einen Blick auf die Anfänge der damals gerade im Entstehen begriffenen ersten großindustriellen Chemie-Epoche zu werfen, *für die* Justus Freiherr von Liebig Wegbereiter und Schrittmacher zugleich war.

Die nächsten Folgen beschäftigen sich mit Robert Bunsen und seiner Entwicklung der Spektralanalyse. Im Mittelpunkt der dritten Folge steht die Entdeckung des ersten brauchbaren Teerfarbstoffes durch William Henry Perkin. Fritz Haber und der Hochdruckammoniaksynthese als Grundlage für die Massenproduktion von Kunstdünger ist die nächste Sendung gewidmet. Unter dem Titel „Strickmuster für Molekülfäden" wird schließlich das wissenschaftliche Lebenswerk von Hermann Staudinger gewürdigt, dem Vater der makromolekularen Kunststoffchemie. Material für Unterrichtszwecke kann zu dieser Sendereihe direkt beim ZDF angefordert werden.

DIETER THIERBACH

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
Nur über die Sender HR/WDR
10.00 heute
10.05 Ein Münchner in New York
Filmhumoreske
10.50 Tele-Zoo
11.35 Einander verstehen – miteinander leben
11.40 Kinder, Kinder
12.35 Plusminus
12.55 Presseschau
13.00 heute

16.10 Tagesschau
16.15 Dallas
Reportage von Dieter Gütt
Dallas, Texas, ist der Ort, in dem 1963 Präsident Kennedy ermordet wurde. Seitdem versucht die Stadt von dieser Last loszukommen, die ihr Bild in der ganzen Welt geprägt hatte. Heute ist Dallas die drittgrößte Tagungsstätte der amerikanischen Geschäftswelt, Sitz der meisten Versicherungsgesellschaften der USA, das zweitgrößte Modezentrum und Amerikas größter Flughafen.
17.00 Denkste!?
Drippel-Droppel e.V. Produktion & Vertrieb
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Spiel und Show mit Max Schautzer
Heute: Venedig
21.00 Monitor
Themen:
Von der Verwendung abzuraten? – Wie sicher ist der bundesdeutsche Arzneimittelmarkt? / Rechtsextreme oder Traditionsverein? – Warum das Bundesinnenministerium die HIAG aus dem Verfassungsschutz-Bericht streichen will / Chaoten mit amtlichem Auftrag? – Wie V-Männer Demonstrationen anheizen
21.45 Dallas
Erpressung
22.30 Tagesthemen
23.00 Heut abend
ARD-Talkshow mit J. Fuchsberger
Zu Gast: Beatrice Richter
23.45 Tagesschau



15.57 ZDF – Ihr Programm
16.00 heute
16.04 Mosaik
16.35 Strandpiraten
Abenteuer an der Westküste Kanadas
Jo-Jo
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Als Gast: Hana Hegerova
17.50 Rate mal mit Rosenthal
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase
Trickreiches mit Bugs Bunny
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Wo geht's denn hier zum Film?
Filmkomödie von Kurt Raab und Peter Kern
Mit Peter Kern, Kurt Raab, Dolly Dollar, Rosel Zech u. a.
Musik und Regie: Peer Raben
Anschl.: Ratschlag für Kinogänger
„Frances" von Graeme Clifford
21.00 heute-journal
21.20 Abschied von der Macht
Wenn in Bonn Karrieren zu Ende gehen
Beobachtungen von Martin E. Süskind
22.05 Der besondere Film
Der Zeuge
Ungar. Spielfilm (1969)
Mit Ferenc Kállai, Lili Monori, Lajos Öze u. a.
Regisseur Bacsó hat die Zeit des Personenkults und der Schauprozesse mit ätzendem Spott geschildert: Um z. B. die bei einer Schwarzschlachtung entstehenden Geräusche zu übertönen, singen Kinder ein Hymne auf Stalin.
23.50 heute



Lajos Öze in der Rolle des Genossen Virag: Der ungarische Spielfilm „Der Zeuge" läuft als deutsche Erstaufführung im ZDF um 22.05 Uhr FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Berufsorientierung
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Arche 2000
Thema der Sendung, die im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung in Bedburg produziert wird, ist die Grundwasserabsenkung im Braunkohlegebiet.
21.00 Formel Eins
ARD-Hitparade
21.45 Industriemuseum
Film von Hans Peylo
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Hart an der Grenze
Ein Dorf lebt mit der „DDR"
23.45 Letzte Nachrichten

NORD/HESSEN

18.00 Deutsche Puppenbühnen
Bielefelder Puppenspiele
18.30 Katze mit Hut
19.00 Zeugen – Aussagen (2)
Überlebende berichten aus Auschwitz
Alfred Brendel spielt F. Schubert Sonate a-Moll
20.00 Tagesschau
20.15 Ein Tag im Leben
Der Tod John Lennons
21.00 Formel Eins
21.45 Journalistenstammtisch
22.30 Augen ohne Gesicht
Französ. Spielfilm (1959)
Regie: Georges Franju
24.00 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau im Dritten
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S3:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Für Baden-Württemberg:
20.15 S 3 – Kinokalender
20.45 Bericht aus Stuttgart
Für Rheinland-Pfalz:
20.15 Sport
21.00 Landesspiegel
Für das Saarland:
20.15 Kulturspiegel
21.00 Der Sternenhimmel
Für Gesamt Südwest 3:
21.15 Futureworld – Das Land von übermorgen
Amerikan. Spielfilm (1976)
23.00 Avanti! (1)
Italienisch

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Alltagschristen in einer Lutherstadt
Beobachtungen in Eisenach
19.30 Formel Eins
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
Parodontose
21.45 Z. E. N.
21.50 Detektiv Rockford: Anruf genügt
22.35 Im Gespräch
23.35 Rundschau

Wir trauern um

OTTO KÄHLER

Präsident der Landeszentralbank in Schleswig-Holstein i. R.
Mitglied des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank i. R.
Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Er starb am 11. September 1983 in seinem 79. Lebensjahr.

Herr Otto Kähler hat nahezu sein gesamtes Berufsleben der Notenbank in Deutschland gewidmet, in deren Diensten er mehr als vierzig Jahre gestanden hat. Am Wiederaufbau und der Fortentwicklung des Zentralbanksystems in der Bundesrepublik hatte Herr Kähler verdienstvollen Anteil. Von 1951 bis 1957 gehörte er dem Vorstand der Landeszentralbank von Schleswig-Holstein an. 1958 wurde er zum Vizepräsidenten der Landeszentralbank in Hessen bestellt. Von 1960 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahre 1973 war er Präsident der Landeszentralbank in Schleswig-Holstein. Als Mitglied des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank war er in dieser Zeit an allen wichtigen währungspolitischen Entscheidungen maßgeblich beteiligt. Durch seinen großen Sachverstand, seine reichen Erfahrungen und sein Engagement erwarb sich der Verstorbene hohe Achtung und Anerkennung. Seine Liebenswürdigkeit und seine menschliche Wärme gewannen ihm viele Freunde.

Wir werden das Andenken an die Persönlichkeit und das Wirken dieses Kollegen in ehrender Erinnerung behalten.

DER ZENTRALBANKRAT DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

Karl Otto Pöhl
Präsident

Dr. Helmut Schlesinger
Vizepräsident

In tiefer Trauer geben wir davon Kenntnis, daß

Otto Kähler

Präsident der Landeszentralbank in Schleswig-Holstein i. R.
Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

am 11. September 1983 im 79. Lebensjahr verstorben ist.

Herr Kähler war mehr als vier Jahrzehnte an leitender Stelle in der deutschen Notenbank tätig. Von 1960 bis 1973 als Präsident der Landeszentralbank in Schleswig-Holstein und Mitglied des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank. Er hat sich um das Kreditwesen in Schleswig-Holstein und um den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes nach dem Kriege größte Verdienste erworben. Mit unermüdlicher Energie und hohem Pflichtgefühl stellte er seine ganze Schaffenskraft selbstlos in den Dienst der ihm übertragenen öffentlichen Aufgaben. Sein Rat und seine Meinung galten viel. In seiner kraftvollen Persönlichkeit verbanden sich Autorität mit menschlicher Anteilnahme und Liebe zu seiner Heimat Schleswig-Holstein.

Das Wirken Otto Kählers wird uns Vorbild und Verpflichtung bleiben; wir werden ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Landeszentralbank in Schleswig-Holstein
Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank

Der Vorstand

Der Personalrat

Geschichte à la Orwell

rst. – Die „Sozialistische Akademie der CSSR“, *eine Institution*, die von der Partei die „ehrenhafte Aufgabe“ erhielt, bis in das letzte Dorf die „leuchtende Fackel“ der Lehre des Sozialismus und Kommunismus zu tragen, hat an ihre Bezirksorganisationen ein vertrauliches Rundschreiben verschickt, in dem sie ihre Lektoren und Dozenten ermahnt, sich stärker auf die fünfziger Jahre zu konzentrieren.

Die „vertrauliche Anweisung“ bedeutet allerdings nicht, daß künftig die Verbrechen der Stalin-Ära, als 100 000 Tschechen und Slowaken aus politischen Gründen in Gefängnissen und Arbeitslagern saßen, behandelt werden sollen. Im Gegenteil: *In dem Brief wird ausdrücklich* betont, daß bisher das „Bild der fünfziger Jahre“ von der „Reaktion“ verzerrt wurde; vor allem in den „Krisenmonaten“ des „Prager Frühlings“ 1968 seien nur die Fehler dieser Ära hervorgehoben und viele Feinde des Sozialismus sogar rehabilitiert worden.

Das soll jetzt anders werden. Man soll von den großen Erfolgen des sozialistischen Aufbaus Loblieder singen, von der Kollektivierung der Landwirtschaft etwa (ohne zu erwähnen, daß dabei Tausende von ihren Höfen verjagt wurden). So will man der „verräterischen Emigration“, die noch immer behauptet, daß die Partei „Verbrechen“ an eigenen Parteigenossen begangen habe, einen „politischen vernichtenden Schlag versetzen“.

Auf eine Frage wird im vertraulichen Rundschreiben aus Prag allerdings keine Antwort gegeben. Was tun, wenn jemand etwas über die damaligen Verdienste des gegenwärtigen Staats- und Parteichefs Gustav Husak wissen möchte? Soll man ihm antworten, daß er damals, *als entlarvter Parteifeind zu lebens*langer Haft verurteilt, zwölf Jahre lang den Sozialismus im Gefängnis „aufbauen“ half?

Pantomimen siegen in der Beschränkung – Das 8. Gauklerfestival in Köln

Hinab in den eigenen Körper

Bilder von faszinierender Rätselhaftigkeit: Ein Mann tritt auf die Bühne, steht zum monotonen Schlag einer Glocke minutenlang still, wird von Lichtkegeln durch den Raum gejagt, wälzt sich auf dem Boden, bestäubt sich mit Mehl. Szenenwechsel: Vier maskierte Gestalten, halbnackt und kalkweiß geschminkt, beginnen zögernd, sich ruckartig, wie von Motoren getrieben, zu bewegen. Zunächst asynchron, passen sie sich mehr und mehr einander an, bis schließlich ein immer gleicher Rhythmus herrscht. Letztes Bild: Ein Mann hängt, mit dem Kopf nach unten, an einem rot *angestrahlten* Segel vor einem stahlblauen Hintergrund. Während er sich, fast unmerklich, dreht, bewegen sich vier andere, die seitlich von ihm stehen, in einem quälend langsamen Takt. Allmählich versinkt dieses alptraumhafte Bild ins Dunkel.

Den totalen Bruch mit dem traditionellen Tanztheater hat sich die japanische Gruppe „Sankai Juku“ auf ihr Banner geschrieben. Mit ihrer Choreographie wollen die fünf Männer „in den eigenen Körper hinabsteigen und zu den Wurzeln der Existenz vordringen“. „Kinkan Shonen“ heißt ihre Vorstellung: der Traum eines kahlgeschorenen Knaben vom Ursprung des Lebens und des Todes.

„Sankai Juku“ gehörte zum Exotischsten, was Milan Sladek zum mittlerweile achten Gauklerfestival nach Köln eingeladen hatte. Zehn Tage lang konnten die Freunde des Pantomimentheaters – vorwiegend junge Leute – aus einem reichhaltigen Angebot wählen. Sechzehn Gruppen oder Solisten aus aller Welt zeigten eine Palette des Pantomimischen, die vom Althergebrachten bis zum Modernsten reichte. Milan Sladek selbst war mit Produktionen der letzten Jahre aus seinem Kölner „Theater Kefka“ vertreten.

Dem Futurismus der Japaner stand am anderen Ende der Angebotsskala die italienische Truppe „I Carrara“ gegenüber. In ihrer Vorstellung „Ein Landhäuschen unter frischem Laub“ entfachten sie ein komödiantisches Feuerwerk mit unbändiger Spielfreude, Witz und Turbulenz. In dieser klassischen „commedia dell'arte“ intrigierten Arlecchino, die schöne Olivetta (Colombina) und der Dottore gegen den tatterigen Pantalone (den derb, obszön und verschlagen die phantastische Argia Laurini-Carrara verkörperte). Der bramarbasierende Capitano polterte genauso über die Szene wie Tartaglia, der Stotterer – kurz, das gesamte Figuren- und Gag-Arsenal der Stegreifkomödie sorgte für einen glanzvollen Schlußpunkt bei diesem Gauklerfest.

So heiter war es durchaus nicht immer zugegangen. Während das *französische „Temps Fort Théatre“* mit seinen „Knochenspielen“ abstrakte Ideen mimisch zu bewältigen suchte und damit eindeutig die Gren*zen des Genres zeigte, hatten sich* der Schweizer Pierre Byland und seine holländische Partnerin Mareike Schnitker in einer Liste von Banal-*Platitüden* verheddert. In ihrer Show „Confusion“ boten sie ein Sammelsurium von Etüden für Schauspiel-Eleven (Begrüßungs- und Verhaltensrituale, Gehen, Laufen, Fallen), das sie zwar pointensicher anzulegen wußten; was aber zwanzig Minuten lang recht amüsant hätte sein können, wirkte, auf neunzig ausgedehnt, nur noch ermüdend. Das gilt leider auch für die Maskenszenen, an denen Byland mit seiner Partnerin immerhin schon seit Mitte der siebziger Jahre arbeitet.

Auch der mit Spannung erwartete Maximilien Decroux, einer der Veteranen der Pantomime, wurde seinem Ruf nicht gerecht und enttäuschte sehr. Was in einem Sketch wie „Der Dirigent“ *stecken kann, der ihm* – wie alle anderen auch – völlig aus dem Ruder lief, zeigte ein paar Abende später Cor van Geffen. Der 30jährige *Holländer* war kurzfristig eingesprungen, weil die tschechische Gruppe „Cvoci“ nicht ausreisen durfte. Van Geffen spielte den „Dirigenten“ und die gelangweilten Orchestermusiker präzis und umwerfend komisch. Die Musik hatte es ihm angetan; *so erzählt er in „Mimestrument“* von einer Gitarre, die ein „Kind“ bekommt, und einer Geige, die plötzlich in der Luft festgewachsen scheint: ein verhinderter Virtuose, der mit den Tücken der musikalischen Objekte zu kämpfen hat.

Eine umjubelte Vorstellung gab der Franzose Yves Lebreton. Er nannte sie nach seinem Hund „Bof“. Der trat ebenfalls auf, griff allerdings nicht nennenswert ins Geschehen ein, sondern setzte seinen Schlaf auf der Bühne fort. Nur beim Klang einer posaunengeblasenen Marseillaise *heulte er schauerlich auf – einer der* wenigen politischen Beiträge bei diesem Festival.

Lebreton trat, gekleidet wie ein *Landstreicher, als erster (oder letzter?)* Mensch in einer apokalyptischen Landschaft auf und stellte innerhalb von 45 Minuten die Entwicklungsgeschichte der *Menschheit dar:* Vom homo faber mit seiner Entdeckung und Nutzbarmachung physikalischer Naturgesetze über den homo burocraticus bis hin zum staatsmännischen Popanz, der in seiner aufgeblähten Wichtigkeit nur noch mit roboterhaften Bewegungen für nichtssagende Repräsentationsaufgaben zu gebrauchen ist. In einem Hagel von Bomben und Gewehrsalven geht der Strohpuppe schließlich die Luft aus, und aus dem Kokon des Smokings schlüpft – wieder im Habitus des Landstreichers – der Mensch hervor, der den ganzen unheilvollen Kreislauf in Gang gesetzt hat. Lebreton vermischt meisterhaft die Mittel des Zirkusclowns und des absurden *Theaters zu einer ebenso witzigen* wie nachdenklich stimmenden Pantomime.

Wer sich zu nächtlicher Stunde „In the Footsteps of Frankenstein“ einen



Vom Homo faber zur Strohpuppe: Yves Lebreton in seiner Vorstellung „Bof“ beim 8. Internationalen Gauklerfestival in Köln
FOTO: MAURIZIO BUSCARIONO

gruseligen Abend erhoffte, sah sich enttäuscht. Justin Case und Peter Weir boten als „The 2 Reel Company“ einen „comedy sketch“ typisch britischer *Provenienz, dessen Witze zwar* brillant dargeboten wurden, doch wohl schon allzu viele Jahre auf dem Buckel hatten. Zudem überdehnten sie die komödiantischen Möglichkeiten, die in dieser Persiflage steckten, und ein überaus läppischer, weil ganz und gar unpointierter Schluß schmälerte den Gesamteindruck der Vorstellung beträchtlich.

Den beiden Engländern sowie einigen anderen Künstlern muß man den Vorwurf machen, daß sie nicht das rechte Zeitgefühl hatten. Nur wenige Pantomimen, insbesondere wenn sie *eine zusammenhängende* Vorstellung und keine Soloszenen geben, sind abendfüllend. In der Beschränkung zeigt sich hier der Könner, der weder seine Möglichkeiten noch die Geduld des Publikums überstrapaziert (zumal bei den Spätvorstellungen, die oft bis weit nach Mitternacht dauerten). Nicht zuletzt deshalb war *der Abend mit Yves Lebreton einer* der erfolgreichsten, weil er ihn auf eine knappe Stunde reduzierte.

Milan Sladek kann jedenfalls zufrieden sein. Auch „Gaukler '83“ war wieder ein schöner Erfolg; kaum eine Vorstellung gab es, bei der nicht alle Plätze besetzt waren, ob in der Aula der Musikhochschule oder in Sladeks eigenem, für diese Art von Darbietungen viel besser geeignetem „Theater Kefka“. „Wir Pantomimen sollten uns auf unseren Lorbeeren nicht ausruhen, sondern sie immer wieder aufs neue als Ansporn betrachten, dieser Kunst *einen festeren* Platz zu verschaffen“, stand im Programmheft zu lesen. „Gaukler '83“ hat seinen Anteil dazu beigetragen.

RAINER NOLDEN

Berlin zeigt „Neue Malerei in Deutschland“

Bananen für Rotkäppchen

Der Tabak-Riese Philip Morris, der sich überdies in Berlin als größter ausländischer Investor versteht, ist mit seinen „Dimension“ genannten Kunstkonkurrenzen längst im vordersten Feld der Förderer junger *zeitgenössischer Kunst in Deutsch*land. Von Mal zu Mal ist die Zahl der Einsendungen beängstigend gestiegen. Diesmal mußte sich die Fachjury mit 6000 Diapositiven von mehr als 2000 Künstlern herumschlagen, um endlich das Supermarktangebot auf ein gutes Ausstellungshundert von 32 Künstlern einzudampfen.

Weil das Motto „Nachkonzeptionelle Malerei“, das so etwas wie „eine von Konventionen freie, neue und spontane Kunst“ meinen sollte, so schön schwammig war, fühlten sich rundum die verschiedensten Malenden bis hin zu den Rotkäppchenpinselern angesprochen. Aber ausgerechnet jene, denen mit diesem Zaunpfahl so herzlich zugewunken wurde, die sogenannten Wilden zwischen Köln und Berlin, verweigerten sich fast total. Sie dachten gar nicht daran, ihr blitzblank gescheuertes Prestige in einem Wettbewerb zu demolieren, der neben drei Preisen als Trostpflaster nur die Beteiligung an einer Ausstellung versprach – die können die „Wilden“ auf der Flugachse Mailand–Paris–London–New York jeden Tag haben. Die Batterien wilder Epigonen, die ihre Dias einschickten, müssen enorm gewesen sein. Zu sehen ist davon jetzt wenig. Die Jury hat ihren *Sandkasten emsig durchgesiebt.* Das Gesamtniveau der „Dimensionen“ ist, zugegebenermaßen, gesunken. Und auch Jury-Kompromisse zeichnen ihre Spuren.

Das „Neue“, „Unbekannte“, „Richtungsweisende“ wollten die Damen und Herren präsentieren. Aber es ist mitunter wohl doch recht schwer, wirklich neu und dann auch noch richtungsweisend zu sein. Und das Neue kommt durchaus nicht immer von Unbekannten. Zwei Phänomene in dieser Schau: Laszlo Lakner, der von seiner Faksimile-Malerei zu persönlicheren, freieren Lösungen vordringt. Und die letzten Bilder, die Günter Fruhtrunk (Jahrgang 1923) vor seinem jähen Tod malte: Das frappierende Eindringen farblicher *Spontaneität in die geometrischen* Ordnungen.

Der Berliner ter Hell bekam den einen der beiden ersten Preise: Er ragt hier vor allem durch eine bemerkenswerte Synthese seiner stets überinterpretierten Graffiti-Bilder und posttachistischen Musterungen heraus. Aber: neu? richtungsweisend? unbekannt schon gar nicht. Ganz und gar gegensätzlich Joachim F. Kettel (zweiter Preis) mit großen einprägsamen Bildern fast niedlicher Haus-, Weg- und Pyramidenzeichen.

Der andere Erstpreis ging an Sigrun Jakubaschke, die Wände ganzer Räume mit malerischem Furor angeht – hier sieht man eine faszinieren*de riesige Environmentsituation*, die mit bedrängender Atmosphäre die Malutensilien magisch einbezieht. Die Vorliebe der Juroren für aktionistische Malerei liegt auf der Hand – darunter Platitüden wie die Riesenchiquitas, feministisch wehleidige Symbol-Phälle von Natascha Fiala; die an Händen und Beinen gefesselte Künstlerin hat sie während ihrer Performances regelrecht „mit dem Munde gemalt“.

Die Grenzen des Genres sind diffus. Man könnte, konventionell und unspontan, von „Vielfalt“ sprechen. Im Auf und Ab des qualitativen Geländes liegt aber das „Kuddelmuddel“ auf der Zunge. Vielleicht nicht mal das schlechteste bei einem Wettbewerb mit so viel Kompromissen und Einschränkungen, dessen Ergebnis ja eingestandenermaßen nicht „repräsentativ“ für die derzeitige Mal-Situation ausgefallen ist. Das anzusehen, lohnt schon.

PETER HANS GÖPFERT

Bis 30. Okt.; München 14. Jan. 1984 bis 26. Febr.; Düsseldorf 18. Mai bis 17. Juni; Katalog, Prestel Verlag, 30 Mark

Mit malerischem Furor einen ersten Preis gewonnen: „Ohne Titel“ (1982), von Sigrun Jakubaschke, aus der Berliner Ausstellung FOTO: BINDER/THIELE

Jerry-Lewis-Film: „Immer auf die Kleinen“

Das Ende eines Komikers

Alles geht ihm schief. Jerry Lewis, der einst doch geniale Tolpatsch, Grimassenschneider, Radikal-Humorist und Meisenkönig, will Selbstmord üben. Als er in sein Hotelzimmer einzieht, führt er ein halbes Dutzend radikaler Mittel der Selbstvernichtung bei sich, Granaten, Bomben, Revolver, Gift und ein stabiles Seil. Die tödliche Übung mißlingt natürlich. Dumm-Jerry kneift sich bei seinen minutiösen Vorbereitungen des Suizid die empfindlichsten Teile seiner Männlichkeit ein. Er läßt von seinem Vorhaben, schreiend vor Schmerz, ab. Nur das Hotel, 30 Stockwerke hoch, fliegt erst in die Luft und versinkt dann in Schutt und Asche. Jerry überlebt.

Er geht zu einem Psychiater. Dem schildert er seinen vertrackten Le*benslauf. Er ist ein geborener Mei*senträger. Sein Vater schon war, ein klassischer Dirigent, ein Pechvogel. Er zertrümmerte, wenn er Beethovens schönstes Violinkonzert dirigierte, die Geige des Solisten. Jerry schlittert in die abstrus abstrakte Praxis dieses Seelendoktors. Ehe er dessen Couch erreicht, ist er mehrfach hingehauen, hat er das Mobiliar zersplittert. Wenn er in eine Roller-Disco geht, schnallt er sich aus Versehen Schlittschuhe unter. Der Tanzboden und das ganze laute Lokal gehen zu Bruch. Jerry, von der tödlichen Rechnung des Seelendoktors neuerlich dem Selbstmord nahe, will seinem Leben per Auto für immer ein Ende setzen. Auch das mißlingt auf ausführlich absurde Weise. Am Ende, wie könnte es anders sein, wird der behandelnde Psychiater selbst meschugge, gemäß der altbekannten Erkenntnis von Karl Kraus, daß die Psychoanalyse selber die Krankheit *sei, die sie zu heilen vorgibt.*

Lewis, inzwischen 57 Jahre alt, macht in seinem Film „Immer auf die Kleinen“ wieder alles selber. Das Drehbuch (falls da eins war) hat er ersonnen. Er führt Regie. Er spielt natürlich ausführlich und eigensinnig die Hauptrolle. Viel Neues ist ihm nicht eingefallen. Der Film wirkt wie eine billige Jerry-Lewis-TV-Show, in die der alternde Komiker alle alten, *oft gesehenen Tolpatsch-Wirkungen* aneinandergebastelt hat. Das meiste hat man, auch als Lewis-Fan, schon so oft (und soviel besser) gesehen.

Der arme Jerry stapft durch einen ziemlich moddrigen Unrat alter Gags und Pointen. Keine zündet. Der Quatsch wird nicht ähnlich virulent oder auf holde Weise absurd wie in früheren Filmen seiner abseitigen Meisterschaft. Ein blödsinniger Vesuv menschlichen Irrwitzes scheint erloschen. Der Film ist sehr traurig: Ein Komiker entleibt sich selber.

FRIEDRICH LUFT

Hamburg: H. W. Zimmermanns „Missa profana“

Zum Kyrie ein Dixieland

Nach der Uraufführung, 1981 in den USA, und nach Wiederholungen in Manila fiel die europäische Erstaufführung der „Missa profana“ des Frankfurter Komponisten Heinz Werner Zimmermann Hamburg zu. Eine Veranstalter-Trias ermöglichte sie: der NDR, die Hamburger Kulturbehörde und ein hanseatisches Kirchenmusik-Gremium.

Vorweg hörte es sich an, als sei der evangelischen Kirchenmusik mit dem Werk für Soli, Chor, Sinfonieorchester und Jazzband fast eine neue Hohe Messe erstanden. Der Komponist tönte im Programmheft als PR-Mann in eigener Sache: „Hier findet also nicht nur ein musikalischer Dialog mit den Kirchenvätern, sondern auch mit der Musikgeschichte statt.“

So kann man es allerdings auch nennen, wenn das „Miserere nobis“ im Gloria klingt, als seien spätromantische Orchesterklänge mit modischen Soundtrack-Effekten gedopt. Achttaktig ausgestanzte Chor-Tutti-Blöcke marschieren mit Sing-out-Aplomb auf markige Dur-Schlüsse los. Das Credo lehnt sich ausführlich *an das aus Bachs h-Moll-Messe an*, und Bachs Substanz ist es, die den Glaubenssatz trägt. Der Rest des Werkes ist substantiell dürftig, die Orchesterbehandlung, vor allem in gehäuften Streicher-Tremoli, simpel.

In dem pseudo-modernen Stilgemisch bürsten *Dixieland-Klänge* das Kyrie und das Agnus Dei profan verfremdend gegen den Strich und „versinnbildlichen einen gedankenlosen Lebensstil“. Damit wird eine gewisse Jazz-Spielart als Musik der leeren Köpfe denunziert. Das hinderte Hamburger Hörer nicht, bei den Soli der NDR-Bigband-Bläser genießerisch zu schmunzeln und mit dem Fuß zu wippen. Im Schlußsatz denkt sich der Komponist Elektronisches und Sirenengeheul reißerisch „wie von einer Atomwolke überschattet“.

Den grell-konkreten Klängen sind die Dur-Klänge des „Dona nobis pacem“ breit und kitschträchtig anmontiert, und das geht, schopenhauerisch gesprochen, über ruchlosen Optimismus hinaus. Mit dem hochlagig pianissimo verhauchenden Streicher-Sound des „Amen“ fühlte man sich wie am Schluß eines billigen Films für dumm verkauft.

Es wäre abwegig, einen Vergleich zwischen Heinz Werner Zimmermanns Messe und *großer geistlicher* Musik des 20. Jahrhunderts, etwa Strawinskys Messe, zu ziehen. Die deutsche evangelische Kirchenmusik wird weiter auf Neuoffenbarungen der lateinischen Messe warten müssen. In der Hamburger Musikhalle dirigierte Ernst-Ulrich von Kameke (der schon in Manila die Leitung hatte), gut vertraut mit der Partitur, seinen verstärkten Hamburger Bachchor, das NDR-Sinfonieorchester samt Bigband-Kollegen sowie ein Solistenquartett junger Stimmen. Die Zustimmung des kirchenmusikalisch wohlwollenden Publikums überwog die wenigen mutigen Buhrufe.

GEORG BORCHARDT

Bonn: Saisoneröffnung an der Oper mit „Fidelio“

Florestan, der Tanzbär

Beethovens „Fidelio“ ist die einzige Oper des gängigen Repertoires, die uns direkt betrifft. „Don Giovanni“ oder „Lohengrin“ sind wirklich als Mythos, die Staatsgefängnisse des „Fidelio“ mit ihren Opfern politischer Willkürherrschaft sind Wirklichkeit in mehr als der Hälfte der Staaten dieser Erde. Der Text dieser Oper, vor allem in den Dialo*gen, tut wenig, uns diese schreckli*che Wirklichkeit nahezubringen. Er ist *ridikül*. Er ist imstande, dieses große Stück unmöglich zu machen. Versuche, ihn zu ersetzen, hat es immer wieder gegeben – schon Wieland Wagner unternahm dies in den frühen fünfziger Jahren in Stuttgart.

Auch der Regisseur Nikolaus Lehnhoff versucht dies bei seinem neuen „Fidelio“ in Bonn, zugleich die *Eröffnung der Spielzeit* wie des Beethovenfestes markierend. Lehnhoff greift zurück auf jene Litaneien, die ihm Hans Magnus Enzensberger vor fast zehn Jahren für eine Produktion in Bremen geschrieben hat. Bei äußerster und genialer Verkürzung des Dialogs setzt es vor jedem der vier Bilder einen bemühten, höchst überflüssigen Kommentar über Sein und Schein in der Oper.

Das Publikum *nimmt* ihn ungnädig auf. Es übertönt mit seinen Zwischenrufen die Sprecherin (Ingrid Schaller). Es veranstaltet tumultuösen Lärm. *Die Aufführung* gerät an den Rand des Skandals.

Der bricht im Schlußbild dann los. Lehnhoff läßt die Frauen als Kommunionsengelchen auftreten und den Minister als verkitschten Jesus Christus, den Palmwedel in der rechten, eine weiße Taube auf der linken Hand. Blauer Himmel mit weißen Wölkchen wölbt sich über der Gefängnis-Tristesse. Mitgespielt haben diesen Streich Erich Wonder, der Bühnenbildner, und Frieda Parmeggiani, die Kostümzeichnerin.

Der Sinn ist klar und so ganz verwerflich nicht, auch wenn er gegen Beethovens Musik steht. Der Schluß, in dem das Gute siegt und das Böse unterliegt, soll als Utopie gebrandmarkt werden. *Tatsächlich ist dieser* Schluß Utopie geblieben bis auf den heutigen Tag. Und Beethoven hat in Wirklichkeit auch eine Utopie komponiert wie in all seinen Werken, die aus der Nacht ins Licht schreiten.

Verwerflich aber ist das Mittel, dieser Stil der Darstellung, die jene Utopie der Lächerlichkeit preisgibt. Lehnhoff und Wonder lachen Beethoven aus: Er lasse einfältigen Kinderglauben singen, der *nicht* mehr wert sei als schlimmer Religionskitsch. Das ist infam.

Dabei hatte Lehnhoff die ersten drei Bilder des Werkes zutreffend gestaltet. Moderne Zeitlosigkeit, gedrückte Knastatmosphäre, in Roccos Heim die Flucht in die kleinbürgerliche Idylle: Da gibt es gute, richtige, bewegende Momente, die eine „Fidelio“-Aufführung zu tragen fähig sind. Freilich auch ein paar Ungeschicklichkeiten wie etwa den wie einen *Tanzbär angebundenen Florestan*, die einem so bildbewußten Regisseur, der Lehnhoff ja ist, nicht unterlaufen sollten.

Bonns Opernchef Riber hat für diesen „Fidelio“ eine Traumbesetzung zusammengetrommelt. Hildegard Behrens ist die Leonore. Sie singt und spielt diesen Part mit einer an die Nerven gehenden Intensität. Sie lebt und leidet die Rolle. Ihr Gesang *geht auf in Gestaltung*. Der ebenmäßige Schöngesang ist ihre Sache heute nicht mehr. Mit ausschließlich vokalen Mitteln, was die eigentliche Opernkunst wäre, richtet sie wenig aus.

Ganz anders ist dagegen René Kollo, der Florestan, ins dramatische Fach gewachsen. Die Stimme ist langsam schwerer geworden und hat so nichts von ihrem Glanz verloren. Der Sommerurlaub, *den sich Kollo* als einer der ganz wenigen Sänger geleistet hat, mag zusätzlich nachwirken: Kollos Florestan klingt macht*voll auf erschütternde Art, selbst* noch in den gefürchteten Höhen des „himmlischen Reichs“. Dräuend böse singt Guillermo Sarabia den Pizarro, und zu einem Schurken gehört wohl auch der ruppige Umgang mit der eigenen Stimme. Karl Ridderbusch ist der Rocco: Faszinierendes Portrait eines wachsamen Henkersknechtes wider Willen, ganz frei von einfältigem Mitläufertum. Marie McLaughlin macht aus der Marzelline eine couragierte Figur, ihre Arie dabei so gepflegt wie fest im Ton vortragend. Und Wilfried Gahmlich *ist ein Jacquino von sehr beachtli*chen lyrischen Tenorqualitäten. Nur Erich Fiala, der Minister, kann in dieser Solistenequipe nicht mithalten.

Peter Schneider, der Dirigent des vorzüglich disponierten Orchesters der Beethovenhalle, setzt auf Tempo, auf Feuer. Darüber kommt einiges zu kurz, gerät anderes aus dem Tritt. Beethovens Musik kann nicht freisprechen, ihren unverwechselbaren Ton nicht finden. Das Mißtrauen gegenüber dem Komponisten, auf der Bühne vorexerziert, setzt sich im Or*chestergraben fort. Das ist* bezeichnend.

REINHARD BEUTH

KULTURNOTIZEN

An Thomas Ring erinnert die Galerie Pfalzkappel in Bad Wimpfen mit einer Gedächtnisausstellung für den im August gestorbenen Künstler und Autor.

Zum 1. Niederländisch-Deutschen Designertreffen laden die Fachver*bände beider Länder vom 30.* September bis 2. Oktober in das Kröller-Müller-Museum im grenznahen holländischen Otterlo ein.

„Der Hang zum Gesamtkunstwerk“, die von H. Szeemann inszenierte Ausstellung (s. WELT v. 14. 2. 83) ist bis 13. Nov. im Wiener Museum Moderner Kunst zu sehen.

Julius Berger (Jahrgang 1954) wurde zum Professor für Violoncello und *Kammermusik an die Musikhoch*schule Würzburg berufen. Berger ist damit einer der jüngsten Professoren in Deutschland.

JOURNAL

Steichen-Photographien für Folkwang-Museum

DW. Essen

65 Photographien von Edward Steichen erhält das Museum Folkwang in Essen als Schenkung aus dem Nachlaß des berühmten Photographen. Es ist eine Werkgruppe, die die unterschiedlichen Aspekte aus seinem Werk repräsentiert. Neben Essen werden außerdem noch je eine Sammlung in Frankreich, Israel und Japan sowie zwei Institute in Großbritannien bedacht. Die Schenkung wird in einem Katalog dokumentiert, der in einigen Wochen vorliegen soll. Nach der Eröffnung des Erweiterungsbaues des Folkwang-Museums am 28. Oktober wird ein Teil dieser Schenkung in die ständige Ausstellung integriert.

Moderne französische Kunst in Peking

AFP, Peking

Eine Ausstellung zeitgenössischer französischer Maler ist in der chinesischen Hauptstadt Peking eröffnet worden. Die Ausstellung, auf der 76 Werke gezeigt werden, wird gemeinsam von der Vereinigung französischer und chinesischer Künstler ausgerichtet. Sie geht auf eine Initiative der chinesischen Botschaft in Paris zurück. 500 Künstler und Kunstliebhaber nahmen an der Vernissage teil, wie die amtliche chinesische Nachrichtenagentur „Neues China“ berichtete. Die Ausstellung wird bis zum 23. September in Peking gezeigt und geht anschließend nach Kanton.

Ungarns Universitäten sind überfüllt

rst. **Budapest**

Die ungarischen Universitäten und Hochschulen sind überfüllt: Von den 34 500 zum Studium angemeldeten Abiturienten wurden lediglich 15 000 zum Hochschulstudium zugelassen. Die meisten Bewerbungen gingen bei den Philosophischen Fakultäten, den Fakultäten für Architektur und den Fakultäten für Elektroingenieure ein.

Berliner Maggini-Trio auf China-Tournee

DW. Berlin

Zu einer fünfwöchigen Konzert-Tournee reist das Maggini-Trio Berlin – bestehend aus Lothar Broddack, Klavier, Hellmut Stern, Violine, und Markus Nyikos, Violoncello – nach China. Es ist das einzige Musiker-Ensemble der Bundesrepublik Deutschland, das im Jahr 1983 die Volksrepublik China besucht. Vorgesehen sind Konzerte in Peking, Tianjin, Shanghai, Harbin (wo Hellmut Stern von 1938 bis 1949 in der Emigration lebte) sowie in Guangzhou (Kanton), Chengdu, Chongqing und Wuhan.

Amerikanische Malerei im 18. und 19. Jahrhundert

DW. Boston

Meisterwerke der amerikanischen Malerei aus den Jahren 1760 bis 1910 sind in der Ausstellung „A New World“ zu sehen, die im Museum of Fine Arts in Boston eröffnet wurde.



„Das Bad“ (1891) von Mary Cassatt FOTO: KATALOG

Es ist der erste Versuch, einen grundlegenden Überblick über die amerikanische Malerei im 18. und 19. Jahrhundert zu vermitteln. Die Ausstellung wird anschließend in Washington (6. 12.–12. 2.) und Paris (16. 3.–11. 6.) gezeigt.

Felix Bloch gestorben

Der Physiker Felix Bloch ist im Alter von 77 Jahren an einem Schlaganfall gestorben. Bloch hatte nach seinem Studium in Zürich 1928 in Leipzig bei Werner Heisenberg promoviert, dessen Assistent er anschließend war. 1934 verließ Bloch Deutschland und übernahm 1936 *den Lehrstuhl für theoretische Phy*sik an der Stanford Universität, den er bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1971 innehatte. Von 1954 bis 1955 war er gleichzeitig Direktor beim Europäischen Rat für kernphysikalische Forschung in Genf. Bloch, der die amerikanische Staatsbürgerschaft erwarb, wurde 1941 auch zur Mitarbeit beim Projekt zum Bau der ersten Atombombe herangezogen. Den Nobelpreis für Physik erhielt er 1952 zusammen mit Edward Mills Purcell für die Entwicklung verfeinerter und zugleich sehr einfacher Methoden zur Messung magnetischer Kraftfelder in Atomkernen.

D. T.

Den Staatsanwalt sah die „Sphinx von Aachen" nicht

WILM HERLYN, Aachen

Die Dame hat's in sich und an sich: grünäugig, vollbusig, schwarzhaarig. So, wie man sich eben eine Wahrsagerin vorstellt. Und sie will es wirklich haben, das legendenumwobene „zweite Gesicht". Damit hat die „Sphinx von Aachen", die 43jährige Elisabeth Kroll, nach eigenen Erzählungen schon erstaunliche Dinge vollbracht. Wenn sie erzählt, sie habe mit Curd Jürgens gesprochen oder mit Romy Schneider, mit dem Pionier der Psychoanalyse, Sigmund Freud, gar, dann tut sie, als sei das ganz selbstverständlich. Aufgeregt wird sie nur, wenn sie auf ihre Widersacher zu sprechen kommt – und die sind inzwischen zahlreich.

Berufung auf Sigmund Freud

Es sind nicht nur verärgerte Kunden, die sich durch jenen bezahlten Hokuspokus genarrt fühlen, sondern auch Polizei und Staatsanwaltschaft. Denn es liegen Betrugsanzeigen vor, und der Aachener Oberstaatsanwalt Herbert Klein führt Ermittlungen wegen des Verstoßes gegen das Heilpraktikergesetz. Die Okkultistin soll nämlich einer Kundin medizinische Ratschläge gegeben und Medikamente empfohlen haben.

Elisabeth Kroll ist über das „Kesseltreiben und über den Rufmord" empört: „Man will mich vernichten. Aber ich mache weiter. Dazu haben mich die Jenseitigen beauftragt. Ich bin ein Medium und habe das zweite Gesicht." Nicht nur das – Sigmund Freud habe ihr sogar erzählt, sie sei die Wiedergeburt der um die Jahrhundertwende verstorbenen Isabella von Spanien.

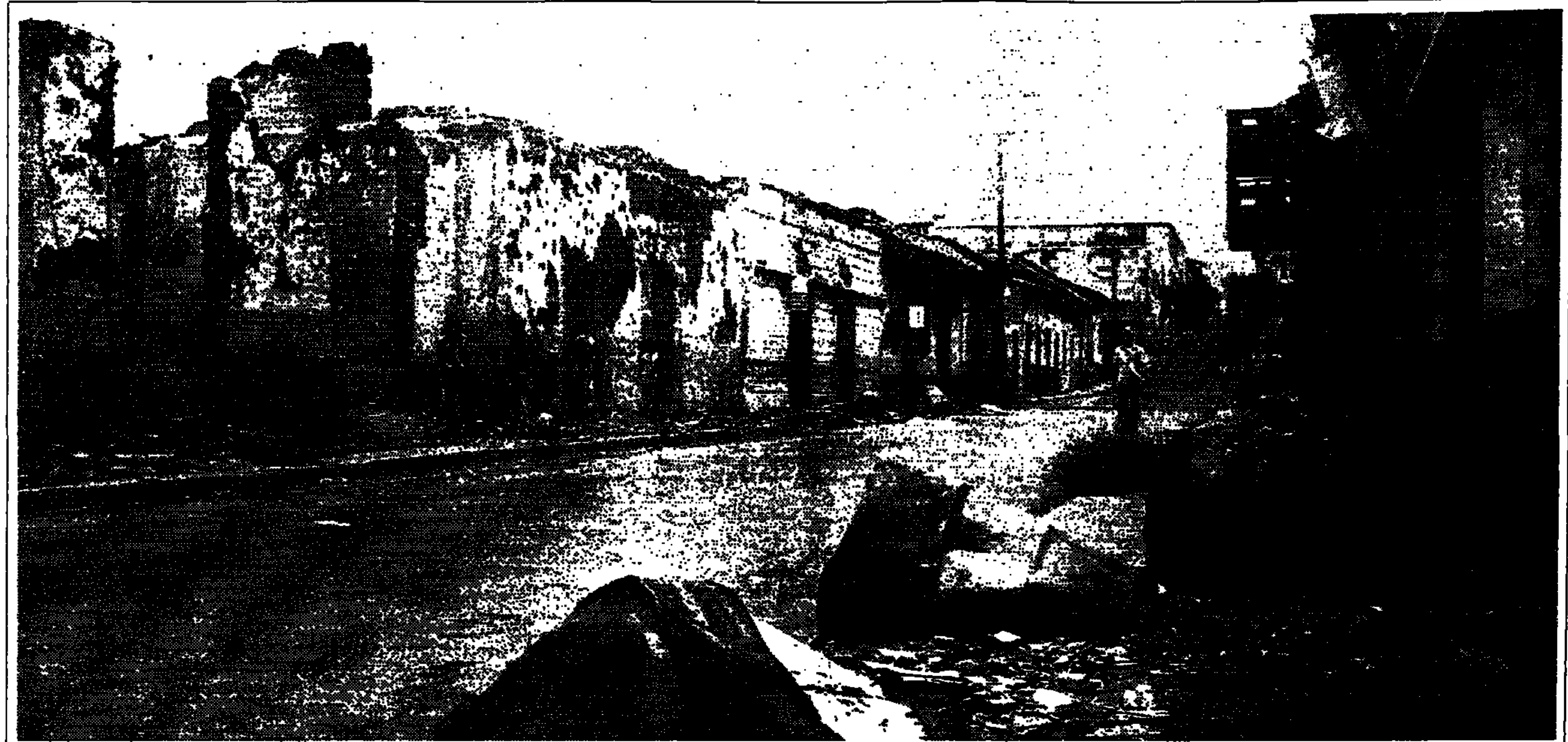
Ein Teilnehmer ihrer vorerst letzten Séance in der vergangenen Woche, Peter W. Graf, wundert sich noch jetzt: „Sie reichte einen Kassettenrecorder zur Begutachtung herum und ein leeres Band. Seltsam, daß die Stimmen der verblichenen Jenseitigen erst durch solche diesseitige Technik hörbar werden sollen." Gerufen werden sollte der Großvater eines Anwesenden. Beschwörungsformel und Anrede diktierte sie ohne Unterbrechung auf das Band: „Ich rufe die Jenseitigen! Wir leben im hellen Lichte Gottes. Hier ist Elisabeth Kroll. Ich hoffe auf klare Meldung. Sprecht euch ab, redet nicht durcheinander! Ich brauche Informationen über Dr. Jost Dahmen. Lieber Jost Dahmen, woran bist du gestorben?"

Aber offensichtlich beachteten die Jenseitigen die Befehle der Seherin von Aachen nicht. Denn nach Rückspielen des Tonbandes ist zwar die Stimme von Elisabeth Kroll deutlich zu hören – was Wunder? –, doch die Toten melden sich nicht. Oder?

Rauschen aus dem „Jenseits"

Da – ein Krächzen, Gegrummele, rauschige Töne. Verständlich ist das nur für die Okkultistin. Sie übersetzt: „Lunge" – aha, ist der Tote an der Lunge gestorben? Dann erlauscht sie „Sauwetter". Ihre Deutung: „Dr. Dahmen ist bei schlechtem Wetter gestorben oder beerdigt." Ein Reporter vom Rundfunk packte damals seufzend sein Gerät zusammen und erklärte der Dame: „Ich werde nichts senden." Denn für ihn waren die Stimmen der Toten nichts anderes als „Laufgeräusche des Bandes".

Um die 200 Mark zahlten Kunden für ihre Zukunfts-Dienste, aber „in Sozialfällen helfe ich auch gratis oder für weniger Geld." Nur 160mal habe sie bisher Kontakt mit dem Jenseits aufgenommen. Der Aachener Staatsanwaltschaft aber liegen Anhaltspunkte vor, daß sie vierteljährlich „Hunderte von Kunden abkassiert". Daß ihre Vorhersagen nicht so exakt eintreffen, stört die Wahrsagerin kaum. Denn „auf Erden wird gelogen – und im Totenreich eben auch. Und ich bin dann das Opfer."



Erdbeben und Bürgerkrieg ließen von Nicaragua, wie hier in Leon, nicht viel Touristisches übrig. Dafür kommen die Polit-Touristen zuhauf. FOTO: SVEN SIMON

Die Revolution schickt ihre Freunde zum Baumwollpflücken

WERNER THOMAS, Managua

Der bärtige junge Mann entdeckt vor dem Intercontinental-Hotel drei deutschsprechende Journalisten und stellt sich vor. Er sei ein Lehrer aus Gelsenkirchen und wolle in seinem Urlaub einmal das „echte Nicaragua" kennenlernen. Er schimpft über die gelegentlich kritischen Sendungen seines Heimatfernsehens über die Revolution, von denen sich seine Schüler beeinflussen ließen, „bedauerlicherweise". Nach seiner Rückkehr will er dieses verzerrte Mattscheibenbild korrigieren.

Der Lehrer gehört zu einer Gruppe von Nicaragua-Besuchern, die ständig wächst: den Polittouristen. In Scharen strömen die Sympathisanten der Sandinisten aus aller Welt in dieses mittelamerikanische Land, darunter besonders viele Deutsche. Niemand vermag genaue Zahlen zu nennen, aber es sollen Tausende gewesen sein in den letzten Monaten. Viele kommen auf eigene Faust wie der Lehrer aus Gelsenkirchen. Die meisten werden jedoch von einem der zahlreichen Solidaritätskomitees in der Bundesrepublik Deutschland oder von der nicaraguanischen Botschaft in Bonn betreut und vermittelt.

Im August weilte aber auch viel deutsche Prominenz in Managua: der grüne General Bastian, die Theologin Dorothee Sölle, der Schriftsteller Günter Wallraff, der Juso-Vorsitzende Rudolf Hartung. Gabriele Gottwald, Bastians Fraktionskollegin im Bundestag, studierte gar fünf Wochen lang die Revolution.

Die „normalen" Besucher, die das ganze Jahr über auftauchen, sind vorwiegend weniger bekannte Vertreter der linken Szene, die gewöhnlich einen Monat bleiben, bis ihr Visum abläuft. Die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung ist mit einem Zwangsumtausch von 200 Dollar verbunden. Eine horrende Summe im Vergleich zu dem billigen Leben, das Nicaragua bietet. Der offizielle Kurs der Landeswährung Cordoba zum Dollar liegt bei 10:1. Schwarzmarkthändler zahlen jedoch das Acht- oder Neunfache. So kostet das beste Steak im populären Restaurant „Los Ranchos" weniger als zwei Dollar. Kaum ein „internacionalista" (Internationalist) tauscht sein Geld regulär, was die chronischen Devisenprobleme der Sandinisten noch verstärkt.

Die von den Solidaritätskomitees vermittelten Pilger besteigen meist die Aeroflot-Maschinen – „Aeroschrott" im Jargon dieser Passagiere genannt – in Ost-Berlin und erreichen via Havana Managua. In Managua wohnen sie in Gästehäusern der Regierung. Lokale Betreuungsstelle ist meist das Kulturministerium Ernesto Cardenals.

Ernesto Cardenal, in der Comandante-Hierarchie ein unbedeutender Mann, wird von den Polittouristen als Kultfigur verehrt. Der Priester und Poet, der vor zwei Jahren den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt, haßt die Amerikaner und die kapitalistische Welt und bekennt sich zum Marxismus. Er trägt einen Bart, Bluejeans und Baskenmütze.

Die Sandinisten wollen die Gastfreundschaft nicht umsonst gewähren. Die „Internationalisten" sollen sich nützlich machen. Viele werden zu Ernteeinsätzen auf die Felder geschickt. Wer Pech hat, muß Baumwolle pflücken, eine besonders anstrengende Arbeit. Das sandinistische Sprachrohr „Barricada" zeigte vor wenigen Monaten „alemanes internacionalistas", vorwiegend blond, die in der Stadt Parkbänke strichen – und die Bevölkerung schaute zu.

Aber auch sonst bietet das Leben in Nicaragua wenig Touristisches. Managua ist ein häßliches Pflaster. Die Ruinen des Erdbebens von Ende 1972 und die Schäden durch den Bürgerkrieg prägen noch immer das Zentrum. Das gesellschaftliche Leben konzentriert sich auf ein Gebäude, die „Intercontinental"-Pyramide, in der einst der amerikanische Milliardär Howard Hughes wohnte. Klapprige Taxis und hoffnungslos überfüllte Busse rollen durch die Straßen, über denen Transparente hängen wie „Alle Waffen dem Volk". Es wimmelt von Waffen- und Uniformträgern. Dafür aber gehen den Restaurants regelmäßig Fleisch und Kartoffeln aus.

(SAD)

Der Verzicht für 13 Millionen spaltete den Stadtrat von Seveso

Außergerichtliche Einigung mit Hoffmann-La Roche / Schlußstrich unter der Katastrophe

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Nach mehr als siebenjährigen Verhandlungen haben sich die Gemeinde Seveso und der multinationale Hoffmann-La-Roche-Konzern geeinigt, finanziell einen Schlußstrich unter die Umweltkatastrophe zu ziehen, die am 10. Juli 1976 den norditalienischen Ort nahe Mailand getroffen hatte. Der Gemeinderat beschloß, ein Entschädigungsangebot des Konzerns in Höhe von 13 Millionen Schweizer Franken zu akzeptieren. Er ermächtigte Bürgermeister Cassina, eine entsprechende Vereinbarung mit den Hoffmann-La-Roche-Vertretern zu unterzeichnen. Die Abmachung soll in den nächsten Tagen in Lausanne perfekt gemacht werden. Seveso verzichtet dafür auf jede weitere zivil- und strafrechtliche Aktion. Es scheidet als Nebenkläger aus dem im April eröffneten Strafprozeß gegen die mutmaßlichen Verantwortlichen der Katastrophe aus.

Der Gemeinderatsbeschluß wurde mit 16 gegen zwölf Stimmen gefaßt. Er führte zur Spaltung der Mitte-Links-Mehrheit, die den Rat beherrscht. Dafür stimmten nur drei der fünf Parteien, aus denen sich diese Mehrheit zusammensetzt: die Christdemokraten, die Sozialisten und die Liberalen. Die anderen beiden Parteien (Sozialdemokraten und Republikaner) stimmten zusammen mit den Kommunisten und den Demoproletariern gegen die Abmachung, da ihrer Meinung nach die Entschädigungszahlung zu niedrig ist.

Der laufende Strafprozeß wird von der Abmachung nur insofern berührt, als Seveso jetzt aus dem großen Kreis der Nebenkläger ausscheidet. Der Prozeß soll Ende dieser Woche wiederaufgenommen werden. In ihm sind fünf leitende Hoffmann-La-Roche-Angestellte angeklagt, durch Fahrlässigkeit diese bisher größte Umweltkatastrophe verschuldet zu haben. Sie gelten als die Hauptverantwortlichen für das Unglück, das von dem zur Hoffmann-La-Roche-Tochter Givaudan gehörenden Icmesa von Seveso ausgegangen war.

In diesem Chemiewerk hatte eine unerwartete chemische Reaktion an einem arbeitsfreien Samstag Überdruck in einem Kessel erzeugt und ein Sicherheitsventil platzen lassen. Dabei wurde eine giftige Dioxin-Wolke frei, die über Seveso niederging. Das Gift tötete sofort kleinere Tiere und führte bei zahlreichen Menschen, vor allem bei Kindern, zu Hautverätzungen. Zwei dieser Kinder, die die Wolke voll erfaßte, wurden fürs ganze Leben im Gesicht gezeichnet.

Es erwies sich als notwendig, die von der Giftwolke am meisten betroffene Zone total zu räumen und in einem ebenso langwierigen wie kostspieligen Verfahren zu entgiften. 736 Menschen mußten aus ihren Wohnungen evakuiert werden. Kühe, Schweine und andere Tiere mußten notgeschlachtet, die landwirtschaftlichen Erträge der gesamten Zone vernichtet werden.

Den meisten Betroffenen hat der Hoffmann-La-Roche-Konzern schon längst eine Entschädigung gezahlt. Mit der Gemeinde Seveso hatte er sich jedoch bisher nicht einigen können. Zwischen deren Entschädigungsforderung und dem Angebot des Konzerns klaffte eine große Lükke. Jetzt endlich hat man sich bei 13 Millionen getroffen.

Für die Angeklagten des Seveso-Prozesses – zwei Schweizer, zwei Deutsche und ein Italiener – bedeutet diese Einigung allerdings keinerlei Verbesserung ihrer Prozeß-Situation. Die Anklage gegen sie bleibt voll bestehen. Sie lautet außer auf fahrlässiges Verschulden einer Katastrophe auf Körperverletzung und Unterlassung von Sicherheitsmaßnahmen zur Unfallverhütung.

Ratgeber verreißt die „bitteren Pillen"

Autorenteam überprüfte in Deutschland gängige Arzneien

GISELA REINERS, Bonn

Selbst dem sparsamen und skeptischen Verbraucher von Pillen und Pülverchen kann noch komisch werden, wenn er den „kritischen Ratgeber" mit dem Titel „Bittere Pillen – Nutzen und Risiken der Arzneimittel" durchblättert. Für knapp 30 Mark ist das 860 Seiten starke Paperback zu erhalten, das 2300 Medikamente auflistet und auf Sinn und Unsinn überprüft.

Selbst die Beurteilung gängiger Schnupfenmittel, Hustentropfen und Schlafpülverchen, die manchem schon aus der Hausapotheke der Großeltern bekannt sind, reicht von „wenig zweckmäßig" bis „abzuraten". Sogar beim guten alten Aspirin werden als Nebenwirkungen Magenbeschwerden und mögliche Asthmaanfälle genannt. Dennoch bekommt es unter den einfachen Schmerzmitteln das Prädikat „therapeutisch zweckmäßig", zusammen mit anderen Mitteln auf der Grundlage von Acetylsalicylsäure (ASS). Ein „abzuraten" steht jedoch hinter Mitteln wie Doppel-Spalt, Dolviran, Gelonida, Togal, Thomapyrin usw. Insgesamt werden nur 24,6 Prozent der Präparate als „therapeutisch zweckmäßig" eingestuft. Vor 44,1 Prozent dagegen wird ganz abgeraten.

Die Autoren Kurt Langbein, Hans-Peter Martin, Peter Sichrovsky und Hans Weiß – die zum Teil schon an dem Buch „Saubere Geschäfte" über Verkaufspraktiken der Pharmaindustrie mitgeschrieben haben – sagten gestern in Bonn bei der Vorstellung des Buches, es sei nicht ihre Absicht, Patienten so zu verunsichern, daß sie verschriebene Medikamente absetzten. Sie wollten nur eine Argumentationsgrundlage liefern für ein Gespräch zwischen Arzt und Patient, wenn es um Verschreibung und Einnahme von Arzneimitteln gehe. Die „Rote Liste", ein Arzneimittel-Verzeichnis, enthalte rund 9000 Medikamente; in Nachbarländern gebe es nur 1500 bis 5000 Arzneien.

Das Buch, an dem unabhängige Wissenschaftler gearbeitet haben, soll auch den Ärzten als Nachschlagewerk dienen, wünscht sich der Verlag. Denn ihnen sei es praktisch unmöglich, an Informationen zu kommen, die nicht von Pharmaherstellern geliefert würden. Bei der Bewertung der angeführten 2300 Mittel hätten Autoren und Mitarbeiter nur deutsche und englische Standardliteratur zu Rate gezogen – „wissenschaftliche Klimmzüge" seien nicht nötig gewesen.

Marianne Bachmeier bittet um Gnade

dpa, Hamburg

Die wegen Totschlags an dem mutmaßlichen Mörder ihrer Tochter zu sechs Jahren Freiheitsstrafe verurteilte Marianne Bachmeier bittet um Gnade. Ihre Anwälte beantragten gestern beim schleswig-holsteinischen Justizminister, „die Reststrafe im Gnadenwege zur Bewährung auszusetzen". Die Staatsanwaltschaft solle bis zu einer Entscheidung über das Gnadengesuch „davon absehen, Frau Bachmeier zum Strafantritt zu laden". Das in einem der aufsehenerregendsten Prozesse der Nachkriegszeit gefällte Urteil des Lübecker Landgerichts war rechtskräftig geworden, nachdem der Bundesgerichtshof in Berlin die Revision von Marianne Bachmeier am 30. August als „unbegründet" verworfen hatte. Die Lübecker Staatsanwaltschaft hatte daraufhin angekündigt, Marianne Bachmeier werde „in den nächsten Tagen oder Wochen eine Ladung zum Strafantritt erhalten". Marianne Bachmeier hätte nach einer Rechnung des Lübecker Gerichts vermutlich nur zwei Drittel ihrer sechsjährigen Haft verbüßen müssen, da sie nicht vorbestraft ist. Von diesen verbleibenden vier Jahren sind etwa eineinhalb durch die Untersuchungshaft abgegolten, so daß sie bei Zurückweisung ihres Gnadengesuchs noch für zweieinhalb Jahre ins Gefängnis müßte.

Rückgang bei Impfung

AP, München

Nur noch zehn Prozent der Mädchen im vorpubertären Alter lassen sich zum zweiten Mal gegen die Röteln impfen, obwohl die Krankheit bei einer späteren Schwangerschaft zu schweren Schädigungen eines überlebenden Kindes führen kann. Das erklärte Professor Helmut Stickl von der Technischen Universität München gestern zum Auftakt des Jahreskongresses der Deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde.

Transatlantik-Tunnel

SAD, New York

Einen „Kontinente-Tunnel", der Europa mit Amerika verbindet, erörtern Wissenschaftler und Techniker der amerikanischen Sloan School of Management und des Massachusetts Institute of Technologie. Frank Davidson und John Stuart Cox räumen ein, daß ein solcher Tunnel auf dem Atlantik-Boden „Milliarden Dollar" kosten würde. Die Technologie aber sei vorhanden.

Schneeketten-Premiere

AP, München

Die ersten Schneefälle haben gestern zu Behinderungen des Verkehrs im Gebirge geführt. Laut ADAC war die Großglockner-Hochalpenstraße nur noch mit Ketten befahrbar.

Schwachstellen-Suche

AFP, Washington

Angehörige der Marine-Infanterie sind an der Überprüfung der Sicherheitssysteme in den Kernkraftwerken der USA beteiligt. Ein Sprecher der für die Kontrolle der KKW zuständigen „Nuclear Reglementation Commission" erklärte, die Teams sollten Schwachstellen in den Sicherheitssystemen der Anlagen aufdecken, die von Terroristen oder Saboteuren ausgenützt werden könnten.

Feuer auf Fähre

rtr, Hull

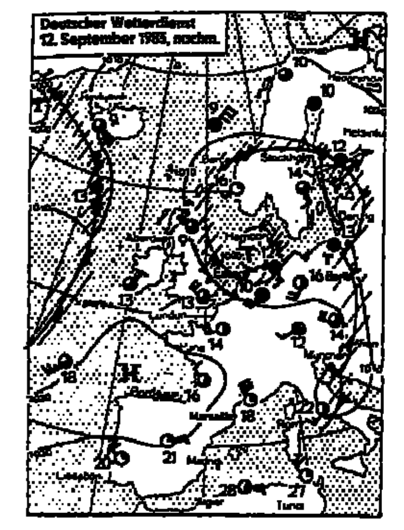
Ein Feuer im Maschinenraum der britischen Autofähre „Norwave" hat gestern einen unfreiwilligen Zwischenstopp im Hafen Immingham im Nordosten Englands erzwungen. Schlepper brachten die „Norwave" in den Hafen, damit die 50 Passagiere und 49 Besatzungsmitglieder das Schiff verlassen konnten.

ZU GUTER LETZT

„TÜV-tote Blechhaufen kauft: ..." Anzeige im Bonner „General-Anzeiger"

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: Ein von der Deutschen Bucht langsam zur Ostsee ziehendes Tief bestimmt mit kühler und wolkenreicher Meeresluft das Wetter in Deutschland.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C, ● bedeckt, still; ≡ Nebel, Sprühregen, Regen, ✱ Schneefall, ▼ Schauer; Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze; H=Hoch- T=Tiefdruckgebiete; Luftströmung: warm, kalt; Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion; Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm)

Vorhersage für Dienstag für das gesamte Bundesgebiet:

Wechselnde, meist starke Bewölkung und noch einzelne schauerartige Niederschläge. Tageshöchsttemperaturen nur 13 bis 17 Grad, Schneefallgrenze in den Alpen auf 1500 m sinkend. Tiefste Temperaturen in der Nacht 10 bis 6 Grad. Im Norden noch frischer und böiger, sonst schwacher bis mäßiger Wind aus West bis Nordwest.

Weitere Aussichten für Mittwoch: Vorübergehend Wetterberuhigung und leichter Temperaturanstieg.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	16°	Kairo	28°
Bonn	12°	Kopenh.	16°
Dresden	15°	Las Palmas	24°
Essen	10°	London	13°
Frankfurt	13°	Madrid	21°
Hamburg	12°	Mailand	20°
List/Sylt	12°	Mallorca	27°
München	12°	Moskau	14°
Stuttgart	11°	Nizza	23°
Algier	28°	Oslo	16°
Amsterdam	16°	Paris	14°
Athen	28°	Prag	14°
Barcelona	24°	Rom	22°
Brüssel	10°	Stockholm	14°
Budapest	16°	Tel Aviv	27°
Bukarest	29°	Tunis	27°
Helsinki	12°	Wien	14°
Istanbul	24°	Zürich	11°

*Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.54 Uhr, Untergang: 19.40 Uhr, Mondaufgang: 15.51 Uhr, Untergang: 23.33 Uhr. *in MEZ, zentraler Ort Kassel

IRAS bleibt auf Erfolgskurs

Entdeckung des Infrarot-Satelliten könnte Entstehung von Kometen klären helfen

dpa, Hamburg

Der astronomische Infrarot-Satellit (IRAS) hat im Gefolge des Kometen „Tempel 2" eine mehr als 30 Millionen Kilometer lange Trümmerstrekke entdeckt. „Tempel 2" gehört zu der gar nicht so seltenen Kategorie von Kometen, bei denen der sonst charakteristische Schweif nicht beobachtet wurde. Von dem jetzt durch IRAS gemachten Fund erhoffen sich die Wissenschaftler Aufschlüsse über die Entstehung der Kometen vor Äonen von Jahren und über deren Entwicklung.

„Man sollte auch nach der IRAS-Entdeckung wahrscheinlich richtiger nicht von einem ‚Schweif' sprechen", meinte jetzt Russell Walker, Astronom und Mitarbeiter im Forschungsteam des Infrarot-Satelliten. „Die geortete Materie-Wolke scheint nämlich nicht aus flüchtigen Bestandteilen zusammengesetzt, die durch Sonneneinwirkung aus Kern und Gashülle (Koma) des Kometen herausgerissen wurden. Die Erscheinung gleicht eher einer Spur von Trümmern, die mit Abstand auf dem Kurs von ‚Tempel 2' folgt."

Kometen sind Himmelskörper, die sich wie Planeten oder Planetoiden in geschlossenen, oft exzentrischen Bahnen mit Periodendauer bis zu vielen Millionen Jahren um die Sonne bewegen. Die Bildung des Komas um den sternartigen Kern und des Schweifs sowie das Eigenleuchten des Kometen beruhen auf dessen Aufheizung in Sonnennähe. Ob durch die Gravitation des Sonnensystems aus dem benachbarten interstellaren Raum eingefangen oder im Sonnensystem selbst entstanden, war lange Zeit eine Frage im Meinungsstreit der Wissenschaftler. Nach neuerer Forschung hat sich die Theorie von den „hausgemachten" Kometen durchgesetzt.

IRAS hat den nach seinem Entdekker Ernst W. Tempel, einem deutschen Astronomen des 19. Jahrhunderts, benannten Kometen erst vor kurzem ausgemacht, und die Astronomen entdeckten eine Lücke zwischen dem 1873 erstmals gesehenen Kometen und der ihm folgenden Trümmer-Wolke.

Eine solche Trennung wirft die Frage auf, ob die Partikel der Wolke Überbleibsel von der Entstehung des Kometen oder aber Fragmente seiner Auflösung sind. Besonders die kurzperiodischen Kometen wie „Tempel 2" mit seiner Umlaufzeit von 5,25 Jahren sind durch die Erwärmung in Sonnennähe und die Gravitation so starken Zerstörungskräften ausgesetzt, daß sich der ganze Kern auflöst. Deshalb zerfiel beispielsweise der Komet „West" 1976 beim Schwenk um die Sonne in mehrere Teile.

Die hinter „Tempel 2" herfliegende Partikel-Wolke ist zu undeutlich, als daß sie von der Erde aus optisch wahrgenommen werden könnte. Lediglich das hochempfindliche IRAS-Teleskop, das auch noch die schwächste, von einem kühlen Objekt ausgehende Wärmestrahlung wahrzunehmen vermag, konnte die Existenz der „Tempel-2"-Wolke erfassen.

Das mit IRAS erst am 25. Januar dieses Jahres in den Erdumlauf gestartete Instrument, das von den USA, England und den Niederlanden betrieben wird, hat in den letzten Wochen bereits durch phantastische Entdeckungen wie etwa das mutmaßliche Planeten- oder Planetoiden-System bei der Wega im Sternbild Leier die Forscher in aller Welt aufhorchen lassen.

RUDOLF MERGET

Computer schreibt O. E. D.

Entlastung für die Verfasser des englischen Dudens

rtr, Oxford

In dem ständigen Kampf, mit den Neuerungen der englischen Sprache Schritt zu halten, haben die Herausgeber des „Oxford English Dictionary" sich jetzt für den Einsatz modernster Technologien entschieden. Ein Computer für umgerechnet rund 16 Millionen Mark soll den Autoren des 16 750 Seiten umfassenden Werkes Arbeitsentlastung bringen. In den vorliegenden 13 Bänden ist jedes Wort, das irgendwo auf der Welt in englischer Literatur gedruckt worden ist, aufgelistet.

Seit 1884, als der erste Band von „A bis Ant" vorgelegt wurde, haben die Herausgeber eine halbe Million Wörter zusammengetragen, die erste Ausgabe war erst 1933 vervollständigt worden. Zu der Zeit hatten sich jedoch schon wieder die neuen Wörter eines halben Jahrhunderts angesammelt. Bei 500 neuen Begriffen im Jahr und zahlreichen Änderungen der Bedeutung nimmt die Arbeit niemals ein Ende. Die Sprachsammler schließen gerade nach 15jähriger Tätigkeit eine Überarbeitung des Dudens, weltbekannt unter den Kürzeln O. E. D., ab. Doch bevor sie in die nächste Runde gehen, soll der neue Computer installiert werden.

Durch die neue Technik soll nicht nur das Schreiben des Dudens vereinfacht, sondern auch eine Möglichkeit zum weltweiten Zugriff per Bildschirm geschaffen werden. Richard Charkin von der Oxforder Universitätsdruckerei glaubt, ein solches Produkt könne viel Geld einbringen. Es sei für Rechtsanwälte, Diplomaten, Sprachwissenschaftler, egal welcher Nationalität, unerläßlich. Wenn in den Computer zudem ein mehrsprachiger Index eingespeichert würde, könne der Duden von entscheidender Bedeutung bei internationalen Geschäften werden. Er böte eine einzigartige Quelle und würde ein Wort für alle Sprachen definieren.

Seit 1957 bemühen sich die Sprachwissenschaftler um einen Anhang zur ersten Ausgabe. Der letzte Ergänzungsband von „Se bis Z-Z-Z-Z" soll im kommenden Jahr veröffentlicht werden. „Z-Z-Z-Z" steht übrigens für Schlaf – eine Buchstabenreihe aus Comic-Heften. „Se" ist ein chinesisches Musikinstrument.